Nr. 74. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,40 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 29. März 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

## Die Niederlassungs-Verträge mit China.

Die Denkschrift über die deutschen Niederlassungen in Tientsin und Hankau, welche die Zeitungen in den letzten Tagen mehrfach erwähnten, ist am Sonnabend dem Reichstag zugegangen.

Deutschland wandelt auch in den Niederlassungsverträgen mit China auf dem vorbildlichen Wege, auf dem England zuerst die Souveränität China's — und der Staaten des fernen Ostens überhaupt — durchbrochen hat. Allerdings ist die in der Denkschrift dargelegte „Vereinbarung" von verhältnißmäßig untergeordneter Bedeutung in der Reihe der vielen Maßnahmen der Vergewaltigung, die China seit dem Beginn seiner Anschließung betroffen haben.

England und nach ihm Frankreich und die Vereinigten Staaten haben längst schon ähnliche Verträge mit dem Reiche der Mitte. In den diesen Staaten eingeräumten Ansiedelungsbezirken genießen die „Fremden" nicht blos, wie sonst bei vereinzeltem Wohnen, die weitestgehende Ausschließung von der chinesischen Gesetzgebung und Rechtsprechung; sie sind hier auch der Verwaltung und Polizei der chinesischen Lokalbehörden völlig entzogen. Nur eine Scheinabgabe deutet an, daß diese abgetretenen Landflächen rechtlich immerhin noch unter chinesischer Gebietshoheit stehen; sonst ist alle Oberherrschaft des Kaisers und seiner Vizekönige hier zum Teufel gegangen: die Verwaltung der Niederlassungsgebiete, die Herstellung und Unterhaltung der Straßen- und Uferanlagen, die Sicherheitspolizei, das Sanitäts- und Bauwesen, das alles wird in der Regel durch einen Ausschuß der ansässigen Fremden unter Mitwirkung ihrer Konsuln geordnet.

Nun könnten deutsche Kaufleute zwar innerhalb dieser älteren Oasen der „Zivilisation" sich ansiedeln. Meist sind hier alle Fremden, zum theil sogar Chinesen zum Wohnen und Landerwerb zugelassen; sie nehmen alsdann sogar gleichberechtigt an der Selbstverwaltung der ursprünglichen Vertragsnation theil, sodaß z. B. die vereinigte englische und amerikanische Kolonie in Shangai allmälig einen ganz internationalen Charakter angenommen hat. Zum theil haben die zuerst gekommenen Nationen ihre Vorrechte jedoch benutzt, die später vordringenden Konkurrenten möglichst von dem gewonnenen Plätzchen an der Sonne fernzuhalten. So soll die englische Verwaltung in Hankau — einem Haupthandelsplatz im Innern, am Yantsestrom — nur der englischen Flagge ein Anlegerecht am Ufer der Niederlassung eingeräumt und so wegen des zurückgebliebenen Ausbaues der anderen Uferstrecken der deutschen Schiffahrt den Platz so gut wie verschlossen haben.

Deutschland hat sich hier bereits vor längerer Zeit 40 Hektare mit 1090 Meter Uferfront, ferner in Tientsin (der 1 Millionen-Stadt in der Nähe Pekings und der Peihomündung) 67 Hektare mit 1650 Meter Uferfront gesichert. Die bisherigen Besitzer werden entschädigt, die chinesische Regierung erhält eine nach dem bisherigen Steuereinkommen bemessene, also äußerst geringe jährliche Geldleistung. Man spricht natürlich in europäischer Treuherzigkeit den verschlagenen Chinesen gegenüber von Pacht und Miethe, freilich auf einige Zeit; „in Wirklichkeit aber — sagt die Denkschrift selber — werden diese Landflächen zum Eigenthum übertragen, da das daran einzuräumende Recht nach dem Inhalte der Verträge alle zum vollen Eigenthum gehörigen Befugnisse umfaßt."

Die zu begründenden Niederlassungsgemeinden haben China gegenüber die uneingeschränkteste Selbstregierung. Andere Ansiedler sollen zwar willkommen geheißen werden, den deutschen Charakter der Gemeinden will man jedoch dadurch wahren, daß die Nichtdeutschen zur Erwerbung eines Grundstückes der Genehmigung der deutschen Konsularvertretung bedürfen und auch die deutsche Gerichtsbarkeit in Land- und Niederlassungssachen anerkennen müssen, während sie sonst natürlich weiter ihrer eigenen Gerichtsbarkeit unterstehen, die den Fremden ja allgemein durch die einzelnen Verträge Chinas gesichert ist.

Die Konsular-Gerichtsbarkeit ist in Artikel 9 des Hankauvertrages insofern erweitert worden, als bei Prozessen zwischen Chinesen und Deutschen der chinesische Richter „nur in Gegenwart des deutschen Konsuls oder einer von diesem beauftragten Person verhandeln und entscheiden" darf; „auch soll in allen diesen Fällen durch Vermittlung des deutschen Konsuls gegen die Entscheidung des Richters bei dem Zollsuperintendenten Berufung eingelegt werden können." Dadurch wird für den Kreis der Niederlassungsangehörigen der chinesische Richter vollständig matt gesetzt; er wird sich hüten, die Beschwerden des überwachenden Konsularvertreters und der deutschen Kolonie mit ihrer Rückendeckung von Panzern und Kanonen herauszufordern.

Aus wirthschaftlichen Zweckmäßigkeitsgründen, dann aber auch, um der parlamentarischen Bewilligung und Kontrolle sich wirksamer zu entziehen, hat die deutsche Regierung darauf verzichtet, selber die chinesischen Grundstücke, Häuser und Gräber anzukaufen und zu enteignen, ferner die Uferbefestigungen, Quais und Straßen herzustellen und zu unterhalten, die Sümpfe auszutrocknen und die Grundstücke aufzuschütten, die Verwaltungsgebäude herzustellen. Die Begründung und Einrichtung der Niederlassungen ist vielmehr durch Vereinbarung vom 29. Mai 1897 und 10. Februar 1898 der Deutsch-Asiatischen Bank übertragen. Die Pflichten der Bank bestehen darin, die Mittel zur Enteignung der Niederlassungsterrains herzugeben und innerhalb bestimmter Fristen die erforderlichen Quai- und Straßenanlagen zu schaffen. Ihre Rechte sind: Grund und Boden weiter zu veräußern, die Uferanlagen finanziell auszunutzen, jedoch immer unter besonderen Einschränkungen, so daß z. B. die Regierung den Tarif für die Hafen-, Anlege- und Lagergebühren zu genehmigen hat. Ferner hat sich das Reich in jeder Niederlassung das Recht vorbehalten, zwei von ihm auszuwählende Parzellen zur Errichtung eines Konsulatsgebäudes und eines Rathhauses zu Enteignungspreisen zu übernehmen; auch sollen die Straßennetze sofort und die Uferanlagen (gegen Erstattung der aufgewendeten Kosten) nach fünfzig Jahren in das Eigenthum der Niederlassungsgemeinden übergehen. Die Bank hat zunächst in Gemeinschaft mit der auch in Tientsin vertretenen Firma Rudolph Wahl in Köln am Rhein eine Terraingesellschaft für die Tientsin-Niederlassung gebildet und wird nunmehr eine solche auch für die Hankau-Niederlassung ins Leben rufen, an der sich die beiden Firmen Arnhold, Karberg u. Ko. und Melchers u. Ko. mit dem von ihnen erworbenen Grundbesitze betheiligen werden. Ferner hat sie in der Tientsin-Niederlassung mit den erforderlichen Uferarbeiten, Aufschüttungen und Parzellirungen begonnen, so daß dort demnächst mit der Weiterveräußerung der Baugrundstücke vorgegangen werden kann.

Mittheilung verdienen noch die Angaben über die bisherigen deutschen Handelsbeziehungen zu Tientsin und Hankau — Shanghai bedarf eines eigenen Vertrages deswegen nicht, weil es eine wirklich internationale Fremden-Niederlassung mit Gleichberechtigung aller Vertragsmächte besitzt. Die Denkschrift berichtet:

Tientsin, das etwa 1 Million Einwohner zählt, liegt am rechten Ufer des Peiho-Stromes, rund 50 km von seiner Mündung in den Golf von Petschili entfernt, und ist durch eine Eisenbahn mit dem Hafenorte Tongku in der Nähe der Peiho-Mündung sowie neuerdings auch mit der 125 Kilometer entfernten Reichshauptstadt Peking verbunden. Der Gesammtwerth seines Handels, soweit er in der Statistik des Seezollamts nachgewiesen ist, betrug im Jahre 1896 51 316 367 Taels (rund 154 000 000 M.), wovon 42 754 527 Taels auf die Einfuhr und 8 561 840 Taels auf die Ausfuhr fielen. Die Nähe der Hauptstadt und das ausgedehnte Hinterland lassen eine weitere Entwickelung des Platzes erwarten. In Tientsin befinden sich gegenwärtig 24 deutsche oder unter deutschem Schutze stehende Firmen, die an dem dortigen Handel in höherem Maße betheiligt sind, als die Firmen aller übrigen Nationen zusammengenommen.

Hankau liegt an der Vereinigung des Han mit dem Yangtse-Strom, am linken Ufer des letzteren, 584 Seemeilen von Shanghai wie von der Mündung des Yangtse in das Meer entfernt. Dieser Strom, der bis Hankau, wenigstens in den Sommermonaten, für Seeschiffe jeden Tiefgangs schiffbar ist, und seine Nebenflüsse bilden die Verkehrsstraßen, die den Platz einerseits mit den reichen und stark bevölkerten chinesischen Provinzen Hupei, Hunan und Szechuan von zusammen über 81 Millionen Bewohnern, andererseits mit Schanghai und den übrigen Küstenstädten Chinas sowie mit den europäischen Häfen in Verbindung bringen. Diese günstigen Verkehrsverhältnisse haben zur Folge gehabt, daß an der Einmündung des Han in den Yangtse die drei Orte Hankau, Hanyang und Wutschang dicht nebeneinander entstanden sind und zusammen einen Städtekomplex von über zwei Millionen Einwohner bilden, wovon 800 000 auf Hankau fallen. Ein weiterer Aufschwung des Platzes wird durch die in Aussicht genommene Eisenbahnverbindung mit Peking herbeigeführt werden, da auf diese Weise das Handelsgebiet, das in Hankau seinen Verkehrsmittelpunkt hat, wesentlich vergrößert werden wird. Der Handelsverkehr Hankau's belief sich nach der Statistik des Seezollamts im Jahre 1896 auf 44 306 493 Taels (rund 133 000 000 M.), wovon 20 856 948 Taels auf die Einfuhr und 23 449 545 Taels auf die Ausfuhr fielen. Der Ausfuhrhandel liegt zu einem erheblichen Theile in den Händen der dort bestehenden sieben deutschen Firmen. Auch haben sich kürzlich in Hankau und in der Nähe deutsche Techniker und Militärs sowie andere in chinesische Dienste übergetretene Deutsche niedergelassen.

Ueber die rechtliche Stellung des Reichstages zu solchen Verträgen der Regierungen wird sich wahrscheinlich noch ein längerer Streit entspinnen. Wir behalten uns vor, ein anderes Mal darauf zurückzukommen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 28. März.

**Aus dem Reichstage.** Nach unwesentlicher Debatte, in der von unserer Seite der Abg. Stadthagen den ablehnenden Standpunkt der Fraktion kurz begründete, nahm die Mehrheit die Vorlage über die Entschädigung unschuldig Verurtheilter in dritter Lesung an.

Ganz ohne Debatte wurde hierauf die Brennerei-Vorlage in dritter Lesung erledigt.

Dann trat das Haus in die dritte Berathung der Flottenvorlage ein. Die Debatte leitete Herr Enneccerus mit einer Rede über die Bedeutung der Marine für die Wissenschaft und See-Erforschung ein, deren Zusammenhang mit der Vorlage niemand zu entdecken vermochte. Hierauf hielt Herr Liebermann von Sonnenberg seine bereits wiederholt angekündigte Rede für die Vorlage, wobei ihm das Malheur passirte, daß er vorgab, namens seiner Partei zu sprechen, während bei der zweiten Lesung schon drei seiner Genossen gegen die Vorlage gestimmt hatten und heute, kurz nach ihm der Abg. Bindewald eine grundsätzlich ablehnende Rede hielt. Ein neuer Beweis für die Zerfahrenheit unter den Antisemiten.

Zu einer recht scharfen Nachkanonade kam es noch zwischen den beiden freisinnigen Gruppen durch eine Rede des Abg. Rickert, auf die Richter antwortete. Diese sich in kurzen Zwischenräumen wiederholenden Auseinandersetzungen, die eine immer schärfere Tonart annehmen, dürften der freihändlerischen „Sammlung" recht wenig förderlich sein. Herr v. Bennigsen, dem Richter heute wieder einmal vorhielt, daß seine Kompromisselei und Nachgiebigkeit gegen die absolutistischen Neigungen des preußischen Militärabsolutismus die Schuld an dem Rückgange des Liberalismus trage, wußte darauf nichts weiter zu erwidern, als daß er Richter gern das letzte Wort lasse. Bebel schüttelte sich die Anzapfungen des Herrn Liebermann v. Sonnenberg in gebührender Weise ab, und setzte er sich dann noch mit Herrn Rickert auseinander, der es partout nicht zugeben will, daß er in bezug auf den Küstenschutz einen vollständigen Umfall in seinen Anschauungen durchgemacht hat.

Mit der bekannten abgeschmackten Wichtigthuerei versuchte Graf v. Mirbach noch etwas über die Stellung seiner Partei zur Deckungsfrage zu sagen. Niemand konnte aber aus seinen Ausführungen klug werden. Nur das eine ist klar, daß die Herren Junker bei der Aufbringung der Mehrausgaben nicht betheiligt sein wollen.

Vor der Abstimmung gab es noch eine Reihe persönlicher Bemerkungen, bei denen Herr Liebermann v. Sonnenberg die Kosten zu tragen hatte und Herr Ahlwardt, wie üblich, die lustige Person spielte.

Die Vorlage wurde mit der bekannten Mehrheit angenommen.

Hierauf kam der Antrag Levetzow auf Bewilligung von 300 000 M. zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Kaiser Friedrich zur Verhandlung. Der Antragsteller begründete den Antrag in einer Weise, als wenn die schamlosen Hetzereien der Bismarckianer und gewisser konservativer Kreise während der 99 Tage nie existirt hätten. Dies veranlaßte unseren Genossen Singer, der namens der Fraktion die Erklärung abzugeben hatte, daß wir für monarchische Ovationen Gelder überhaupt nicht bewilligen, auf die Rüpeleien der konservativen Presse jener Tage hinzuweisen, die von der Presse der gesammten Linken, die sozialdemokratische Presse mit eingeschlossen, zurückgewiesen wurden. Der Hieb saß.

Der Antrag wurde hierauf gegen die Stimmen unserer Fraktion angenommen.

Morgen 12 Uhr: Dritte Lesung des Etats. —

**Das preußische Abgeordnetenhaus** begann heute die dritte Lesung des Etats. Von einer Generaldebatte sah das Haus völlig ab, wahrscheinlich weil in Preußen alles so herrlich ist, daß man durch eine Kritik dieser Zustände nur den Schein eines Nörglers auf sich laden würde. Auch die einzelnen Etats wurden meist ohne Debatte genehmigt, höchstens brachte noch ab und zu ein Redner einen bei der zweiten Etatsberathung vergessenen lokalen Wunsch zur Sprache. Dies war namentlich der Fall beim Etat der Eisenbahnverwaltung, zu welchem ein Antrag Gothein (frs. Vg.) betr. die einheitliche Festsetzung der Giltigkeitsdauer der Rückfahrtkarten auf 10 Tage vorlag. In anbetracht der Geschäftslage des Hauses zog der Antragsteller jedoch seinen Antrag noch vor Beginn der Verhandlung zurück.

Beim Etat der Bergverwaltung brachte Abg. Fuchs (Z.) nochmals einige Mißstände zur Sprache, hauptsächlich die Benachrichtigung der Beamten von einer bevorstehenden Revision der Bergwerke, eine Erscheinung, durch die die Befolgung der bergpolizeilichen Vorschriften einfach illusorisch gemacht wird. Auf Verlangen des Redners, zur Vermeidung künftiger Unfälle die von den Bergarbeitern selbst geäußerten Wünsche mehr als bisher zu berücksichtigen, äußerte sich die Regierung nicht.

Der Etat des Finanzministeriums führte aus Anlaß des neuen Dispositionsfonds von 400 000 M. zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken wiederum zu einem Zusammenstoß zwischen den Polen und der Regierung, in deren Namen Herr v. Miquel diesmal äußerst scharf antwortete und den Polen namentlich ihre Abstimmung in der Flottenvorlage vorhielt, durch die sie bewiesen hätten, daß ihnen an der „Sicherheit, dem Wohlergehen und der Ehre" des Reiches nichts liege.

Zum Schluß kam es beim Etat der Bauverwaltung noch zu einer längeren Kanaldebatte, bei der jedoch sowohl von den Freunden als von den Gegnern der Kanäle nur oft Gesagtes wiederholt wurden.

Morgen wird die Etatsberathung fortgesetzt. Fast alle größeren Etats harren noch ihrer Erledigung.

**Das Herrenhaus** lieferte heute von neuem einen Beweis dafür, daß es im Einverständniß mit der Regierung kein Geld für Kulturaufgaben übrig hat. Zur Verhandlung stand ein Antrag des Oberbürgermeisters Zweigert, die Regierung aufzufordern, die Mittel bereit zu stellen, welche nothwendig sind, um den an den vom Staat und von anderen gemeinschaftlich zu unterhaltenden höheren Lehranstalten angestellten Direktoren und Lehrern diejenigen Gehaltsbezüge vom 1. April 1897 ab zu gewähren bezw. nachzuzahlen, welche die von den rein staatlichen Anstalten angestellten Lehrpersonen seit diesem Zeitpunkte beziehen. Obgleich es sich hier nur um die geringe Summe von 35 000 M. handelt, lehnte das Haus den Antrag ab, nachdem die Regierung auf die Konsequenzen desselben aufmerksam gemacht hatte.

Von den sodann berathenen Petitionen beanspruchen nur zwei ein allgemeines Interesse, einmal die des Männerbundes zur Bekämpfung der Unsittlichkeit um Unterstützung der Bestrebungen zur Bekämpfung der Unsittlichkeit, namentlich im Sinne der dem Reichstage vorliegenden lex Heinze. Die Petition wurde mit Rücksicht darauf, daß die lex Heinze jetzt im Reichstage zur Berathung steht und mit Rücksicht darauf, daß der Regierungsvertreter in der Kommission erklärt habe, die preußische Regierung sei das Zustandekommen eines bezüglichen Gesetzes ernstlich zu fördern bestrebt, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Dasselbe Schicksal widerfuhr einer Petition des Vereins „Jugendschutz" um Beseitigung der Schutzlosigkeit der Frauen wie der zunehmenden sittlichen Gefährdung der Jugend, insbesondere um Bestellung von Polizeimatronen und weiblichen Polizeiärzten, sowie um Errichtung von Zwangs-Erziehungshäusern und Volks-Kindergärten.

Morgen steht u. a. der Gesetzentwurf betreffend Erhöhung des Grundkapitals der Zentral-Genossenschaftskasse auf der Tagesordnung. —

**Die Reichstagswahlen** werden, wie wir aus guter Quelle hören, zwischen dem 15. und 30. Juni d. J. stattfinden. Der Reichstag wird seine Arbeiten, da nach Ostern nur noch die wegen Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches nothwendigen Justizgesetze (Zivilprozeß und Konkurs-Ordnung) sowie der Nachtragsetat zur Verabschiedung gelangen werden, etwa am 6. bis 8. Mai d. J. beenden. Unmittelbar nach Schluß des Reichstages sollen die Wählerlisten ausgelegt werden, so daß, um in dem jetzt maßgebenden agrarischen Ton zu reden, die Wahlen zwischen der Heu- und der Getreide-Ernte vorgenommen werden können. Hoffentlich wird es den „gesammelten" Volksausbeutern nicht gelingen, bei den Wahlen „ihr Heu" hereinzubringen.

Die offiziösen „Berl. Pol. Nachr." schreiben heute Abend:

„Für die Bestimmung des Zeitpunktes, zu welchem die nächsten allgemeinen Reichstagswahlen vorzunehmen sein werden, kommt in betracht, daß es zwar rechtlich durchaus zulässig sein würde, diese Wahlen bis zum Herbst hinauszuschieben, daß aber Zweckmäßigkeitsgründe für die Wahl eines früheren Termins sprechen. Unter diesen Gründen fällt besonders stark die Erwägung ins Gewicht, daß es stets rathsam ist, sich die Möglichkeit zu sichern, zu jeder Zeit den Reichstag zusammenberufen zu können. Es empfiehlt sich daher, die Wahlen dem Ablaufe der Legislaturperiode unmittelbar folgen zu lassen.

**Für Marinevorlagen** bedarf man stets einen überaus düsteren Horizont, geheimnißvolle Mittheilungen über die parlamentarische Situation u. dergl. Rußland, England, Frankreich und das Deutsche Reich vermehren eben ihre Flotten, und im wesentlichen war die Begründung dieser Maßnahmen immer die gleiche, uns nur zu wohlbekannte. Der italienische Kollege der Herren Tirpitz, Goschen, Besnard, Tyrtow, Brin erklärte, daß man eigentlich Kriegsschiffe gar nicht dringend benöthige, der politische Horizont, sagte er, sei wolkenlos, es sei ganz gleich, ob die für dieses Jahr fertigzustellenden Schiffe erst im nächsten Jahre abgeliefert werden. Tirpitz wird sich wenigstens freuen, daß er sein Sextennat schon im Trockenen hat, denn die Aeußerungen des italienischen Marineministers sind doch der beste Einwand gegen den Eifer der Reichsregierung, von dem in den letzten Zügen liegenden Reichstag eine Vorlage bewilligen zu lassen, die das Verdikt der Wähler über dieselbe völlig ausschließt und blos ein Urtheil derselben über die Abgeordneten und Parteien zuläßt, die so überaus kühlen Herzens das Etatsrecht des Reichstages opfern und dem Marinismus ebenso freudig opfern, wie dem Militarismus. Selbst die zu Bewilligungen bereitesten Abgeordneten des deutschen Reichstages hatten nach den Erklärungen des italienischen Marineministers alle Veranlassung gehabt; höchstens auf ein Jahr die Forderungen des Herrn Tirpitz zu bewilligen, alles andere aber den Wählern bezw. dem in der nächsten Zeit zu wählenden Reichstage zu überlassen. —

**Die spanischen Wahlen und der amerikanisch-spanische Konflikt.** Die Wahlen haben gestern in Spanien stattgefunden und wie alle Wahlen in Spanien der Regierung eine große Majorität gebracht. Als die letzten Wahlen in Spanien stattfanden, war Canovas del Castillo, der seither ermordet worden war, Ministerpräsident und dementsprechend führten die Wahlen zu einer großen konservativen Mehrheit; nun ist Sagasta Ministerpräsident und so fallen diesmal die meisten Wahlen liberal aus. Eine Depesche aus Madrid meldet:

Die Resultate der Wahlen in Madrid sind nun bekannt. Gewählt sind 5 Ministerielle, ein Independent, ein Republikaner und ein Konservativer. In den Provinzen wurde eine ministerielle Majorität gewählt. In Barcelona fanden einige Unruhen von geringer Bedeutung statt. In Berga (Provinz Barcelona) kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Wählern.

Ob in Bilbao ein Sozialist gesiegt hat, steht noch nicht fest.

„Der Kongreß der Deputirten" besteht aus 431 auf fünf Jahre gewählten Abgeordneten. Auf je 50 000 Einwohner kommt ein Abgeordneter. Wählen kann und wählbar ist jeder Staatsbürger nach zurückgelegtem 25. Lebensjahre, der seit zwei Jahren das Bürgerrecht einer Gemeinde besitzt. Die Kammern müssen alljährlich mindestens einmal zusammentreten.

So leicht das Resultat der Wahlen vorauszusehen war, so wichtig für die internationale Lage, für endgiltige Entschließungen der spanischen Regierung in bezug auf Kuba und das Verhältniß zu den Vereinigten Staaten ist es, daß der Wahlkampf beendet ist. Sagasta braucht nun nicht mehr zu fürchten, daß Nachgiebigkeit Kuba gegenüber oder Rücksichtnahme auf die Forderungen der Vereinigten Staaten zu weittragenden Rückwirkungen auf die Lage im Mutterlande führen werde.

In den nächsten Tagen wird man über die Absichten der Vereinigten Staaten-Regierung Klarheit erhalten und eine Beilegung des drohenden Konfliktes zwischen der ältesten aber auch abgelebtesten Kolonialmacht Spanien und dem machtvollsten Reiche der neuen Welt, den Vereinigten Staaten, ist doch noch zu erwarten.

Wenn man auch trotz der auffälligen Anwesenheit europäischer Kriegsschiffe in den kubanischen Gewässern auf eine militärische Einmischung Europa's nicht zu rechnen hat, so sind doch schon durch die große auswärtige Schuld Spaniens so vielfache Interessen — vor allem französische — von dem Verhältniß Spaniens zu den Vereinigten Staaten berührt, daß eine diplomatische Intervention sicherlich ins Auge gefaßt wird. Dafür spricht auch die Erklärung Hanotaux in der Sonnabend-Sitzung der französischen Kammer, deren den kubanischen Streitfall betreffender Theil lautet:

Die ganze Welt verfolge mit gespannter Aufmerksamkeit und Sorge die Entwickelung des Kampfes, der sich auf der Insel abspiele. Die ganze Welt wünsche sehnsüchtig das Ende desselben herbei. Die Interessen, welche bereits berührt oder erst bedroht seien, der Muth- oder die Ausdauer, welche entfaltet würden, alles dieses füge täglich irgend ein neues Element zu dem dramatischen Charakter dieser Ereignisse hinzu. In Beantwortung der Frage, was die französische Regierung zu thun gedenke, bemerkt Hanotaux: „Die Kammer kennt die Sympathie und die Achtung, welche Spanien und die Vereinigten Staaten Frankreich einflößen. Auf der einen Seite alte gute Beziehungen treuer Nachbarschaft, aus Rassenverwandtschaft entsprungenes Interesse und schließlich Gefühle der Achtung für den Patriotismus eines heroischen Volkes, auf der anderen Seite eine Republik, die mächtige Schwester der unserigen, voller Feuer, vertrauend auf ihre Kraft, welche dringend die Abstellung des Unheils verlangt, von dem auch sie betroffen wird und das schon seit sehr langer Zeit anhält. Das ist die Lage in dem Kampfe, in dem Interesse und Ehre engagirt sind. Unsere erste Pflicht ist es, beiden Nationen unaufhörlich den Wunsch auszudrücken, der von allen Seiten getheilt wird, sie den Würfel bei Seite legen zu sehen, dessen Fall einen blutigen furchtbaren Kampf heraufbeschwören kann. Wenn beide Nationen in gemeinschaftlicher Uebereinstimmung sichere und unparteiische Freunde suchen, die ihnen zu einer Beilegung der so schwierigen Frage auf freundschaftlichem Wege verhelfen, dann werden sie sehen, daß dieser ihr Wunsch allenthalben gutem Willen begegnet. An uns soll es dabei nicht fehlen, es hieße aber die uns auferlegte Reserve überschreiten, wollten wir hierüber hinausgehen, und ich kann, hier wenigstens, nur den heißen Wunsch erneuern, daß wir eine billige Lösung zu stande bringen, welche Recht, Ehre und Freiheit gleichzeitig befriedigt und zum Resultat hat die Aufrechthaltung der großen Wohlthat des Friedens zwischen den beiden Nationen, welche uns gleich theuer sind." (Lebhafter Beifall.)

Aus Washington wird über die nächsten Schritte der Vereinigten Staaten telegraphirt:

Mac Kinley beabsichtigt am Dienstag oder Mittwoch eine Botschaft an den Kongreß zu richten, welche mit der Lage der Nichtkombattanten auf Kuba sich beschäftigt und einen Kredit von zwei Millionen Mark zur sofortigen Unterstützung derselben verlangt. Mac Kinley wird gleichzeitig bei Spanien anregen, es möge für seine eigenen dortigen Landsleute, die von allen Mitteln entblößt seien, Fürsorge treffen und dem Kriege in einer für die Kubaner befriedigenden Weise ein Ziel setzen. Bleibe von seiten Spaniens eine derartige Aktion aus, so würden die Vereinigten Staaten sich aus Gründen der Menschlichkeit nothgedrungen ins Mittel legen. Mac Kinley glaubt aber nicht, daß es zu spät sei, eine friedliche Lösung zu erreichen.

Der „Standard" meldet aus New-York:

Dingley hat jetzt seinen Entwurf betreffend die sogenannten Kriegssteuern vorbereitet, welcher die Besteuerung von Thee, Kaffee und Bier umfaßt; man erwarte, daß diese Steuern 60 Millionen Dollars einbringen werden.

Dasselbe Blatt meldet aus Madrid, die spanische Antwort auf die von Woodford überreichte Note erinnere Amerika an die zum Zweck der Aufrechterhaltung der herzlichen Beziehungen bereits gemachten Zugeständnisse und daran, daß das letzte Zugeständniß die Bereitwilligkeit sei, den Konflikt wegen des Berichtes betreffend den „Maine"-Unfall einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Die Antwortnote füge hinzu, Spanien sei jetzt an der Grenze seiner Zugeständnisse angelangt, soweit sie mit der Ehre und Würde des Landes vereinbar seien und werde Eingriffe in seine souveränen Rechte in Westindien nicht gestatten.

Die letzten Depeschen aus New-York athmen einen höchst kriegerischen Ton. Auf Anordnung des Marinesekretärs werden alle Kriegsschiffe schwarz angestrichen.

Eine amtliche spanische Depesche erklärt:

„Die spanische Regierung sei der Ansicht, die Explosion sei einer inneren Ursache zuzuschreiben. Spanien betrachte die Befestigung der Tortugas-Inseln (Südwestlich von Florida) als einen direkt feindseligeren Akt als die Bewegungen der spanischen Torpedoboots-Flottille. Das Marine-Departement erhielt dahingehende Mittheilungen, daß Spanien die Befestigungen in Portorico vermehre.

Einer Madrider Privatmeldung zufolge bewilligte die spanische Nationalbank der Regierung einen Rüstungskredit von vierzig Millionen.

Nach aus Mexiko eingelaufenen Nachrichten werden dort große Sammlungen zur Unterstützung Spaniens veranstaltet. Ein Bürger zeichnete allein 100 000 Dollars.

Jedenfalls dürfte in der allernächsten Zeit die Entscheidung über den Konflikt zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten fallen. —

**Der offizielle amerikanische Bericht über den Untergang des Kriegsschiffes „Maine"** ist erschienen. Die Schlußfolgerungen der Kommission sind folgende: 1. In dem Augenblick, in welchem die Explosion stattfand, befand sich das Schiff in Fahrwasser von sechs Faden Tiefe. 2. Die Disziplin an Bord war ausgezeichnet, der Zustand der Stauung vorschriftsmäßig, die Temperatur in den Pulverkammern um 8 Uhr eine normale, mit Ausnahme der hinteren, für zehnzöllige Kanonen bestimmten Pulverkammer, was aber nicht die Explosion verursachte. 3. Die Explosion fand 9 Uhr 40 Minuten abends statt; es erfolgten zwei Explosionen mit sehr kurzer Zwischenzeit. Bei der ersten Explosion wurde das Schiff in die Höhe gehoben. 4. Die Kommission kann sich über die Aussage der Taucher betr. die Wracküberreste keine definitive Ansicht bilden. 5. Es geht aus den technischen Schilderungen, welche sich auf die Wracküberreste beziehen, hervor, daß eine Mine unter See an Backbord explodirte. 6. Die Explosion ist nicht durch irgend ein Versehen der an Bord befindlichen Personen verschuldet worden. 7. Die Ansicht der Kommission geht dahin, daß die Explosion einer Mine die Explosion zweier Pulverkammern verursachte. 8. Die Kommission erklärt, keine Beweise finden zu können, um eine Verantwortlichkeit festzustellen. Die Mitglieder der Kommission sind in ihren Entschließungen einer Ansicht. Der Bericht erwähnt Spanien oder die Spanier mit keinem Worte. —

**Die Vorgänge in Ostasien.** Aus Peking wird telegraphirt: Der russische Geschäftsträger Pavloff hat heute das Abkommen mit China über die pachtweise Abtretung von Port Arthur und Talienwan und über die Eisenbahn nach Port Arthur unterzeichnet. Kiutschau bleibt chinesisch, die Russen werden aber in der Nachbarschaft einen kleinen Posten errichten. China behält die Rechte der Souveränetät über Port Arthur und Talienwan. Beide Häfen werden den Kriegsmarinen aller Nationen offen stehen. Die Russen behalten sich nur die Erhebung von Zollgebühren vor, über die eventuelle Bestimmung solcher Einkünfte ist nichts bekannt. Wahrscheinlich werden die Russen die Forts bei Port Arthur besetzen — China hat beschlossen, Funing in der Provinz Fokieng als Vertragshafen zu eröffnen.

Gegenüber diesen großen Erfolgen Rußlands wird England stutzig. Die zweite Sonnabend-Ausgabe der „Times" meldet aus Hongkong, das englische Kriegsschiff „Barfleur" sei nach Nagasaki in See gegangen. Freitag sei Befehl gegeben worden, daß die Marinestation Hongkong sofort Vorkehrungen treffe, sich in Kriegsbereitschaft zu setzen. Das Personal sei vorläufig verstärkt worden und arbeite Tag und Nacht. Die Mobilmachung sei auf Dienstag festgesetzt worden. Französische Kreuzer seien ohne Hongkong anzulaufen nach Norden gegangen. —

## Deutsches Reich.

— Der deutsche Parlamentarismus in der „Schreckenskammer". In den jüngsten Flottendebatten der Regierung ist sehr häufig die „Schreckenskammer" genannt worden. Schreckenskammer? Der deutsche Parlamentarismus ist zwar eine ganz besondere Pflanze, und hat mit dem Parlamentarismus anderer Länder sehr wenig gemein — aber was hat diese Pflanze mit einer „Schreckenskammer" zu thun? Der zahme deutsche Reichstag ist doch wahrhaftig keine „Schreckenskammer" nach dem Muster des französischen Konvents, der vom Herbst 1792 bis zum Sommer 1794 durch das Schreckenssystem die Revolution zu retten suchte. Die deutsche „Schreckenskammer" ist etwas anderes — sie ist nicht der Reichstag, sondern nur ein Anhängsel desselben: ein Kommissionszimmer, nebst einer kleinen Komödie, welche gelegentlich in diesem Zimmer gespielt wird. Es ist diesmal Komödie in der Komödie — denn der ganze deutsch-preußische Parlamentarismus ist eine Komödie —, sie besteht darin, daß die Regierung, wenn sie bei ihren Geldforderungen — natürlich für Militarismus und Marinismus — auf Widerstand stößt, ganz plötzlich eine geheimnißvoll-ernste Miene annimmt, geheimnißvoll-ernst und feierlich, die Aufhebung der Oeffentlichkeit fordert und „streng vertrauliche Mittheilungen" macht, deren Zweck es ist, weichmüthige Kommissionsmitglieder mit einer Gänsehaut zu überziehen und dermaßen in „Schrecken" zu jagen, daß sie ihren Widerstand aufgeben. Von diesem „Schrecken" hat die „Schreckenskammer" ihren Namen.

Anläßlich der Flottenvorlage hat die „Schreckenskammer" in der ausgiebigsten Weise herhalten müssen. Und siehe da! Diesmal ist mit der Komödie der Schreckenskammer ein solcher Mißbrauch getrieben worden, daß einige der Mißbrauchten während der Debatte dazu gebracht wurden, die Geheimnisse der „Schreckenskammer" auszuplaudern. Und was ist an den Tag gekommen? Daß es sich mit dieser parlamentarischen Reichs-„Schreckenskammer" genau ebenso verhält, wie mit den bekannten Schreckenskammern und Wunderkammern auf Messen und Jahrmärkten. Der vertrauensvolle Gimpel, der auf den Leim geht, findet, daß er sein Vertrauen umsonst gespendet hat — denn er findet — nichts. Nur, daß der geprellte Messebesucher insofern in einer günstigeren Lage ist, als er sein Wort nicht gegeben hat, die Geheimnisse der „Schreckenskammer" nicht zu verrathen, während dem Opfer der parlamentarischen „Schreckenskammer" durch ein Ehrenwort der Mund geschlossen ist. Die Freunde der Regierung pflegen, wenn ihre Gründe nicht ausreichen, mit geheimnißvoll feierlicher Augurenmiene zu erklären: „Und wenn Ihr erst wüßtet, was wir nicht sagen dürfen! O horrible, horrible, most horrible! Was für gräßliche Dinge wir in der „Schreckenskammer" gehört haben! Entsetzlich! Nur keinen Widerstand! Nur alles bewilligt, was die Regierung verlangt! Es ist noch zu wenig, angesichts des Fürchterlichen, das man uns in der „Schreckenskammer" gezeigt hat."

Und die unglücklichen Gegner mit dem Papagenoschloß des Ehrenworts vor dem Mund — sie dürfen nicht sagen, was alles sie in der „Schreckenskammer" gesehen haben. Diesmal war es jedoch anders. Durch ihre Andeutungen, die deutlich waren wie die fünf Finger der rechten Hand bei einer — zünftigen Ohrfeige, haben die Opfer der „Folterkammer" uns diesmal das Geheimniß enthüllt. Und was war das Geheimniß der „Schreckenskammer", in welcher die Vertheidiger der Flottenvorlage ihre letzten und wuchtigsten Gründe vorgebracht haben sollen? Nichts. Nichts. Und noch einmal nichts!

Und sintemalen es mit früheren „Schreckenskammern" nicht anders war, verschont man uns hoffentlich in Zukunft mit dieser Spezialität des preußisch-deutschen Parlamentarismus. —

— „Die Anerkennung des Auslandes" pflegt sonst bei unseren „Patrioten" ein Beweis „vaterlandsloser Gesinnung" zu sein und wird speziell den Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit als Verbrechen angekreidet. Diese Praxis haben die Herren Patrioten aber jetzt vergessen. Sie führen triumphirend einen Leitartikel des Pariser „Temps" an, in welchem es heißt: durch die Annahme der Flottenvorlage sei Deutschland in die Reihe der großen Seemächte eingetreten!

Ja wissen denn unsere Patrioten nicht, daß der „Temps" das Organ der französischen Regierung ist? Und haben sie nicht Logik genug, um zu begreifen, daß es im Interesse des französischen Chauvinismus liegt, Deutschland zu möglichster Kräftevergeudung zu treiben. Die deutsche Flotte, und wird sie dreimal so groß gemacht, als die neue Vorlage es thut, wird den Franzosen niemals gefährlich werden. Die Kräfte aber, die wir ins Wasser werfen, würden im Falle eines Krieges da fehlen, wo allein sie den Franzosen gefährlich sein könnten. —

— § 138a Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung. Die Resolution, die von unserer Reichstagsfraktion gegen die bekannte anonyme „Berichtigung" beschlossen wurde, ist beim Reichstage eingebracht und lautet:

„1. Die im Reichs-Gesetzblatt von 1898 Nr. 7. S. 33 ohne Namensunterschrift erfolgte Veröffentlichung folgenden Wortlauts: (Hier folgt der Text der „Berichtigung") steht im Widerspruch mit dem nach erfolgter Zustimmung seitens des Bundesraths in Nr. 18 des Reichs-Gesetzblatts für 1891 (S. 261 ff.) veröffentlichten Beschluß des Reichstags vom 8. Mai 1891 und entbehrt der Rechtsgiltigkeit, da die verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung des Reichstags zu der durch diese Veröffentlichung versuchten Aenderung des vom Reichstag und Bundesrath beschlossenen, im Reichs-Gesetzblatt von 1891 (S. 261 ff.) veröffentlichten Gesetzes fehlt.

2. Der Reichstag ersucht deshalb den Herrn Reichskanzler, dafür Sorge zu tragen, daß die in Nr. 7 des Reichs-Gesetzblattes von 1898 als „Berichtigung" bezeichnete Veröffentlichung als rechtsungiltig im „Reichs-Gesetzblatt" bezeichnet werde." —

— Die Sammlungsaufrufe. In anti-agrarischen bürgerlichen Blättern findet sich die folgende Notiz:

Bis Sonnabend Mittag betrug die Zahl derjenigen Personen, welche die Erklärung zu gunsten der Fortführung der Handelspolitik der letzten Jahre unterzeichnet hatten, 4100; also das Doppelte derjenigen Zahl, welche die Herren v. Schwerin-Löwitz und Popelius nach vierwöchentlichem Bemühen für ihren agrarischen Sammlungsaufruf zusammengebracht haben. Es ist hierbei noch zu berücksichtigen, daß die Erklärung für die Handelsverträge erst vor 10 Tagen veröffentlicht wurde und daß man sich bisher nur an gewerbliche Kreise gewendet hatte, wie dies auch die Unterschriften ergeben. Es ist zu erwarten, daß die Zahl der Unterschriften, die fortwährend in großen Mengen einlaufen, sich noch gewaltig vermehren wird, sobald erst Nichtgewerbetreibende zur Unterzeichnung aufgefordert sind, die nach den Mittheilungen der „Post" zwei Fünftel der Unterzeichner des agrarischen Aufrufs ausmachen.

Wäre es mit dem Unterzeichnen von Aufrufen gethan, so hätten demnach die Anti-Agrarier den Sieg schon sicher in Händen. Zu einem Wahlsieg gehört aber zäher Opfermuth, unermüdliche Arbeit, Geld und Energie. Bei der von oben theils befohlenen theils geduldeten amtlichen Unterstützung der agrarischen Agitation müssen die Anti-Agrarier bedeutend mehr thun als Unterschriften zeichnen, um den Ostelbiern eine Niederlage zu bereiten. —

— In den Eisenbahnprozessen scheint Herr Thielen ein Haar gefunden zu haben. Bezüglich der strafrechtlichen Verfolgung von Eisenbahnunfällen hat jetzt infolge der häufigen gerichtlichen Freisprechung der wegen Verschuldung der Unfälle angeklagten Beamten der Minister der öffentlichen Arbeiten an die königlichen Eisenbahndirektionen folgenden bemerkenswerthen Erlaß gerichtet: Nach den bestehenden Vorschriften haben die Eisenbahndirektionen nach dem Abschluß der Untersuchung eines Unfalls unverweilt der Staatsanwaltschaft die Verhandlungen nebst einer Begutachtung des Falles zu übersenden, in welcher alle in betracht kommenden technischen Fragen und dienstlichen Vorschriften unter bestimmter Angabe, von wem und inwiefern diese Vorschriften etwa verletzt sind, eingehend zu erörtern sind. — Hierbei sind neben den einen Beamten belastenden Umständen auch diejenigen Umstände, die zur Entlastung dienen können, von vornherein zur Kenntniß der Staatsanwaltschaft zu bringen, damit diese nicht zur Erhebung der öffentlichen Klage veranlaßt wird, wenn nach Lage der Sache eine gerichtliche Verurtheilung nicht zu erwarten ist. Ich mache es deshalb den königl. Eisenbahndirektionen zur Pflicht, sich bei der Begutachtung eines Unfalles nicht auf die Angabe zu beschränken, von wem und inwiefern dienstliche Vorschriften verletzt worden sind, sondern alle in betracht kommenden besonderen Umstände — auch in rechtlicher Beziehung — erschöpfend zu würdigen und sich für die Erhebung der öffentlichen Klage nur dann auszusprechen, wenn auch bei voller Berücksichtigung der entlastenden Umstände kein Zweifel darüber obwalten kann, daß ein Beamter durch Vernachlässigung ihm obliegender bestimmter Pflichten den Eisenbahnunfall verschuldet hat. Dagegen ist es in zweifelhaften Fällen unter Gegenüberstellung der belastenden und entlastenden Umstände dem Befinden der Staatsanwaltschaft zu überlassen, ob die begutachteten Untersuchungsverhandlungen genügenden Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage bieten, wobei selbstverständlich die Verfolgung vorgekommener Dienstvergehen auf dem Disziplinarwege vorbehalten bleibt.

Was da in zahlreichen Gerichtsverhandlungen über weitgehendste Ausnutzung der Arbeitskraft und Gefährdung des Menschenlebens aus Licht kam, war denn auch wahrlich danach, daß Herr Thielen alle Ursache hatte, ferneren öffentlichen Blamagen vorzubeugen. Hoffentlich ist die Verfolgung auf dem Disziplinarwege nicht derart, daß die weit über Gebühr ausgenutzten Arbeiter in die Lage kommen, lieber eine strafrechtliche Verfolgung ihrer „Vergehen" zu wünschen.

— Statistik des Medizinalpersonals. Vom Bundesrath ist in der Sitzung vom 28. Februar d. J. die Wiederholung der am 1. April 1887 ausgeführten statistischen Aufnahme des Heilpersonals, und zwar nach dem Stande vom 1. April d. J., beschlossen worden. —

— Die Uebernahme der Kosten thierärztlicher Thätigkeit auf die Staatskasse ist auch in sozialdemokratischen Kreisen aus Anlaß des Agrarprogramms lebhafter erörtert worden. Ueber die Ablehnung einer so allgemein gehaltenen Forderung war man sehr bald einig. Strittig blieb jedoch die Behandlung derjenigen Kosten, welche für den Viehbesitzer aus allgemeinen veterinärpolizeilichen Maßnahmen zur Verhütung der Seuchenausbreitung entstehen. Hier tritt das Einzelinteresse stark zurück; auch die Arbeiter als Konsumenten können hier bestimmte Eingriffe für nütz-

lich und nothwendig halten und über die Aufbringung der Kosten infolge dessen mit sich reden lassen.

Es ist nun lehrreich, welche Behandlung in der Agrarkommission des preußischen Abgeordnetenhauses der Antrag Herold erfuhr:

Daß die Kosten thierärztlicher Untersuchungen, welche auf Anordnung von Verwaltungsbehörden erfolgen, auf die Staatskasse übernommen werden.

Die Regierung hielt die in Preußen bestehenden Bestimmungen für ausreichend, und sie konnte in der That darauf hinweisen, daß die Viehbesitzer verhältnißmäßig weitaus den kleineren Theil der hier in Frage kommenden Lasten tragen. Stets ist in erster Linie die Staatskasse belastet und der Eigenthümer nur insoweit heranzuziehen, als weder die Staatskasse noch ein „Unternehmer" von Märkten (meist die Gemeinden) und von öffentlichen Schlachthäusern für haftbar erklärt sind. Nach dem Ausführungsgesetze vom 12. März 1881 können der Staatskasse sogar die Untersuchungskosten in allen Fällen auferlegt werden, in denen die Polizeibehörden im öffentlichen Interesse, sei es durch einzelne Aufträge, sei es durch allgemeine Anordnungen eine amtsthierärztliche Untersuchung vorschreiben. Einzelne Behörden haben diese weite Auslegung allerdings eingeschränkt, die Regierung will sie jedoch nunmehr allgemein zur Annahme bringen; „auf diese Weise werde dem größten Theile der Beschwerden, die zur Einbringung des Antrages Anlaß gegeben haben, abgeholfen werden."

Die Mehrheit der Agrarkommission erklärte sich damit zufrieden. Die Kosten der Beaufsichtigung der Viehmärkte und der Schlachthäuser den Unternehmern abzunehmen, die doch meist beträchtliche Vortheile und Gebühren dafür haben, scheint niemand bereit gewesen zu sein. Daß die Hausirhändler geschröpft werden, wenn ihr mitgeführtes Vieh in gewissen Zwischenräumen durch einen beamteten Thierarzt untersucht werden muß, finden die Agrarier sogar sehr in Ordnung. Noch mehr billigen sie es, daß der Importeur bei der Einfuhr von Vieh aus dem Auslande ordentlich zahle. Eine abermalige Erschwerung der Auslandskonkurrenz durch diese Doppelbehandlung der Untersuchungskosten ist ihnen äußerst willkommen.

Man forderte daher zum Schlusse mit 7 gegen 3 Stimmen die Regierung lediglich auf, die bestehenden Viehseuchengesetze „nach Möglichkeit dahin in Anwendung zu bringen, daß die im öffentlichen Interesse erwachsenden Kosten von der Staatskasse getragen werden." —

— Eine besondere „bayerische katholische Volkspartei". Der in Beuthen O.-S. erscheinende „Dziennik Slaski" bringt am Schluß eines Artikels, in dem die Abstimmung des Zentrums scharf kritisirt wird, folgende Nachricht: „Zu uns dringen Gerüchte, daß die Bayern eine besondere Partei, eine bayerische katholische Volkspartei gründen wollen. — Was noch kommen wird, ist schwer vorauszusehen." Hätte das oberschlesische Zentrum Muth, dann käme zunächst eine oberschlesische katholische Volkspartei. —

**Landsberg a. W.**, 28. März. Bei der Landtags-Ersatzwahl im 2. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. wurden insgesammt 227 Stimmen abgegeben, die sämmtlich auf den Amtsrichter Holtschke (kons.) in Soldin fielen. Ein Gegenkandidat wurde nicht aufgestellt. —

**Schippenbeil i. Ostpr.**, 28. März. Bei der heute im 9. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Königsberg i. Pr. stattgehabten Landtags-Ersatzwahl erhielt v. Meßling-Kapsitten (kons.) sämmtliche 227 abgegebenen Stimmen. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. —

**Kiel**, 27. März. (Eig. Ber.) [Probefahrt mit Hindernissen.] Das Torpedoboot „G 88", eines der für die neue Division bestimmten Boote, wofür das Divisionsboot „D 10" erst dieser Tage bei Thornykroft in England vom Stapel gelaufen ist, hat diese Woche seine erste Probefahrt gemacht, die nicht zu Ende geführt werden konnte, weil im Schiffsboden, oberhalb der Schraube, beim Arbeiten derselben mehrere Platten Bruchstellen zeigten, die ergaben, daß das zum Schiffsbau verwendete Material, sogenannter Nickelstahl, der fast rostsicher sein soll, viel zu hart und spröde ist. Das in Frage stehende Torpedoboot nebst einem zweiten wird von der Krupp'schen Germania-Werft hergestellt, das zum Bau verwandte Material sollte ein ganz besonders vorzügliches sein. Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß dasselbe für den furchtbaren Wasserdruck, der beim Arbeiten der Schraube an das vibrirende Schiff drückt, nicht widerstandsfähig genug ist. Das Schiff hat die Probefahrt abbrechen müssen und harrt nun in Kiel der Besichtigung durch höhere Beamte. —

— Der Beschluß des Stuttgarter Gemeinderaths, die Regierung möge für Stuttgart ausnahmsweise das Proportionalsystem bei der Landtagswahl einführen, wird wahrscheinlich keinen Erfolg haben, da der Landtag ungefähr zur gleichen Zeit beschlossen hat, daß Stuttgart in drei Landtags-Wahlbezirke, in deren jedem ein Abgeordneter zu wählen ist, eingetheilt werden soll. —

**Straßburg i. E.**, 27. März. (Eig. Ber.) Die nachgerade berühmt gewordene „Schlagwort"-Theorie des Oberregierungsrathes Halley hat einen neuen, schweren Stoß erhalten. Gestern Abend sollte hier eine öffentliche Arbeiter-Versammlung stattfinden, in welcher Genosse Böhle über „Die beabsichtigte Beschränkung des Koalitionsrechtes durch den Posadowsky'schen Erlaß und deren Folgen" zu referiren gedachte. Der Versammlungsraum war bereits dicht mit Arbeitern gefüllt, als ein Schutzmann erschien und dem Referenten die Mittheilung machte, das Bezirkspräsidium habe die erforderliche Genehmigung der Versammlung verweigert. Böhle machte von dieser Verfügung den Erschienenen Mittheilung, worauf sich dieselben in Ruhe zum Verlassen des Lokals anschickten. — Eine Regierung, die es einem großen Theil der Bevölkerung des Landes einfach unmöglich macht, sich zur Berathung ihrer wichtigsten politischen und sozialen Angelegenheiten friedlich zu versammeln, begiebt sich dadurch jedenfalls des Rechtes, Verwahrung dagegen einzulegen, wenn man ihre Verwaltungsgrundsätze mit der Bezeichnung eines Diktaturregimentes belegt.

Gegen das Eingreifen der Polizei in unsere Märzfeier ist seitens des Einberufers derselben, Genossen Böhle, eine Beschwerdeschrift beim Bezirks-Präsidium eingereicht worden, der wir den folgenden Passus entnehmen: „... Der nichtöffentliche Charakter der Veranstaltung ist damit gegeben, daß sämmtliche Theilnehmer auf private Einladung des Einberufers erschienen waren. An der Thüre des Saales wurde gewissenhaft Kontrolle geübt und nur Eingeladene wurden zum Eintritt zugelassen. Dieser nichtöffentliche Charakter der Veranstaltung ist aber auch seitens der Polizei thatsächlich anerkannt worden dadurch, daß deren Vertreter, der in amtlicher Eigenschaft mit dem Auftrage erschienen zu sein erklärte, das Halten öffentlicher Reden zu verhindern, den Referenten eine dreiviertelstündige politische Rede halten ließ, ohne die Versammlung, zu welcher als einer nichtöffentlichen keine behördliche Erlaubniß eingeholt worden war, als den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufend für aufgelöst zu erklären. Die allgemeine Rechtssicherheit erfordert, daß einem so widerspruchsvollen und rechtlich unverständlichen Verhalten von Polizei-Organen, wie es hier vorliegt, endlich ein Ziel gesetzt werde." —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die braunschweiger Strafkammer verurtheilte, wie eine Zeitungskorrespondenz mittheilt, den Oekonomen Niens aus Börßum wegen Majestätsbeleidigung, die er sich im November v. J. in angetrunkenem Zustande hatte zu schulden kommen lassen, zu dem gesetzlich niedrigsten Strafmaß von einem (!) Monat Festungshaft. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Für strafmündige Personen ist bekanntlich das niedrigste Strafmaß für Majestätsbeleidigungen zwei Monate Festungshaft. —

Wegen Majestätsbeleidigung war der 46 Jahre alte Maurer Kurt Emil Schüller, aus Sebnitz gebürtig, vor der Dresdener Strafkammer angeklagt. Schüller wohnt in Mittelndorf bei Schandau und hat vor einiger Zeit, gelegentlich einer Versammlung daselbst, beleidigende Aeußerungen in bezug auf den sächsischen König gethan. Der Angeklagte wurde auf grund des § 95 des R.-St.-G.-B. zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Während der Beweisaufnahme war die Verhandlung geheim.

## Oesterreich.

— Polen und Ruthenen. In der Debatte über die Erklärung des Grafen Thun kam es zu einer bemerkenswerthen Auseinandersetzung zwischen dem Polenführer Jaworsky und dem ruthenischen Radikalen Dr. Okuniewsky. Jaworsky erklärte namens des Polenklubs, daß derselbe den Staatsbedürfnissen und Staatsnothwendigkeiten stets Rechnung tragen und für die Machtstellung des Reiches stets eintreten werde, andererseits aber auf eine Ausdehnung der gesetzgeberischen Autonomie des Landes hinarbeiten werde. Dieser Widerspruch kann nur so erklärt werden, daß die edlen Polen auf Kosten des Reiches in ihrem Lande nach ihrem Gutdünken wirthschaften wollen. Dr. Okuniewsky deckte diesen Schwindel der Schlachzizen rücksichtslos auf, und erwiderte, die Ruthenen, welche die Hälfte der Bewohner Galiziens ausmachen, fürchten nichts so sehr, als eine Erweiterung der Autonomie des galizischen Landtages, in welchem sie der polnischen Majorität auf Gnade und Ungnade ausgeliefert seien. Der Schlag traf die Polen hart, härter aber noch ihre jungczechischen Bundesgenossen, die als Zweck ihrer Verbrüderung mit den Autonomisten die Erringung der nationalen Gleichberechtigung für sämmtliche österreichische Slaven vorschützen.

## Ungarn.

— Die Feldarbeiterbewegung. Als die ungarische Regierung am Beginn dieses Jahres das Feldarbeitergesetz fabrizirte, war sie sich wohl darüber klar, daß sie die furchtbaren Bestimmungen dieses Gesetzes nicht so ohne weiteres bei der aufgeregten, von Hunger und Noth erbitterten Landbevölkerung zur Anwendung werde bringen können. Es war daher ihre Aufgabe, diese Erbitterung so weit zu steigern, bis sie für das Eingreifen der Waffengewalt einen Vorwand finden konnte. War derselbe vorhanden, so sollte durch ein Blutbad, durch die Einkerkerungen der Rothschrei der Landbevölkerung erstickt und diese nach Vernichtung ihrer Organisation unter dem Schrecken der Repetiergewehre dem Knebelgesetze gefügig gemacht werden. Dieses System ist so furchtbar, daß man an dessen Vorhandensein gar nicht glauben möchte, und doch braucht man nur die Berichte der letzten Woche zu lesen, um dasselbe in fürchterlicher Klarheit vor sich zu sehen. Unter dem Vorwande, daß die Arbeiterbewegung von fremden Agitatoren aus den Städten erzeugt und genährt werde, begann eine schreckliche Verfolgung der sozialistischen Vereine und Zeitungen in der Hauptstadt, die sogar — und das will viel sagen — bei den Bürgerlichen einiges Bedenken erregte. Die gewünschte Rückwirkung auf das Land blieb nicht aus. In großen Versammlungen suchte die Bevölkerung ihrem Grolle Luft zu machen und gegen dieses gewaltsame Vorgehen zu protestiren. Doch schon waren und sind die Bataillone bereit, um an der „aufrührerischen Menge", die von allen Seiten umstellt, sich nicht zerstreuen „will", die Wirkungen des Manlichergewehres zu erproben, wie in Duna-Földvar, wo fünf Menschenleben zum Opfer fielen. Dabei wird durch Verordnungen noch der letzte Rest der Selbständigkeit konfiszirt. Die Gemeindevorsteher wurden beauftragt, alle nicht heimathsberechtigten Sozialisten auszuweisen, die einheimischen zu überwachen und falls sie sich an einen anderen Ort begeben wollten, die betreffende Behörde sofort, eventuell telegraphisch zu verständigen. Unzählige Hausdurchsuchungen und Konfiskationen, schwere Freiheitsstrafen sind die Mittel, um die Arbeiter mürbe zu machen. Und was ist der Erfolg? Der Vizegespan des Pester Komitats berichtete, daß die Arbeiter von der Abschließung von Ernte- oder Dreschkontrakten nichts hören wollen; in mehreren Gemeinden, wie in Ubony, erklärten sie, erst am Peter- und Paulstage Kontrakte abschließen zu wollen. In Baes-Almas beschloß eine Versammlung, in diesem Jahre Erntearbeiten nur dann anzunehmen, wenn für das Schneiden von einem Joch Weizen 80 Kilogramm und nicht mehr 42 gegeben werden, für den Schnitt von einem Joch Hafer werden 5 fl. verlangt; die Arbeit, die bisher umsonst geleistet wurde, soll überhaupt nicht mehr übernommen werden. Die Leute wissen, daß sie jetzt den äußersten Widerstand leisten müssen, um nicht auf Jahre hinaus dem Elende und der Willkür preisgegeben zu sein. Sie leisten diesen Widerstand, so sehr auch der Magen knurrt. In Slavonien ist sogar eine Hungersnoth ausgebrochen; die Leute reißen ihre Häuser nieder und verkaufen das Holz, um sich Brot zu verschaffen, doch der Regierung ist es nicht darum zu thun, die Noth des Volkes zu lindern, sondern den Junkern billige Arbeitskräfte zu liefern, und für diesen Zweck ist ihr kein Mittel zu schlecht gewählt. Die Arbeiter werden noch viele Opfer bringen müssen, um in diesem furchtbaren Kampfe nicht unterzugehen. —

— Von dem Verfolgungseifer der ungarischen Behörden und dem Mißerfolg derselben geben die folgenden, dem offiziösen „Pester Lloyd" entnommenen Angaben Aufschluß:

Auf Anordnung des Ministers des Innern wurde der Debrecziner Arbeiter-Bildungsverein vom Stadthauptmann des ersten Bezirkes Michael Toth aufgelöst. Dieser verlas in Anwesenheit der zahlreich erschienenen Mitglieder den Auflösungsbescheid, in welchem als Ursache der Maßregel hervorgehoben wird, daß der Verein die Statuten überschritten und unausgesetzt sozialistische Agitation betrieben habe. Das Vereinsvermögen wurde vom Stadthauptmann mit Beschlag belegt. Der Sozialistenführer Martin Csizi wurde aus dem Gebiete der Stadt ausgewiesen. Die dort bestehenden anderen zwei sozialistischen Vereine dürften gleichfalls aufgelöst werden.

Die hauptstädtische sozialdemokratische Parteileitung plant für den Ostersonntag, 10. April, eine große Manifestation. An diesem Tage halten sämmtliche organisirten Branchen öffentliche Versammlungen, deren gleiche Tagesordnung folgendermaßen lautet: „Das Recht auf Organisation". Nachmittags 4 Uhr findet auf der Wiese vor der Feld'schen Arena im Stadtwäldchen eine Volksversammlung statt. — Die gestern erschienene „Néppzava" wurde von der Staatsanwaltschaft konfiszirt. Polizeikonzipist Eperjessy revidirte alle bekannten Verschleißlokale der „Néppzava" und saisirte sämmtliche dort vorgefundenen Blätter. — Nenestens wurden der Redakteur des slavischen Parteiblattes „Nova Doba", Szvenyi, und der Sozialist Dukker aus der Hauptstadt ausgewiesen. — Das Fachblatt der Buchdrucker und Schriftgießer „Typographia" hat 7, und das Fachblatt „Der Bauarbeiter" 18 Preßprozesse erhalten. — Gleichwie in den früheren Jahren wird seitens der Sozialisten auch in diesem Jahre eine allgemeine Maifeier abgehalten; es wird schon jetzt für die Arbeitsruhe am 1. Mai agitirt.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" theilt mit, daß am Freitag auf grund einer durchaus nicht gesetzlichen Verordnung des Ministers des Innern 213 Menschen zu Geldstrafen von zusammen 20 000 M. verurtheilt wurden. Am 26. März sprach das Strafgericht für den Pester Landbezirk nach einwöchentlicher Verhandlung gegen 76 in der Angelegenheit der vorjährigen agrarsozialistischen Bewegung in Tapio, Szt. Marton, Angeklagte das Urtheil. 28 Angeklagte wurden zu je zwei Jahren Kerkers und je 50 fl. Geldstrafe, 48 zu einjährigem Kerker und je 50 fl. Geldstrafe verurtheilt. Die Verurtheilten meldeten die Berufung an. —

## Schweiz.

**Bern**, 27. März. (Eig. Ber.) Die Annahme, daß es sich bei der Errichtung des türkischen Generalkonsulats in Genf um eine politische Aktion handelt, hat rasch durch die That ihre Bestätigung gefunden. Angeblich um das Konsulat einzurichten, kam der Botschaftsrath von der türkischen Botschaft in Paris, Nedjiib Effendi Melhanie nach Genf, aber in Wirklichkeit ertheilte er 18 an der Genfer Universität studirenden Türken den Befehl zur Abreise nach Paris, Brüssel, Berlin und Wien, womit wohl der Boykott über die Genfer und über die anderen schweizerischen Universitäten seitens der Türkei verhängt ist. In einem Interview mit einem Redakteur der Genfer „Tribüne" erklärte der diplomatische Geheimpolizist, daß die weggeschickten Studenten, welche von der türkischen Regierung Stipendien erhalten, auf ihren „eigenen Wunsch" die Luftveränderung vorgenommen hätten. Nun kommt aber ein Dr. Lardy und erklärt dies in den Genfer Blättern für eine Unwahrheit, die er sammt dem ganzen geheimpolizistischen Treiben des türkischen Vertreters zur Charakterisirung des türkischen Konsuls benutzt. Ferner erzählt er, daß der Sultan im September 1897 den Chef der Geheimpolizei nach Genf gesandt, um mit dem jungtürkischen Komitee einen Waffenstillstand abzuschließen, sowie Murad Bey und zwei andere Komiteemitglieder zur Rückkehr in die Türkei zu veranlassen. Der Sultan hatte versprochen, in kurzer Zeit wichtige Reformen einzuführen, wenn sich das Komitee verpflichte, seine Publikationen einzustellen; jedes Komiteemitglied sollte eine monatliche Entschädigung von 300 bis 400 Fr. erhalten. Da aber alle diese Versprechungen nach den türkischen Gepflogenheiten nicht gehalten wurden, so nahmen die Jungtürken den Kampf aufs neue wieder auf. Dr. Lardy theilt weiter mit, daß der Verein der Jungtürken zirka 600 000 Mitglieder in Oesterreich zählt. Man ist in der Schweiz entrüstet über diese geheimpolizeilichen Umtriebe offizieller türkischer Vertreter in Genf, die unter der falschen Flagge des Konsulats praktizirt werden, muß aber gleichzeitig eingestehen, daß die Schweiz kein zulässiges Mittel besaß, die Errichtung eines Konsulats zu verhindern. Die Türkei weiß aber nun, daß man ihr falsches Spiel erkannt hat. —

**Bern**, 25. März. (Eig. Ber.) Der Bundesrath hat den Beschluß des Züricher Stadtrathes, von den Oesterreichern und Italienern ebenso wie seit 1890 von den Deutschen Leumundszeugnisse zu verlangen, als vertragswidrig sistirt, gleichzeitig aber erklärt, daß unter den in Zürich obwaltenden Verhältnissen das Verlangen sachlich nicht unberechtigt sei. Der Bundesrath hält nun bei den Kantonsregierungen eine Umfrage, deren Ergebnisse je nachdem zur Kündigung der Niederlassungs-Verträge mit Oesterreich und Italien führen können. Wird gekündigt, so kann sich die deutsche Reaktion bismärckischer Kouleur eines ungeahnten Erfolges freuen, und das offizielle Deutschland kann mit stolzem Bewußtsein sagen: Wir marschiren an der Spitze der internationalen Reaktion.

**Zürich**, 25. März. (Eig. Ber.) Der Züricher Kantonsrath hat zwei Tage lang über einen Antrag der Vertreter des Geldsacks, der privaten Versicherungsgesellschaften und der unbeschränkten Ausbeutung auf allen Gebieten verhandelt, der die runde Ablehnung der Vorlage betreffend die obligatorische, staatliche Mobiliarversicherung bezweckte. Die Versicherungsgesellschaften zahlen bekanntlich im In- und Auslande die fettesten Dividenden an ihre Aktionäre, Dividenden von 20, 30 pCt. und noch darüber, aber trotzdem hatten die Herren die Kühnheit, von dem „schlechten Geschäft" zu reden, das der Staat mit der Versicherung machen und daß daraus mancherlei Gefahren resultiren werden, weshalb man das „schlechte Geschäft" lieber auch fernerhin den Aktiengesellschaften überlassen möge. Diese nachgerade langweiligen, verlogenen Deklamationen, die erst vor kurzem gegen die Eisenbahn-Verstaatlichung erfolglos vorgetragen wurden, blieben auch im Züricher Kantonsrath ohne Erfolg, denn der kapitalistische Antrag wurde mit 108 gegen 52 Stimmen abgelehnt. —

## Frankreich.

— Eine Folge des Falles Dreyfus-Esterhazy. Aus Paris wird telegraphirt: Ein Erlaß des Kriegsministers untersagt allen Armeekorps den bisher geduldeten direkten amtlichen Korrespondenzverkehr der Korps mit im Auslande befindlichen Persönlichkeiten. Diese Korrespondenzen müssen fortan durch das Ministerium gehen. Der Befehl hängt mit der Reform bezw. mit der besseren Kontrolle des Informationswesens zusammen. —

## England.

**London**, 28. März. Die „Times" besprechen in einem Leitartikel den Ernst der auswärtigen Lage und knüpfen daran die Bemerkung, in früheren Jahren habe Salisbury die doppelten Pflichten des Premierministers und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten mit ausgezeichnetem Erfolge erfüllt, in den unruhigen Zeiten aber, die dem Lande seit 1895 beschieden, habe er die Bürde weniger leicht und weniger erfolgreich getragen. Die Erklärung hierfür sei sehr einfach: eine Arbeit, die für einen Mann von 55 Jahren verhältnißmäßig leicht sei, könne sehr wohl eine Ueberanstrengung für einen Mann von 68 Jahren sein. „Wir glauben," schließt der Artikel, daß wir binnen kurzem hören werden, daß Salisbury die Geschäfte des Auswärtigen Amtes einem seiner Kollegen übertragen hat." —

## Dänemark.

— Die bevorstehenden Volksthings-Wahlen veranlassen zu einigen Bemerkungen über die Bedingungen des Wahlrechts in der Zusammensetzung der zweiten Kammer. Nach § 30 des dänischen Grundgesetzes steht das Wahlrecht zum Volksthing einem jeden „unbescholtenen" Manne zu, der Staatsbürger ist und sein 30. Lebensjahr zurückgelegt hat, ausgenommen, wenn er a) ohne eigenen Hausstand zu haben, in privatem Dienstverhältniß steht, b) öffentliche Armenunterstützung genießt oder genossen hat, ohne daß ihm die Zurückzahlung entweder erlassen ist oder er die empfangene Unterstützung zurückgezahlt hat, c) in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt worden ist, d) nicht wenigstens ein Jahr lang in dem Wahlbezirk oder in der Stadt, wo er sich zu der Zeit aufhält, da die Wahl stattfindet, festen Wohnsitz gehabt hat.

Für die Wählbarkeit zum Volksthing ist aber blos ein Alter von 25 Jahren erforderlich. Auf je 16 000 Einwohner soll ein Abgeordneter entfallen; ebenso wie im Deutschen Reiche hat sich aber, da eine neue Wahlkreiseintheilung seit Erlaß des Wahlgesetzes nicht stattgefunden hat, die Bevölkerungszahl der einzelnen Wahlkreise außerordentlich ungleich gestaltet; so hat z. B. Kopenhagen mit ca. 350 000 Einwohnern statt 22 blos 9 Abgeordnete zu wählen. Das Parlament, das alljährlich mindestens einmal zusammentreten muß, wird auf drei Jahre gewählt. —

## Italien.

— Die Kammer vertagte sich auf den 14. April. —

— Crispi will noch einmal von den politisch Todten auferweckt werden. Er will sich von seinen sizilischen Wählern ein Vertrauensvotum ausstellen lassen; vorerst appellirt er auch an das Mitleid. Depeschen aus Rom melden:

„Crispi reiste am Sonnabend nach Neapel ab. Die „Italie" meldet, er werde sich nach Palermo begeben, um seinen Wählern über sein Verhalten Rechenschaft zu geben. Das Blatt fügt hinzu: das Augenübel Crispi's habe sich verschlimmert. Das Fortschreiten des grauen Stars mache eine Operation nöthig, die vielleicht nicht ganz ungefährlich sein könnte.

Dem „Popolo Romano" zufolge antwortete Crispi auf ein Telegramm, das ihm aus Palermo von 3000 seiner Wähler übersandt worden war, er danke für ihre Gesinnung; er sei, obwohl schon alt, des Kampfes nicht müde, zumal, wenn er die Hilfe derer habe, an deren Seite er in Augenblicken kämpfte, welche für das Vaterland gefährlich gewesen seien." —

## Spanien.

**Madrid**, 27. März. Eine halbamtliche Regierungsnote bestätigt daß die Uneinigkeit der verschiedenen Bevölkerungsklassen in Portorico den Bestand der Insel-Regierung in Frage stellte. In letzter Stunde ging hier das Gerücht um, daß eine Regierungskrise in Portorico ausgebrochen sei.

Was so lange in Spanien befürchtet wurde, die Ausdehnung des kubanischen Aufstandes auf die Nachbarinsel, auf Portorico scheint eingetreten zu sein.

Und auch die Nachrichten von den Philippinen lauten überaus trübe.

Eine Privatdepesche aus Manila besagt, die Gendarmerie habe dort in einem Hause 80 bewaffnete Separatisten überrascht, welche einen Handstreich gegen die Spanier vorbereiteten. Da die Separatisten sich der Verhaftung widersetzten, hätten die Gendarmen Feuer gegeben, wobei zehn Personen getödtet worden seien. Dem Vorfall werde jedoch keine besondere Bedeutung beigelegt. Die

Hafenbefestigungen seien verstärkt worden, da möglicherweise ein Handstreich gegen die Stadt vom Meere aus versucht werden könnte —

### Serbien.

**Belgrad**, 26. März. Die Skupschtina wurde heute aufgelöst. Die Neuwahlen werden später innerhalb der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Zeit angeordnet werden.

Mit dem Vertrauen in die Verfassungstreue der serbischen Regierung sieht es innerhalb und außerhalb Serbiens sehr schlecht aus. —

### Rumänien.

— Die Auflösung der Kammer soll bevorstehen. —

### Bulgarien.

— Der bulgarischen Regierung ist wieder etwas recht unangenehmes passirt. Der Mörder Stambuloff's, ein Hausirer, ist von der rumänischen Behörde verhaftet worden, er soll demnächst an Bulgarien ausgeliefert werden. Vielleicht lüftet sich dann doch noch das Dunkel über die sicherlich hochstehenden und wahrscheinlich dem Fürsten von Bulgarien nicht gerade fremden intellektuellen Urheber der Mordthat. —

### Afrika.

**Kairo**, 27. März. Gegenüber den amtlichen Berichten über den Gesundheitszustand der Truppen des Sirdar erfährt die „Agence Havas", derselbe sei wenig befriedigend. Die Derwische schienen entschlossen zu sein, keine Schlacht zu liefern, sondern würden den Sirdar nur fortwährend beunruhigen und seine Truppen zu erschöpfen suchen.

### Amerika.

— Haitanisches. Depeschen, die aus Port au Prince in Kingston (Jamaika) eingetroffen sind, besagen, auf Haiti herrsche eine schreckliche finanzielle Krise. Das Goldagio betrage 220 pCt. Im Innern Haiti's herrsche große Noth. —

## Parlamentarisches.

**Der Seniorenkonvent** des Reichstags hat beschlossen, nach Erledigung der 3. Berathung des Etats — vermuthlich Mittwoch oder Donnerstag dieser Woche — die Osterferien eintreten zu lassen. Die Ferien werden bis zum 26. April dauern. Der ursprünglich in Aussicht genommene Termin des Wiederbeginns der Reichstags-Verhandlungen, der 19. April, kann nicht innegehalten werden, weil wegen des siebzigsten Geburtstags des Königs von Sachsen zahlreiche Mitglieder des Bundesraths um diese Zeit nicht in Berlin sein werden. Als Tagesordnung für den 26. April ist in Aussicht genommen die erste Berathung des Gesetzes betreffend die elektrischen Maßeinheiten, ferner die zweite Berathung der lex Heinze, sowie die Erledigung der noch ausstehenden Berichte der Wahlprüfungs-Kommission, welche die Giltigkeit der Wahl des Abg. Schulz (Wittenberge), sowie die Ungiltigkeit der Wahlen der Abgg. Reichmuth und Dr. Merz beantragt. —

**Der Bundesrath** hat in seiner gestrigen Sitzung dem Ausschußbericht über die Vorlage, betreffend Erhöhung des Gehaltes von Post-Unterbeamten, die Zustimmung ertheilt. —

**Dem Herrenhaus** ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Vertretung der Propstei- (Kreis-) Synodalverbände und des Gesammt-Synodalverbandes der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein, sowie der Kreis-Synodalverbände des Konsistorialbezirks Wiesbaden in vermögensrechtlichen Angelegenheiten, zugegangen. —

## Partei-Nachrichten.

**Bei der Stichwahl** zum Stadtverordneten-Kollegium in Bremerhaven erhielten von 475 insgesammt abgegebenen Stimmen unsere Parteigenossen H. Grunow und D. Spilker 465 und 244 Stimmen und damit den Sieg. Die Sozialdemokratie hat nun wieder vier Sitze inne.

### Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Das Schöffengericht in Schönberg in Mecklenburg-Strelitz hatte in einem Prozeß gegen einen Parteigenossen die Broschürenverbreitung an Sonntagen als einen Verstoß gegen das mecklenburgische Sonntagsruhe-Gesetz vom Jahre 1855 erklärt. Das Landgericht in Neu-Strelitz dagegen sprach den Angeklagten frei und ordnete an, daß ihm die nothwendigen Auslagen aus der Staatskasse zu ersetzen seien.

— Der Gemeindevorstand des weimarischen Fleckens Mellingen verbot die Abhaltung einer für den 20. März angemeldeten Volksversammlung, weil der Wirth des betreffenden Lokals „an nervösen Erregungen" leide, was „zu ernsten Besorgnissen" Veranlassung gäbe. Weiter heißt es in dem Verbot: „Auch halte ich zur Zeit derartige Versammlungen für verfrüht, da ein Wahltermin nicht ansteht, um die sonst friedlichen Bewohner des Ortes schon jetzt aus der gewohnten Ruhe in Wahlerregungen zu bringen." Wenn das Reichsgesetz nicht einen Riegel vorschöbe, würde der Gemeindevorstand von Mellingen den Arbeitern wohl auch nach Ausschreibung der Wahl keine Versammlung gestatten. Für die Zustände in dem weimarischen Ländchen ist das Vorkommniß sehr bezeichnend.

— Der Parteigenosse Mattutat in Augsburg, Redakteur des augsburgischen Theils der „Münchner Post", hat am 25. März eine vierzehntägige Gefängnißstrafe angetreten, die ihm wegen Preßvergehens auferlegt ist.

## Wahlbewegung.

Der Eisenbahndirektor Ströhler will im Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow als nationalliberaler Durchfallskandidat auftreten.

Am Sonntag den 27. d. M. fand in Kniffo bei Neusalz (Schlesien) eine öffentliche sozialdemokratische Wählerversammlung statt. Die Versammlung war überfüllt, von ca. 600 Personen aus Neusalz und den umliegenden Dörfern besucht. Es war die erste Versammlung seit vielen Jahren. Das Referat hatte der Reichstags-Abgeordnete Fr. Zubeil-Berlin übernommen. Redner behandelte in 2¼stündiger Rede die äußere Politik, die Flottenvorlage und die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen unter lebhaftem Beifall der zahlreichen Zuhörer. In der Diskussion nahm Herr Kaufmann Klenner das Wort, der vom freisinnigen Standpunkte verlangte, daß die Sozialdemokratie es nicht erst zur Stichwahl kommen lassen sollte, sondern gleich im ersten Wahlgang für den freisinnigen Kandidaten Munckel eintreten möge. Hierauf nahm Stolpe aus Grünberg in Schlesien, der Kandidat der Sozialdemokratie, das Wort, der in entschiedener Weise den freisinnigen Vorschlag zurückwies. In seinem Schlußworte rechnete Zubeil mit dem Freisinn noch gründlich ab, er beleuchtete in scharfer Weise das Verhalten des Freisinns in sozialpolitischen Fragen und forderte zum Schluß auf, alle Kräfte anzuspornen, damit unsere Stimmenzahl im Wahlkreise sich nach 5 Jahren verdoppele.

Die Kandidatur des Antisemiten Dr. Bielhaben im Wahlkreis Rinteln-Hofgeismar wird auch von den Konservativen unterstützt werden.

Im Kreise Labiau-Wehlau haben die Vertrauensmänner des „Bundes der Landwirthe" gemeinsam mit den Konservativen beschlossen, den Obersten v. Massow als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufzustellen, da der bisherige Abgeordnete v. Gustedt-Lablacken ein Mandat nicht mehr annehmen will.

In Gotha haben die Freisinnigen den Oberbürgermeister Liebetrau aufgestellt, der, wie verlautet, auch bei den Nationalliberalen Aussicht auf Unterstützung haben soll.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteifreunde im Wahlkreis Ulm beschloß, dem Buchbinder A. Dietrich aus Stuttgart wiederum die Kandidatur für den Reichstag zu übertragen.

Von einer Parteiversammlung in Würzburg wurde, da Genosse Oertel, der bisherige Kandidat dieses Kreises, durch die Annahme des Nürnberger Mandats von der Kandidatur zurückgetreten ist, Eitzinger als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

**Eine Versammlung der Maurer** in Rixdorf wählte zur Brandenburger Konferenz den Maurer Wittig zum Delegirten.

In Lichterfelde beschlossen die Maurer die Sperre über den Bau des Maurermeisters Deumig aufzuheben.

**Die Bezirksversammlung des Verbandes der Maurer**, die am 22. März bei Zülke tagte, beschloß nach einem Vortrag Link's, daß die auf dem Charlottenburger und Rixdorfer Streikgebiet arbeitenden Maurer dorthin zu sammeln haben. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß bei etwaigem Umzug die neue Wohnung bei den Hülfskassirern, des Sonnabends Abends bei Werner und Schilling anzugeben ist.

**Achtung, Former!** Bei der Firma Karl Schlösser in Potsdam, Charlottenstr. 27, sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten.

### Deutsches Reich.

**In Stralsund** hat kürzlich der Hirsch-Duncker'sche Ortsverein der Maschinenbauer sein 25jähriges Bestehen gefeiert. Dabei hielt der Kommerzienrath C. Becker, Mitinhaber der dortigen Bogenlampen-Fabrik, die Festrede. Diese bestand in der Hauptsache aus einer fulminanten Kritik der Sozialdemokratie; einige Pröbchen des Speechs werden auch unseren Lesern Spaß machen. Der Herr Kommerzienrath sagte: „Theilen wollen die Sozialdemokraten alles, womöglich jeden Abend, gleichviel ob jemand arbeitet oder faullenzt, ob er intelligent, ob er dumm ist, niemand soll mehr haben als der andere. Jeder will kommandiren!... Nein, da sind die Gewerkvereinler, die auf nationalem, christlich humanem Boden stehen, doch bessere Menschen!"

Großen Schmerz scheint es dem Herrn Kommerzienrath zu machen, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine noch nicht hoffähig geworden sind. Er kann es, so führte er wörtlich aus, „nicht verstehen, warum sich der Staat der bestehenden nationalen Arbeiterorganisationen nicht bedient, um die Sozialdemokratie z. B. dadurch zu bekämpfen, daß er die Regierungen ermächtigt, die Organisationen der auf nationalem Boden stehenden Gewerkvereine zu unterstützen, ihnen gewisse Vorrechte einzuräumen, ihnen weitergehende Koalitionsfreiheiten — auf Widerruf (!) — zuzugestehen, als den Gegnern des Staats."

Der Herr Kommerzienrath wird auf die Erfüllung dieses Wunsches aber wohl noch eine zeitlang warten müssen; denn, wenn es wahr ist, daß die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine — wie er sagte — sich „auch nicht scheuen, wenn's durchaus nöthig ist, selbst in den Streik einzutreten, um bessere Löhne sowie Arbeitsbedingungen zu erhalten", so ist das gerade genügend, um in der Aera Stumm-Posadowsky den Lieblingswunsch des Herrn Kommerzienraths als die tollste Utopie erscheinen zu lassen.

Herr C. Becker soll, wie man uns aus Stralsund mittheilte, Vorsitzender der dortigen konservativen Parteiorganisation sein. Arme konservative Partei!

**Die Lohnbewegung der Bochumer Schneider** hat eine Wendung zu gunsten der Ausständigen genommen. Die angesehensten Geschäfte erklärten sich bereit, mit der Lohnkommission zu verhandeln. Gemeinsam wurde ein neuer Tarif ausgearbeitet, der von dem ursprünglichen Lohntarif etwas abweicht, aber immerhin noch eine erhebliche Lohnerhöhung bedeutet. Nach demselben erhalten die Tagesschneider in der Zeit vom 1. April bis zum Oktober 24 M. und von da ab 21 Mark pro Woche. Der Stundenlohn ist auf 35 Pf. festgesetzt. Die Hausarbeiter erhalten 10 pCt. Lohn mehr. Die meisten Geschäftsinhaber haben ihre Zustimmung gegeben. Diejenigen Geschäfte, welche eventuell ihre Zusage verweigern, sollen durch Weiterführung der Arbeitseinstellung zum Nachgeben gezwungen werden.

**Am Streik der Weißbinder** in Eschwege sind 84 Arbeiter betheiligt. Da die Meister bisher es abgelehnt haben, ihre Werkstattordnung zurückzuziehen, so haben die Arbeiter einstimmig beschlossen, den Streik fortzusetzen.

**Der Streik der Baumwollenspinner** in Mittweida dauert unverändert fort. Am Donnerstag voriger Woche tagte eine Versammlung der Textilarbeiter, die von 1200 Personen besucht war und unter lebhafter Zustimmung die Fortsetzung des Streiks beschloß. Am Freitag Vormittag unterhandelte das Streikkomitee mit dem Vorstande des Verbandes der Textilindustriellen und dem Direktor der Fabrik. Die Direktion will zugestehen, daß künftig jedes Meter, das über das verlangte Maaß geliefert wird, bezahlt werden soll. Zur Beseitigung der Prämien ließ sich der Direktor nicht herbei, sondern erklärte nur sein Einverständniß mit einer „Lohnerhöhung" von 1—2 pCt. Es wird sicher zu einem harten Kampf zwischen dem Unternehmerverbande und den Arbeitern kommen.

**Der Streik der Bergarbeiter** in Hänichen ist seit Donnerstag den 24. März beendet. Wie schon mitgetheilt, haben die Arbeiter alle Forderungen, bis auf die Lohnforderung, bewilligt bekommen. Jetzt ist auch diese Forderung in einer den Arbeitern günstigen Weise erledigt worden. Die Bergarbeiter haben in einer verhältnißmäßig kurzen Zeit erhebliche Vortheile errungen.

**Die Leipziger Schneiderinnung** beschloß in ihrer letzten Sitzung, gegenüber dem Streik der Gehilfen auch ferner einen ablehnenden Standpunkt einzunehmen. Mittlerweile haben aber wieder einige Meister bewilligt und dürfte dem Beschluß keine große Bedeutung beizumessen sein.

**Ueber den Tapezirerstreik** in München wird gemeldet, daß abermals 10 Prinzipale mit 25 Gehilfen die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben. Die Zahl der Arbeiter, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, beläuft sich nunmehr auf 137 und kommen dabei 38 Geschäfte in betracht.

Wie bestimmt verlautet, wollen die Tischler- und Zimmermeister ihre Drohung, sämmtliche Gesellen auszusperren, wahrmachen. Es wird deshalb gebeten, den Zuzug streng fernzuhalten.

**Die Lohnbewegungen** in Eisenach scheinen größeren Umfang anzunehmen. Nachdem die Maurer und Zimmerer ihre Forderungen ihren Arbeitgebern vorgelegt haben, beschloß eine gutbesuchte Versammlung der Maler, ihren Arbeitgebern folgende Forderung zu unterbreiten: 1. Minimallohn für Maler 38 Pf. und 35 Pf. pro Stunde für Anstreicher. 2. Die Arbeitszeit ist in den Sommermonaten 9½ Stunden und findet vom 1. März bis 31. Oktober von früh 6½—8, 8½—12 und mittags von 1½—6 Uhr statt. Für Sonntagsarbeit wird ein Aufschlag von 50 pCt. und für Arbeit an hohen Feiertagen ein Aufschlag von 100 pCt. verlangt. Die Ueberlandarbeit bei einer Entfernung von über 5 Kilometern vom Wohnort soll mit einem Zuschlag von 1,75 M. für Verheirathete und 1,25 M. für Ledige vergütet oder freie Station gewährt werden. Die Fahrt nach derartigen Stellen wird als Arbeitszeit gerechnet. Mit der Uebermittelung dieser Forderungen an die Meister ist eine Lohnkommission betraut worden.

Die Zimmerer haben beschlossen, am 9. April in den Ausstand einzutreten.

### Ausland.

**Berufskongresse in der Schweiz.** An den Osterfeiertagen halten folgende schweizerische Zentralverbände Delegirtenversammlungen ab: Schuhmacher, Steinhauer, Metallarbeiter, Maurer und Handlanger, Holzarbeiter, alle in Solothurn, und die Hafner in Basel. Von den Abrechnungen ist die der Metallarbeiter zu erwähnen, die ein Verbandsvermögen von 967 Frs. aufweist.

**Französische Streiks im Februar 1898.** Das Arbeitsamt verzeichnete im Februar 25 Streiks mit 2204 Theilnehmern (für 23 Streiks) gegenüber 29 Streiks mit 3901 Theilnehmern im gleichen Monat des Vorjahres. Die Durchschnittszahl der Februar-Streiks in den letzten fünf Jahren beträgt 38. Von den 25 Streiks erstreckten sich nur 2 auf mehr als einen Betrieb. Die wichtigsten Ursachen der Konflikte waren: in 12 Fällen Forderung einer Lohnerhöhung, in 5 Fällen Lohnherabsetzung, in 7 Fällen Personenfragen (Entlassung oder Wiederanstellung von Arbeitern und Werkführern), in 1 Falle Forderung der Abschaffung der Stückarbeit. Ausgang von 21 im Februar und von 4 im Januar begonnenen Streiks: 4 Erfolge, 9 Ausgleiche und 12 Mißerfolge, unter letzteren waren in drei Fällen die Streikenden ganz oder zum theil durch andere Arbeiter ersetzt. Von den neun Ausgleichen sind drei durch die Einmischung des Friedensrichters zu stande gekommen. Drei weitere Anwendungsversuche des Einigungsgesetzes sind erfolglos geblieben.

**Beendigung des spanischen Bergarbeiterstreiks.** Aus Madrid wird gemeldet. Seit Mittwoch ist die Arbeit in dem Grubenbezirk Bilbao fast überall wieder aufgenommen worden. Der Senator Chiavarri, dessen schroffes Verhalten den Streik hauptsächlich veranlaßt hatte, hat sich den Forderungen der Arbeiter für diejenigen Gruben, an denen er betheiligt ist, gefügt. Die tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden wurde angenommen und zur Schlichtung der übrigen Streitfragen ein gemeinsamer Ausschuß eingesetzt.

## Soziales.

**Die Thätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsämter.** Die in der letzten Nummer des „Vorwärts" erwähnte Notiz des Herrn Schweinburg stützt sich, wie wir soeben sehen, auf einen Bericht der Petitionskommission des Reichstages. Der Regierungskommissar Geh. Ober-Regierungsrath v. Sydow legte in der Kommission jedoch den Hauptnachdruck gerade darauf, daß die Thätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsamt „im Laufe der Jahre stetig zugenommen" hat. Die Ziffern, die er gab, lauten vollständig:

| | Anrufungen. | Erzielte Vereinbarungen | Abgegebene Schiedssprüche | Unterwerfungen unter Schiedssprüche | Ablehnungen der Unterwerfung unter Schiedssprüche | Erfolglose Einigungsversuche ohne Schiedsspruch |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1893 | 5 | 3 | . | . | . | 2 |
| 1894 | 16 | 7 | 3 | 1 | 4 | 2 |
| 1895 | 19 | 13 | 3 | . | 2 | . |
| 1896 | 44 | 18 | 11 | 2 | 9 | 8 |

Ein Schiedsspruch wird bekanntlich abgegeben, wenn eine Vereinbarung zwischen den streitenden Theilen durch das Einigungsamt nicht zu erzielen war. Derartige Schiedssprüche sind allerdings meistens abgelehnt worden. Es wäre jedoch lehrreich, zu erfahren: in wie vielen Fällen lehnten die Unternehmer, in wie vielen die Arbeiter den Schiedsspruch ab?

**Arbeiterrisiko.** Eine entsetzliche Katastrophe ist, wie ein Korrespondenzbureau meldet, in der Ortschaft Heiningen im Kreise Goslar noch im letzten Augenblick glücklicherweise verhindert worden. Die polnischen Arbeiter des Rittergutsbesitzers Degener wohnen in der sog. „Polenkaserne" und zwar — es sind nahezu 50 Personen — alle in einem Raume! Auch die Schlafstätte ist für alle nur ein einziger Raum! In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag wurden nun durch die einer Grube entströmenden giftigen Gase alle Arbeiter in eine todtähnliche Erstarrung versetzt. Dem schleunigst herbeigerufenen Arzte gelang es nach vieler Mühe, die meisten Arbeiter wieder ins Leben zurückzurufen; einige verblieben den ganzen Tag über bis gegen Abend in diesem Starrzustande.

Auf die skandalösen Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter Preußens wirft diese Mittheilung neues Licht. Wenn fast 50 Personen in einem Raume wohnen und in einem Raume schlafen müssen, so ist das der reine Hohn auf die Forderungen, die vom Standpunkte der Gesundheit und Sittlichkeit an Arbeiterwohnungen gestellt werden müssen. Es ist Aufgabe des Reichs, durch Erlaß eines Gesetzes über das Wohnungswesen wenigstens den scheußlichsten Uebelständen abzuhelfen.

**Betriebsunfälle.** In Darmstadt sind im vergangenen Jahre 572 Betriebsunfälle bei der Polizei angezeigt worden, davon ereigneten sich 250 in Fabriken und 120 im Baugewerbe. 52 der Unfälle hatten eine längere als 13wöchige Erwerbsunfähigkeit und 3 den Tod des Verletzten zur Folge.

**Die Lage der Fabrikarbeiter in Sibirien** wird in der russischen Presse als sehr traurig geschildert. Im Gegensatz zum europäischen Rußland giebt es in Sibirien noch immer keine Fabrikinspektoren, und die sogenannten Gouvernements-Mechaniker, die für das leibliche und geistige Wohl der Arbeiter sorgen sollen, kommen dieser Pflicht wenig oder gar nicht nach. Bei schwerer Arbeit und schlechten Löhnen müssen die Arbeiter in Werkstätten schaffen, die auch nicht den bescheidensten sanitären Anforderungen entsprechen. Ebensowenig ist Vorsorge getroffen, daß der Arbeiter in den Tagen der Krankheit die erforderliche Pflege findet. Er ist dann in der Regel der schrecklichsten Noth preisgegeben.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Berlin**, 28. März. (Berl. Korr.) Nach dem Beschluß des Bundesraths vom heutigen Tage soll im Reichshaushalts-Etat für 1899 die Erhöhung der Gehälter der Postunterbeamten und der Landbriefträger vom 1. April 1899 ab entsprechend den Resolutionen des Reichstags eingestellt und deren Bewilligung durch den Reichstag beantragt werden. Das Anfangsgehalt der Postunterbeamten soll demnach von 800 auf 900 M., das Endgehalt der Landbriefträger von 900 auf 1000 M. erhöht werden.

**Paris**, 28. März. (W. T. B.) Die Deputirtenkammer nahm ohne Debatte das vierte provisorische Zwölftel an. — Der Deputirte Gérault-Richard brachte einen Antrag ein, der die Aufhebung des Gesetzes gegen anarchistische Umtriebe zum Gegenstande hat. Er verlangt die Dringlichkeit für seinen Antrag. Der Justizminister bekämpft die Dringlichkeit, die mit 340 gegen 154 Stimmen abgelehnt wird.

Der Senat nahm das Gesetz betreffend die Einverleibung von Vororten in Paris an und begann die Berathung des Budgets.

**Bern**, 28. März. (W. T. B.) In letzter Nacht trat starker Schneefall besonders in der Westschweiz ein. In Lausanne liegt der Schnee 50 Zentimeter hoch. Der sehr schwere und nasse Schnee verursachte die Unterbrechung zahlreicher Telephon- und Telegraphenlinien. Der Simplon ist nicht passirbar; dort liegt 2 Meter neuer Schnee über dem alten, der ein Meter hoch ist. Die Reisenden in Berisal sind eingeschneit.

**Konstantinopel**, 28. März. (W. T. B.) Einer amtliche Depesche aus Djeddah zufolge ist daselbst vorgestern eine, gestern keine Pesterkrankrankung vorgekommen. Da die Landung der Pilger in Lith unmöglich ist, wurde angeordnet, daß die Landung in Ras el Aswad erfolgen solle, das etwa vier Stunden von Djeddah entfernt ist, und daß die Pilger die Stadt Djeddah nicht berühren sollen.

**Konstantinopel**, 28. März. (W. T. B.) In dem Distrikt Koylhissar, und im Vilajet Siwas wurde vorgestern ein heftiges Erdbeben wahrgenommen. In Trapezunt, Siwas und Samsun waren die Erderschütterungen leichter.

**New-York**, 28. März. (W. T. B.) Der „New York Tribune" wird aus Washington telegraphirt, der gestrige Stand der Unterhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien habe im Sinne der Aufrechterhaltung des Friedens gute Fortschritte gezeigt. — Einer Depesche des „New York Herald" zufolge habe der spanische Gesandte Bernabe die Vereinigten Staaten ersucht, jede Aktion in der Kubafrage zu verschieben, da Spanien billige und liberale Vorschläge machen wolle, die die Vereinigten Staaten und Kuba befriedigen würden. Andererseits habe Bernabe gestern erklärt, Spanien werde seine Souveränitätsrechte auf Kuba nicht aufgeben.

**Havana**, 28. März. (W. H.) Aus dem „Maine"-Wrack sind jetzt sechs weitere Leichen geborgen worden."

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

# Reichstag.

71. Sitzung. Montag, 28. März 1898, 12 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf Posadowsky, Tirpitz, Freiherr v. Thielmann.

Der Bericht der Rechnungskommission betreffend die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für das Etatsjahr 1893/94 wird debattelos für erledigt erklärt.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat in der zweiten Lesung erklärt: nicht aus einem Rechtsgrunde, sondern lediglich aus Mitleid sollten Leute entschädigt werden, deren Unschuld sich im Wiederaufnahme-Verfahren herausstelle. Wir stehen da doch auf dem entgegengesetzten Standpunkt und haben ihn seit 1881 hier jedes Jahr von neuem vertreten. Mich hat diese Aeußerung des Regierungsvertreters um so mehr frappirt, als wir ja wissen, daß die deutsche Regierung dem Ausland gegenüber sehr wohl aus Rechtsgründen eine Entschädigung unschuldig inhaftirter deutscher Staatsbürger verlangt. So wurde zum Beispiel „im Namen des Reiches und des Rechtes" in dem bekannten Fall des Kaufmann Lüders in Haiti Entschädigung verlangt und auch geleistet. Hier dagegen, wo es sich darum handelt, daß unschuldig Inhaftirte in Deutschland entschädigt werden, erklärt die Regierung: ein Recht hat ein Deutscher, der in Deutschland lebt, durchaus nicht darauf, daß seine persönliche Freiheit unangetastet bleibe. Nichts kann wohl schlagender zeigen, wie wenig dem Rechtsbewußtsein in Deutschland entgegengekommen wird. Es ist in zweiter Lesung schon angeführt, daß die Uebergriffe der Polizeibeamten eine Hauptschuld an den häufigen Fällen tragen, in denen Leute vollkommen unschuldig sistirt, inhaftirt und öfters schwer mißhandelt werden. Wir haben seit Jahren die Regierung um Aufstellung einer Tabelle über die sämmtlichen Fälle unschuldig erlittener Untersuchungshaft gebeten, leider bisher vergeblich. Es würde sich dann herausstellen, daß die Fälle, die an die Oeffentlichkeit gekommen sind, nicht etwa Ausnahmen, sondern geradezu typisch sind. Ich erinnere an einen Fall, der sich hier in Berlin ereignete. Eine einfache Markfrau wurde sistirt, da sie zwar ihren Namen kannte, aber ihren Geburtsort, den sie thatsächlich nicht kannte, nicht anzugeben wußte. Dies wurde ihr nicht geglaubt, sie wurde von dem Polizeibeamten zur Wache geschleppt und dort auf das brutalste mißhandelt. Anklage wurde gegen den Beamten nicht erhoben. (Hört! hört! links.) In letzter Zeit ist es erst vorgekommen, daß sich jemand über unrechtmäßige Mißhandlung seitens eines Polizeibeamten beklagte. Auch in diesem Falle wurde nicht etwa der Beamte bestraft, sondern der Kläger selbst erhielt ohne weiteres eine Anklage wegen wissentlich falscher Beschuldigung. Gegenüber dieser absoluten Schutzlosigkeit der persönlichen Freiheit ist es dringend nöthig, daß Sie eine Entschädigung für unschuldig Inhaftirte festlegen. Aber freilich, nachdem der Reichstag bei der Flottenvorlage durch Aufgabe eines seiner wichtigsten Rechte sich so schwach gezeigt hat, ist es nicht verwunderlich, wenn die Regierung selber auf derartig volksthümliche Forderungen nicht eingeht. Ich verweise noch auf einen Fall, der vor einem halben Jahre durch die Zeitungen bekannt wurde: In Mainz verblieb ein Mann sechs Monate in Untersuchungshaft, ohne daß sich jemand um ihn kümmerte, weil ein Gerichtsschreiber die Akten des Betreffenden unterschlagen hatte. (Hört! hört! links.) Auch in diesem Falle hat man nichts davon gehört, daß gegen die Gerichtsbehörde vorgegangen wäre. Wenn der Herr Staatssekretär in zweiter Lesung ausführte, daß in keinem Staate außerhalb Deutschlands durch Gesetz eine Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft zugebilligt werde, so vergißt er, daß in den anderen Staaten eine ganz andere Verantwortlichkeit der Beamten existirt. Im Ausland würde in den erwähnten Fällen der Beamte nicht nur für den entstandenen Schaden verantwortlich sein, sondern noch zu einer hohen Geldstrafe verurtheilt werden. Wir müssen also verlangen, daß in allen Fällen, wo der Angeklagte im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochen wird, eine Entschädigung eintritt. Dem vorliegenden Gesetzentwurf, der zwei Klassen von Verurtheilten schafft und an der Hauptsache, der Entschädigung unschuldig Inhaftirter, vorbeigeht, können wir nicht zustimmen. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Abg. **v. Buchka** (k.): Meine politischen Freunde halten es für eine Forderung der Billigkeit, daß nicht nur die im Wiederaufnahme-Verfahren Freigesprochenen, sondern auch die unschuldig Inhaftirten entschädigt werden. Wir müssen aber damit rechnen, daß weitergehende Anträge, wie sie von den Sozialdemokraten gestellt werden, von den Regierungen trotz aller schönen Reden doch nicht angenommen werden. Es ist also wohl das Beste, wenn wir einfach die Regierungsvorlage annehmen. Das einzige, was Herr Stadthagen thun sollte, wäre: seine Freunde bestimmen, ihm zur Wiederwahl zu verhelfen, damit er in der nächsten Session Verbesserungsanträge stellen kann. Einstweilen aber wollen wir positiv vorgehen und dem Entwurf, wie er einmal vorliegt, zustimmen.

Abg. **Beckh** (frs. Vp.): Das Bessere ist der Feind des Guten. Die Regierungsvorlage ist ganz gut; die sozialdemokratischen Forderungen sind allerdings besser. Wir werden also dem Regierungsentwurf unsere Zustimmung geben.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Der Abg. Beckh huldigt dem Grundsatz: Der Tapfere weicht muthig einen Schritt zurück. Ich kann mich zur Höhe dieser politischen Weisheit nicht aufschwingen. Eine Resolution nützt eben nichts, wir brauchen ein Gesetz. Wenn man meine Partei als den Vater dreier Gesetzentwürfe bezeichnet, so heißt das, daß unsere Partei diesen Gedanken ins gesetzgeberische Rollen gebracht hat; der Gedanke an sich ist aber bereits über 100 Jahre alt.

Damit schließt die Diskussion. Der gesammte Gesetzentwurf wird unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die anderweite Festsetzung des Gesammtkontingents der Brennereien wird debattelos unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Berathung der Flottenvorlage. In der Generaldiskussion spricht

Abg. **v. Enneccerus** (natl.) über die Bedeutung der Flottenvorlage für die Wissenschaft, für geographische und Tiefseeforschungen.

Staatssekretär **Tirpitz** erklärt, daß die Regierung bestrebt sein wird, die von der Wissenschaft ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Reformp.): Es hat doch seine Vorzüge, wenn man erst in der Generaldiskussion der dritten Lesung zum Wort kommt, man kann da so recht in epischer Breite die bisherigen Verhandlungen Revue passiren lassen (Heiterkeit) — wenn man nämlich will; ob ich es wollen werde, das wird zum großen Theil von der Haltung des Hauses abhängen. (Große Heiterkeit.) Ich bin davon überzeugt: die Mehrheit des Hauses wußte von dem Gewaltsstreich, durch den wir mundtodt gemacht wurden, nichts; einer Partei mit 300 000 Wählern, die bei den nächsten Wahlen eine halbe Million bekommen wird (Na! na! Heiterkeit), vielleicht noch mehr (Große Heiterkeit), darf man das Wort nicht abschneiden. Auf die machtvolle Rede des Herrn Schoenlank (Heiterkeit) gehe ich nicht ein; der Abgeordnete Bebel hat ja durch die Liebenswürdigkeit des Hauses (Heiterkeit) Gelegenheit gehabt, in 22spaltiger Rede seinen Fraktionsgenossen herauszuhauen (Heiterkeit); es wäre aber besser gewesen, man hätte Herrn Bebel das Wort abgeschnitten und es mir gegeben. (Große Heiterkeit.)

Ich freue mich darüber, daß das Gesetz gesichert ist, obgleich ich auf grund meiner genauen Kenntniß aller Theile unseres Vaterlandes (Große Heiterkeit) weiß, daß es die Sympathien der Mehrheit des Volkes nicht besitzt. Herrn Richter will ich nicht erwidern, er ist zu sehr eine Verpersönlichung des Neinsagens geworden. (Heiterkeit.) Und Herr Bebel hat es bei seinen Angriffen sehr leicht, gehört er doch einer Partei an, die jenseits der Begriffe Vaterland, Monarchie, Kaiser und Reich steht.

Redner bespricht in seinen weiteren Ausführungen die ganze bisherige Flottendebatte; (als er dabei verspricht, auf die Ausführungen des Abg. Spahn später noch zurückzukommen, wird er durch allseitiges Ach unterbrochen): Ja meine Herren, Sie müssen Geduld haben, Sie wissen, über welche Lungenkraft ich verfüge. (Große Heiterkeit.) Redner erklärt, daß seine Parteifreunde mit der Regelung der Deckungsfrage vollständig einverstanden sind. Auch die deutschen Bauern sind bereit, mit beizutragen zu den Kosten der Flottenvermehrung. Durch die Sicherung eines kaufkräftigen inneren Marktes wird die Konkurrenzfähigkeit des innern Marktes erhöht.

Abg. Fürst **Radziwill** (Pole): Graf Posadowsky hat uns gemahnt, Vorgänge der inneren Politik in einem Einzelstaate streng zu trennen von der Reichspolitik. Preußen geht darauf aus, die Polen in eine wirthschaftlich und kulturell bedrängte Lage zu bringen; die Wirkungen dieser Bedrängniß müssen sich auch im Verhältniß der Polen zur Reichspolitik zeigen. Auf Schritt und Tritt sehen wir Maßnahmen der preußischen Verwaltung, die uns in unseren Rechten verkürzen. Ist auch der Hauptgrund für die Ablehnung der Vorlage die preußische Polenpolitik, so sind wir doch noch aus anderen Gründen dagegen, so z. B. paßt uns die Deckungsfrage garnicht. Wir stehen der Entwickelung der Marine sympathisch gegenüber, aber die frivole und unbegründete Art des Vorgehens der preußischen Regierung hindert uns, dieser Sympathie Ausdruck zu geben. (Oho! rechts.)

Präsident **v. Buol**: Ich kann den Ausdruck „frivol" in bezug auf die preußische Regierung nicht billigen und muß ihn tadeln.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**: Ich muß diese Vorwürfe auf die preußische Regierung entschieden zurückweisen. Aus meiner 25jährigen Kenntniß der polnischen Verhältnisse heraus muß ich sagen, daß die Maßregeln der preußischen Regierung berechtigt sind wegen des Verhaltens eines Theils der Polen, der sich nicht mit Preußen und Deutschland unlösbar und unzertrennlich verbunden fühlt.

Abg. Frhr. **v. Hodenberg** (Welfe): Wir stehen mit dem Abg. Roeren auf demselben Standpunkt. Wir würden gegen eine Flottenvermehrung wenig einzuwenden haben, können aber der Bindung des Etatsrechtes nicht zustimmen. Ich wiederhole die Worte des Abg. Windthorst: Die Deutschhanoveraner werden jedem Versuche, die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages zu schmälern, mit größter Energie entgegentreten.

Abg. **Rickert** (frs. Vg.): Herr Richter hat mich angegriffen, weil ich gesagt habe, in Landesvertheidigungs-Fragen kenne ich keine Parteischablone. Das war nur mein Standpunkt. Wenn sich Herr Richter dadurch getroffen fühlt, so kann ich nicht dafür. Herr Richter hat sich überhaupt mehr mit dem Abg. Barth und mir beschäftigt, als mit der Vorlage. Eine Landung halte ich ja auch jetzt noch für schwer möglich, aber die Küstenbeschießung halte ich durch die neue Art des Bombardements für möglich, wenn nicht eine Schlachtflotte hinausgehen kann. Auf die Mittheilungen, die Herr Tirpitz in der Kommission unter Diskretion gemacht hat, haben weder Richter noch Bebel ein einziges Wort erwidert. Jetzt aber kommen die beiden Herren hierher und greifen uns an, obwohl sie wissen, daß uns der Mund gebunden ist. Ich werde das Amtsgeheimniß nicht verrathen, ich erkläre aber hier öffentlich, daß mich die Darlegungen des Herrn Tirpitz vollständig überzeugt haben. Ich bin mir bewußt, daß ich niemals die Wege des Herrn Richter gegangen bin. Er hat sich die kleinliche Arbeit gemacht, mit der Scheere Stellen aus meinen Reden herauszuschneiden, ohne den Zusammenhang in dem sie stehen, anzugeben. So sucht er Widersprüche bei mir zu konstatiren. Die könnte ich ihm auch nachweisen, wenn ich frühere Reden von ihm zitiren wollte. Wie hat er uns graulich gemacht mit neuen Steuern bei der letzten Militärvorlage! Wo sind denn diese neuen großen Steuern, Herr Richter? (Ruf bei den Sozialdemokraten: Abwarten! Heiterkeit.) Ich gehöre nicht zu denen, die auf demselben Stuhle sitzen bleiben, wenn sich rings alles ändert. Möge Herr Bebel seine Aufmerksamkeit dem „Vorwärts" schenken, daß er nicht Ungereimtheiten schreibt. So hat der „Vorwärts" jüngst der Schweiz das Recht zugeschrieben, sich gegen das Ausland zu schützen. Nun, die Schweiz ist von der Natur vertheidigt, Deutschland aber hat offene Grenzen. Was der kleinen Schweiz recht ist, das sollte dem großen deutschen Vaterlande billig sein. Ruf bei den Sozialdemokraten: Das nennen Sie billig! Stürmische Heiterkeit.) Das Reich hat die Pflicht, sich gegen das Ausland zu schützen, ich werde also für die Vorlage stimmen.

Abg. **Bindewald** (Reform-P.): Ich und eine Anzahl meiner Freunde werden gegen die Vorlage stimmen. Die Vorlage würde die Entwickelung Deutschlands zu einem reinen Industriestaat fördern. Deutschland steht und fällt jedoch mit seinem Bauer. Wenn die Regierung irgend eine bindende Zusage hinsichtlich der Landwirthschaft gegeben hätte, würde die Vorlage vielleicht für uns ein anderes Gesicht bekommen haben, so aber müssen wir gegen sie stimmen. Wir wollen bleiben, was wir von Alters her waren, ein ackerbautreibender Staat.

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Die Freunde der Flottenvermehrung haben durch ihre Reden nicht viel für die Vorlage gethan; sie würde angenommen worden sein, auch wenn sie geschwiegen hätten (Heiterkeit.) Herr Liebermann von Sonnenberg betrachtet sich offenbar als Strafredner. (Heiterkeit.) Er macht die Dauer seiner Rede von der Haltung des Hauses abhängig und spricht von seiner Lungenkraft. Auf diese athletischen Anschauungen gehe ich nicht ein. (Heiterkeit.) Die Antisemiten haben gerade fünf Stimmen für die Vorlage in die Wagschale geworfen. Wie es mit dieser Fraktion steht, hat der Abg. Förster bei seinem Austritt aus ihr sehr gut geschildert. Oberflächliches Reden und verbrauchte Schlagworte herrschten dort, sagte er. (Große Heiterkeit.) Redner polemisirt dann gegen den Abg. Rickert. Die Freunde der Vorlage begründen ihre Haltung sehr gern mit den überraschenden Mittheilungen, die ihnen in der Schreckenskammer, in der Kommission, gemacht worden sind. Ich halte sehr wenig von diesen vertraulichen Mittheilungen. Die Freunde der Vorlage entnehmen aus ihnen nur die Bestätigung ihrer Ansicht und die Gegner müssen darauf schweigen, weil jene Mittheilungen ja vertraulich waren. (Heiterkeit) Herr Rickert giebt nach, wenn die Regierung ernst macht und ihm auf den Leib rückt. Unsere Politik richtet sich nach prinzipiellen Gesichtspunkten.

Jetzt habe ich noch eine kleine Rechnung mit Herrn v. Bennigsen zu begleichen. Herr v. Bennigsen hat hier erklärt, daß in keinem Parlament der Welt Differenzen über Fragen entstehen, die die Wehrkraft des Vaterlandes betreffen. Nun, es ist in keinem Parlament der Welt Sitte, daß man sich in parlamentarischen Fragen auf das Ausland beruft. (Sehr richtig!) Das ist auch so eine nationale Schwäche! (Sehr richtig!) Aber man beruft sich ja auch bei uns nur darauf, wenn man es gerade braucht. Und obendrein ist das, was Herr v. Bennigsen sagte, total unrichtig. Sehen Sie sich das französische Parlament an! Das mischt sich in alle militärischen Einzelheiten weit mehr, als es je das deutsche gethan hat! (Sehr richtig!)

Wenn Sie sich das Ausland zum Muster nehmen, warum denn nicht in anderer Hinsicht? Nirgends, in keinem Lande, herrscht ein solcher Nepotismus, wie bei uns, der auf die Besetzung der kleinsten Stellen von Einfluß ist. Wo haben wir eine solche Mißachtung des Bürgerthums, eine solche Herrschaft des Militärs? Die Prinzen werden bei uns vorwiegend militärisch erzogen, wie sollen sie Verständniß bekommen für alle Fragen, die das ganze Volk betreffen? (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler bildet durchaus kein Gegengewicht, er ist immer nur zwischen Monarch und Staatssekretären vor fertiggestellte Projekte gestellt, deren Ablehnung so viel bedeutet, wie seinen Abschied. (Sehr richtig! links.) Es giebt bei uns einen andern Rückhalt gegen die militärischen Interessen, als eben das Parlament und deshalb müssen wir auch eingehend und mit allem Nachdruck jede Einzelheit da behandeln. Unsere Rüstungen führen zu beständig wachsenden Gegenrüstungen der anderen Mächte; und bei diesem Wechselspiel kann man schließlich doch nicht sagen, daß wir den Vorsprung haben. Wozu also dies, da seine Zwecklosigkeit doch erwiesen ist? Und das soll jetzt noch auf die Marine übergreifen, da bläst man gegen die Opposition die nationalen Fanfaren, da macht man sich nichts daraus, gegen die Andersdenkenden zu hetzen, die Stimmung stetig zu schärfen und gereizter zu machen. Aber das eine bleibt unbestreitbar: die 400 Millionen für die Umgestaltung der Feldartillerie haben eine ganz andere Bedeutung als das neue Evangelium, das man jetzt allenthalben predigt, da sind all diese Kreuzer einfach nichts gegen diese Neubewaffnung des Landheeres.

Zum Schluß noch eines: Man höre doch endlich auf, stets von den „nationalen" Fragen zu sprechen. National ist alles, was wir behandeln, alles soll dem Wohle der Nation zu gute kommen. Diese Redensarten von den „nationalen" Forderungen sind nur ein Rudiment jener Zeit, als die nationale Einheit noch erkämpft werden mußte; die Herren, die jetzt noch beständig das Wort „national" im Munde führen, gebrauchen ein falsches Wort für eine falsche Sache. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **v. Bennigsen** (natl.): Ich muß es aufrecht erhalten, daß in England auch die Führer der Opposition in Fragen der Landesvertheidigung mit der Regierung gehen. Weiter muß ich dem Abg. Richter erwidern, gerade in der Zeit nach dem Fall des Absolutismus und der Einführung des Konstitutionalismus wäre es falsch gewesen, mit der alten Macht des Militarismus frühzeitig Konflikte herbeizuführen. Deshalb sind wir in Militärfragen der Regierung stets entgegengekommen. Wenn Herr Richter sagt, ich hätte dadurch zur Verbitterung der Parteigegensätze erheblich beigetragen, so muß ich mich, wenn ich mir ihn ansehe, wirklich von Schuld frei fühlen. (Bravo bei den Nationalliberalen.) Bei der großen Mehrheit, die die Vorlage im Hause hat, können wir es Herrn Richter, dem Führer der kleinen Minorität wirklich gönnen, das letzte „große Wort" in dieser Sache gesprochen zu haben. (Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Der Abg. Enneccerus hat einen neuen Gesichtspunkt in die Verhandlung gebracht: er erhoffte von der Flotte auch die Förderung der Wissenschaft. Ich meine, was Herr Enneccerus mit der neuen Flotte erreichen will, das hätte auch ohne diese schon längst erreicht werden können. Herr Liebermann ist hier sehr großspurig aufgetreten. Seine Rede ist mit den Worten „mit wenig Witz und viel Behagen" am besten charakterisirt, sie war einfach langweilig. (Heiterkeit.) Er hat sich hier wieder als Oberzensor aller übrigen Parteien aufgespielt und ich weiß wirklich nicht, woher er das Recht dazu nimmt. Wir unsererseits müssen uns dafür bedanken, Herrn Liebermann als Schulmeister anzuerkennen. Wenn einer vom antisemitischen Standpunkte aus konsequent gesprochen hat, so war es Herr Bindewald. Gerade die Interessen des kleinen Handwerks und Bauern verlangen die Stellungnahme gegen die Flottenvermehrung. Ein Satz freilich hat mich in der Rede des Herrn Liebermann interessirt. Er sagte, daß er auf grund seiner Erfahrungen, die er als antisemitischer Agitator an allen Ecken und Enden des Deutschen Reichs gesammelt hat, zu der Ueberzeugung gekommen wäre, die Mehrheit der Wähler wäre gegen die Flottenvorlage. Das ist interessant, denn gerade die Freunde der Vorlage haben sich auf die Begeisterung der Wähler für dieselbe in ihrer Stellungnahme berufen. Ich glaube, daß der Abg Rickert nicht so entschieden für die Vorlage eingetreten wäre, wenn er der Ueberzeugung wäre, daß die Wähler gegen die Vorlage sind. (Abg. Rickert: Das ist eine Beleidigung!) Ach, sparen Sie sich doch diese heftigen Ausdrücke. Sie und Herr Barth haben das ganz deutlich ausgesprochen und ich könnte Ihnen noch andere Zurufe ins Gedächtniß bringen, die Sie dem Abg. Richter gegenüber gemacht haben. — Herr Liebermann hat allen Grund, der Regierung dankbar zu sein, daß sie eine Mehrheit für die Vorlage bekommen hat. Eine Auflösung wegen der Ablehnung der Flottenvorlage hätte gerade dem Theil des antisemitischen Fraktiönchens, den Herr Liebermann vertritt, am meisten geschadet. Deshalb haben ja auch 1893 die Antisemiten gegen die Militärvorlage gestimmt und als Gegner der Militärvorlage sind sie auch wiedergewählt worden. Daß sie dann ihr den Wählern gegebenes Versprechen nicht gehalten haben und schließlich doch für die Militärvorlage stimmten, steht auf einem andern Blatt. Herr Liebermann sagte, ich hätte nicht viel Neues gesagt. Das habe ich auch gar nicht behauptet. Ich bin sogar der Meinung, daß wir allesammt hier nicht viel Neues gesagt haben, und auch nicht viel Neues haben sagen können. Darauf kommt es aber gar nicht an. Die Hauptsache ist, daß von der autoritativen Stelle, die der Reichstag einnimmt, wir als Volksvertreter noch einmal klar und deutlich all die Gründe für und gegen erörtern. Herr Liebermann hat dem Zentrum zugeredet, sich mit den übrigen christlichen Brüdern zu verbinden. Ich glaube nicht, daß es dazu so bald kommen wird. Bei der Verbrüderung könnte das Zentrum leicht ein schlechtes Geschäft machen und vorläufig hat es noch alle Ursache, die ausschlaggebende Partei hier im Reichstag zu bleiben. Nun zu Herrn Rickert. Er hat uns Festhalten an der Parteischablone in nationalen Fragen zum Vorwurf gemacht. Ja bilden Sie denn eine Partei im Gegensatz zu den nationalen Interessen? Sie bilden doch eine Partei, um mit ihr den Interessen des Vaterlandes am besten dienen zu können. Wenn Sie sich aber in nationalen Fragen von der Partei loslösen, so beweist das doch weiter nichts, als daß Ihre eigenen Parteigesetze nichts taugen. Herr Rickert sagt, wir machen uns unsere Stellungnahme zur Landesvertheidigungsfrage sehr leicht, wir lehnen einfach alles ab. Wozu soll ich zwanzigmal Gesagtes hier noch einmal wiederholen? Wir haben des öfteren ausgeführt, daß wir unter den heutigen Verhältnissen auf eine Armee nicht verzichten können, aber die Fragen der Heeresverstärkung sind Fragen des Vertrauens zur Regierung und dies Vertrauen haben wir nicht. Es sind außerdem auch Fragen der Belastung für das Volk, und um das Volk vor allzu großen Lasten zu bewahren, sind wir da. Herr Rickert fragt: Wo sind die Abg. Richter und Bebel in der Kommission gewesen, als Herr Tirpitz seine geheimnißvollen Mittheilungen machte? Herr Rickert scheint nicht dagewesen zu sein, denn ich habe damals sofort erklärt, daß mich diese Erklärungen von meiner Ueberzeugung nicht abbringen könnten. Ich habe gegen die ganze Geheimnißthuerei protestirt und bin auch noch der Ueberzeugung, daß diese Geheimnißthuerei in der Praxis dem parlamentarischen Leben sehr gefährlich werden kann. Der Vergleich des Herrn Rickert mit der Schweiz und was er über die geographische Lage sagte, stimmt nicht einmal. Von Basel bis nach St. Gallen giebt es eine sehr große Strecke, die nicht von Bergen umgeben ist.

Die Haltung der Opposition war noch niemals so leicht zu vertheidigen wie diesmal, denn die Haltung der Mehrheit war noch niemals so wenig zu rechtfertigen, wie diesmal. Keinem Parlament der Welt ist jemals die Bindung des Etatsrechtes für so lange Zeit angesonnen worden und es wäre auch in dieser Vorlage nicht geschehen, wenn an der Spitze Deutschlands nicht die gegenwärtige Monarchie stünde, sondern ein Fürst aus dem Hause Wettin, Wittelsbach oder dem württembergischen Königshause. (Sehr richtig! links. Abg. Barth: Auch Sachsen?) Auch Sachsen, auch in Sachsen hat man bisher das jährliche Budget recht hochgehalten. Ich begreife nicht, warum nun wenn man schon durchaus Regierungspartei werden will, dies nur erreichen kann unter Preisgabe der wichtigsten

konstitutionellen Grundsätze. Hätten die Wähler vor fünf Jahren gewußt, daß Sie diese Vorlage heute bewilligen würden, die Wahlen wären anders ausgefallen. (Oh! rechts.) War die Mehrheit bereit, die materiellen Forderungen der Vorlage zu bewilligen, warum giebt sie die konstitutionellen Rechte mit preis? Nehmen Sie doch den für uns besten Ausfall der Wahlen an. Nehmen Sie an, wir Sozialdemokraten bringen es auf 72 Mandate, also auf eine Vermehrung um 50 pCt., nehmen Sie an, auch die süddeutsche und freisinnige Volkspartei gewinnt 50 pCt., die kompakte Majorität aus Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum wird dadurch nicht gestört. Die einzelnen Forderungen werden auch von dem zukünftigen Reichstag bewilligt werden und die Preisgabe der konstitutionellen Rechte war nicht nothwendig. Die Regierung sucht aber stets diesen Konflikt. So war es beim Militärseptennat, so ist es hier. (Sehr richtig! links.) Eine kluge Regierung freilich würde ihn nicht suchen, sie hätte ihre Schiffe vom nächsten Reichstag bekommen, ohne überhaupt ein Titelchen von den Etatsrechten verlangen zu brauchen. Am allerwenigsten hatte das Zentrum Ursache, etwas von den Rechten des Reichstages zu opfern, um diesen Widerspruch kommt das Zentrum nicht herum, er wird ihm noch böse Früchte tragen. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf **Mirbach** erklärt, Herrn Tirpitz in allen Marinefragen sehr zu schätzen, seine Aeußerungen über die überseeische Lebensmitteleinfuhr aber mißbillige er durchaus.

Abg. Graf **Arnim** (Rp.) hebt die Bedeutung der „vertraulichen Mittheilungen" hervor. Kein Deutscher im Auslande steht auf der Seite der uferlosen Negation. Die Flottenvermehrung ist eine nationale That.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.): Mit dem Abg. Bindewald bin ich durchaus nicht in Uneinigkeit gerathen; wir sind nur in der Frage der Flottenvermehrung zu verschiedenen Resultaten gelangt. (Gelächter.) Die antisemitische Partei ist eine junge Partei und in der Gährung begriffen. Aus ihrem Most wird aber Wein werden, aus der Gährung der Freisinnigen kommt nur Essig. (Heiterkeit.) Herr Richter verdient von seiner Partei ein Denkmal mit der Inschrift: Die deutsche Fortschrittspartei ihrem Eugen, dem Zugrunde-Richter. (Große Heiterkeit rechts. Abg. Ahlwardt klatscht.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Abg. Ahlwardt klatscht; das genügt; vielleicht finden sich die beiden Herren doch wieder.

Abg. **Rickert** (frs. Vg.) polemisirt gegen den Abg. Bebel, mit dem er sich in Militär- und Marinefragen nicht verständigen könne.

Abg. **Ahlwardt** (wilder Antis., mit tosender Heiterkeit empfangen) erklärt, daß ein Gegensatz zwischen ihm und dem Abg. Liebermann v. Sonnenberg jetzt nicht mehr bestehe.

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Also haben sich diese edlen Seelen endlich gefunden. (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg**, daß Herr Richter ihn nicht beleidigen könne.

Präs. **v. Buol**: Das ist keine persönliche Bemerkung. (Stürmische, allseitige Heiterkeit.)

Der Gesetzentwurf wird hierauf nach den Beschlüssen der zweiten Lesung unverändert angenommen (gegen die Sozialdemokraten, freisinnige Volkspartei, Polen, Dänen, einen Theil des Zentrums u. a.).

Es folgt die Berathung eines schleunigen Antrages des Abg. Dr. v. Levetzow und Genossen (k.) wegen Errichtung eines Denkmals für Kaiser Friedrich.

Abg. Dr. **v. Levetzow** (k.) begründet seinen Antrag, indem er die Popularität „unseres Fritz" hervorhebt und von dem Heldenthum und dem tragischen Schicksal des dahingeschiedenen Kaisers spricht. Er richtet an den Reichstag die Aufforderung, den Antrag einstimmig anzunehmen. (Großer Beifall rechts.)

Abg. **Singer** (Soz.): Meine Parteigenossen sind nicht in der Lage, dem Wunsche des Herrn Vorredners nachzukommen. Unsere grundsätzlichen Anschauungen verbieten es uns, uns an irgend einer monarchischen Ovation zu betheiligen. Mit dieser Erklärung könnte ich mich begnügen, wenn nicht die Begründung, die Herr v. Levetzow seinem Antrage mitgegeben, mich veranlaßte, noch ein Wort zu sagen. Gegenüber dem ersten Theil seiner Ausführungen, in denen er von dem Heldenthum und der Tragik des dahingeschiedenen Kaisers sprach, muß ich ihm bemerken, daß sein Pathos mir hohl erscheint, wenn ich bedenke, daß Kaiser Friedrich während der 99 Tage seiner Regierung von allen Seiten, die Sozialdemokraten eingeschlossen, gegen die Rüpeleien der konservativen Presse geschützt werden mußte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident **v. Buol**: Ich muß den Ausdruck Rüpeleien rügen und rufe den Abg. Singer zur Ordnung.

Abg. **Singer** (zur Geschäftsordnung): Ich habe den Ausdruck nicht auf Mitglieder des Hauses, sondern auf die konservative Presse angewandt.

Präsident **v. Buol**: Das habe ich allerdings falsch verstanden. (Heiterkeit.)

Abg. **Beckh** (frs. Vp.): Wir Süddeutschen haben Kaiser Friedrich als einen Mann nach dem Herzen des Volkes stets begrüßt. Mit Freuden können wir uns jetzt an diesem Akt der Pietät betheiligen.

Der Antrag wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 29. März, 12 Uhr. Tagesordnung: Rechnungssachen. Dritte Lesung des Etats.

Schluß 5½ Uhr.

## Herrenhaus.

8. Sitzung vom 28. März. 1 Uhr.

Präsident Fürst zu Wied wird beauftragt, dem Fürsten Bismarck die Glückwünsche des Hauses zu dessen Geburtstage auszusprechen.

Zu Mitgliedern der Staatsschulden-Kommission wählt das Haus den Grafen Hutten-Czapski, Dr. v. Schelling und den Grafen Reden.

Ohne Diskussion erledigt das Haus sodann den Nachtragsvertrag zu dem Staatsvertrage mit Schwarzburg-Rudolstadt wegen Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts in Rudolstadt, den Nachtragsvertrag zu dem Staatsvertrage mit den thüringischen Staaten, betr. die Errichtung gemeinschaftlicher Schwurgerichte in Gera und Meiningen und den Gesetzentwurf, betr. die Kreis-Synodalordnung für die evangelischen Gemeinden in den hohenzollernschen Landen. Angenommen wurden ferner die Gesetzentwürfe, betr. die Vertretung des Propstei- (Kreis-) Synodalverbandes und des Gesammt-Synodalverbandes der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein und der Kreis-Synodalverbände des Konsistorialbezirks Wiesbaden in vermögensrechtlichen Angelegenheiten.

Es folgt der Antrag des Oberbürgermeister Zweigert: „Die Staatsregierung aufzufordern, in den Staatshaushalts-Etat für 1898 Mittel einzustellen, welche nothwendig sind, um den an den vom Staat und von anderen gemeinschaftlich zu unterhaltenden höheren Lehranstalten angestellten Direktoren und Lehrern diejenigen Gehaltsbezüge vom 1. April 1897 ab zu gewähren, welche die von den rein staatlichen Anstalten angestellten Lehrpersonen seit diesem Zeitpunkt beziehen."

Frhr. **v. Durant** beantragt als Berichterstatter die Ablehnung dieses Antrages.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath **Germer** tritt dem Antrage entgegen und empfiehlt ebenfalls dessen Ablehnung, weil er dem Etat rückwirkende Kraft geben wolle.

Der Antragsteller **Zweigert** streicht mit Rücksicht auf die budgetiven Bedenken in seinem Antrage die Worte „in den Etat für 1898" und ersetzt das Wort „einzustellen" durch „bereitzustellen".

Oberbürgermeister **Becker-Köln** tritt für den Antrag Zweigert ein.

Kultusminister Dr. **Bosse** erklärt, daß für dieses Jahr das Geld zur Ausführung des Antrages Zweigert nicht vorhanden sei. Die Regierung wolle die Lehrer der Kronpatronatsanstalten ebenso behandeln, wie die Lehrer an den blos subventionirten Anstalten, wie dies immer geschehen sei, dem Antrage Zweigert könne die Regierung nach ihrer ganzen budgetrechtlichen Anschauung nicht entsprechen.

Nach weiteren Bemerkungen des Grafen **Zieten-Schwerin** gegen, Oberbürgermeister **Bender-Breslau** für den Antrag, bezeichnet es Oberbürgermeister **Fuß-Kiel** nicht für unzulässig, die Gehaltsaufbesserung zurückzudatiren. Die Städte hätten auch für ihre Anstalten die Gehaltsaufbesserungen nachzahlen müssen und seien dazu vom Staat indirekt gezwungen worden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Zweigert abgelehnt.

Es folgen Petitionen. Bezüglich der Petition des General v. Branchitsch namens des Berliner Männerbundes zur Bekämpfung der Unsittlichkeit um Unterstützung der Bestrebungen zur Bekämpfung der Unsittlichkeit, namentlich im Sinne der sogenannten lex Heinze beantragt die Petitionskommission: „In Erwägung, daß bereits der Reichstag mit der Berathung des Gesetzentwurfs beschäftigt ist und der Vertreter der Regierung in der Kommissionssitzung erklärt hat, daß die preußische Staatsregierung das Zustandekommen eines diesbezüglichen Gesetzes ernstlich zu fördern bestrebt ist, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen."

Nach kurzer Debatte beschließt das Haus nach diesem Antrage.

Die Petition der Frau Bieber-Böhn, namens des Vereins „Jugendschutz" um Anstellung von Polizeimatronen ꝛc. wird debattelos dem Antrage des Referenten v. Platen gemäß durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Morgen (Dienstag) 12 Uhr: Kleinere Vorlagen, Zentralgenossenschaftskasse, Ansiedelungsgesetz.

## Lokales.

**Den Mitgliedern der Freien Volksbühne** war am Sonnabend in der Brauerei Friedrichshain ein Märzfest bescheert worden. Die Feier mochte ursprünglich gedacht sein als eine Gabe der Erinnerung an die Ereignisse des großen Jahres, doch bot sie mehr, bei weitem mehr, als sich im engen Rahmen solcher Tendenz einzwängen läßt. Wie der vorgeschrittenen Arbeiterschaft, aus deren Reihen sich die Mitglieder der Freien Volksbühne rekrutiren, nichts ferner liegt, als das starre Verweilen bei großen Ereignissen der Vergangenheit, so waren auch die Leiter des Märzfestes der Erkenntniß gefolgt, daß es ihre vornehmste Aufgabe sei, durch die Macht der Kunst weniger das Erinnern zu pflegen, als den Blick in die Zukunft zu schärfen. Verstand und Gemüth sollten diesmal auf dem Gebiete der Tonkunst für Empfindungen geweckt werden, die bisher im Gewühl des Klassenkampfes fast unbemerkt geblieben waren. Gewiß ist gerade in Berlin auch von Arbeitervereinen versucht worden, in Konzerten tüchtiges zu leisten, aber immer mußten diese Veranstaltungen einen dilettantischen Charakter tragen; eine musikalische Kunst von Künstlern dargeboten, blieb den Angehörigen des Proletariats bisher so ziemlich fremd. Was von hochmögenden Philanthropen hier und da den „Minderbemittelten" als Brocken hingeworfen wurde, zählt nicht mit; dieser Gesellschaft gegenüber wird der Proletarier nie den Gedanken los, daß ihm etwas für arm gegeben werde, für das man demuthsvollen Dank einkassiren wolle. Die paar Veranstalter für Volksunterhaltungen und wie dergleichen genannt wird, haben ihre Kunden daher auch fast ausschließlich unter den kleinen Leuten des Mittelstandes; dem vorgeschrittenen Arbeiter verbietet es das Selbstbewußtsein, sich von dort hofiren zu lassen.

Die Leiter des Festes vom Sonnabend hatten das Glück gehabt, in Herrn Dr. Alfieri einen Mann zu finden, der mit seinem Verständniß ein künstlerisch einwandfreies und doch auch dem ungeschulten Ohr erquickliches Programm aufzustellen wußte, ingleichen war es Herrn Dr. Alfieri möglich geworden, eine kleine Schaar erlesener Künstler und Künstlerinnen zum guten Werke zusammenzuführen.

Fräulein Janner trug die bekannte Arie aus dem „Freischütz" „Kommt ein schlanker Bursch gegangen", sowie Lieder von Hoffmann und Suppé vor, Fräulein Bromberg sang einige Lieder von Schumann, Schubert und Taubert; die Damen Alfieri und Lingen sowie Herr Heinemann, ein vorzüglicher Baritonist, kamen gleichfalls mit gut ausgewählten Gesangsvorträgen. Auf dem Gebiete der instrumentalen Musik trat Herr Weinbaum mit dem Orchelvortrage zweier Sätze aus Mendelssohn's C-moll-Sonate hervor, Herr Schuirlin spielte auf der Violine gefällige Kompositionen von Svendsen, Leclair, Vieuxtemps, Tschäckowski und Winiawski; einen vortrefflichen Cellisten lernte das Publikum in Herrn Schulz kennen. Besonders beifälliger Aufnahme hatte sich das Bach-Gounod'sche Ave Maria (Sopran, Orgel, Cello und Klavier) zu erfreuen. Ein wirkungsvoller Deklamator ist Herr Franz Haid; dem Vortrage einiger Gedichte von Freiligrath, Jacoby und Ada Negri ward verständnißvolle Anerkennung zu theil.

Nachdem einmal der erste Schritt gewagt, kann die Freie Volksbühne auf dem neuen Wege nicht stehen bleiben. Wir hoffen bestimmt, daß der nächste Winter mehrere solcher Konzertabende bringt. Es ist gewiß nach mehr als einer Richtung hin schwierig, die Arbeiterschaft für die höchsten Gaben der Kunst empfänglich zu machen; aber die Freie Volksbühne soll wirken in dem Bewußtsein, daß der ganze Emanzipationskampf der Unterdrückten nicht um seiner selbst willen geführt wird, sondern den Zweck hat, allen Gliedern der Gesellschaft die höheren, bis jetzt von einer Minderzahl usurpirten Güter des Lebens zu eigen zu machen. Zu diesem Ziele ist es noch weit; kaum daß Zeichen des Vorfrühlings schüchtern herannahen. Es war daher wohl am Orte, ein Märzfest zu feiern in der Hoffnung, daß die ersten Keime sich entfalten möchten zu herrlicher, duftender Maienblüthe. Erhebt uns doch alle die Gewißheit, daß nach diesen Tagen der Stürme im neuen Menschheitsfrühling auch ein neuer Frühling der Kunst erblühen wird.

**Die Jugendweihe** der Berliner Freireligiösen Gemeinde, die am Sonntag in Keller's Festsälen in der Koppenstraße festlich begangen wurde, hatte sich auch diesmal wieder einer lebhaften Theilnahme zu erfreuen. Eine der Bedeutung der Feier entsprechende Festrede wurde von Herrn Dr. Bruno Wille gehalten; den wirkungsvollen Mahnworten des früheren Lehrers der Gemeinde folgte der Vortrag von Gedichten und Gesängen. Den 69 Zöglingen wurden als Andenken passende und mit entsprechenden Widmungen versehene Schriften überreicht. Die Feier schloß mit einem Gesange.

**Wer ist Schuld daran?** Man schreibt der „Voss. Ztg.": „Der Besucher der Gräber im Friedrichshain harrte gestern eine unliebsame Ueberraschung. Der Kirchhof war geschlossen und von außen zu sehen, daß alle Kränze entfernt waren. Wer mag das angeordnet haben? Die Stadt hat, wie es scheint, auf ihrem eigenen Kirchhofe wenig zu sagen." Vielleicht wird im Rothen Hause zu erörtern sein, wer sich diese Eigenmächtigkeit gestattet hat.

**Späte Weihnachts-Gratifikation.** Eine freudige Ueberraschung wurde hiesigen Blättern zufolge am letzten Freitag, gänzlich unerwartet, dem größten Theil der Unterbeamten der Stadt- und Ringbahn zu theil. Ungefähr ein Drittel dieser Beamten waren beim letzten Weihnachtsfest mit den üblichen Gratifikationen leer ausgegangen. Am Freitag soll nun denselben und zwar sämmtlichen Schaffnern, Weichenstellern, Telegraphisten, Nachtwächtern, Bahnsteig-Kontrolleuren eine nachträgliche Weihnachtsgratifikation von je 20 M. bezahlt worden sein. Wenn die hübsche Gratifikationsgeschichte nur kein verspätetes Weihnachtsmärchen ist.

**In Sachen des Diebstahls in der Reichsdruckerei** ist Grünenthal am Sonnabend von dem Untersuchungsrichter Brandt einem etwa sechsstündigen Verhör unterworfen worden. Der Oberfaktor blieb auch bei dieser Gelegenheit bei seinen der Polizei gemachten Aussagen, bestritt mit aller Entschiedenheit jegliche Schuld und gab auf die an ihn gerichteten Fragen genaue und sachliche Antworten. Er blieb dabei, von den auf dem Kirchhof aufgefundenen 40 000 M. nichts zu wissen und den Eigenthümer des Betrages nicht zu kennen. Die auf demselben Begräbnißplatz vorgefundenen Werthpapiere in Höhe von 16 000 M. will G. allerdings selbst auf dem Kirchhof versteckt haben, jedoch nur deshalb, weil er von Unruhe getrieben wurde, nachdem er erfahren hatte, daß die Polizei auf ihn Verdacht wegen der 44 000 Mark gerichtet habe. Ebenso giebt Grünenthal zu, bei seinen Spekulationsgeschäften sich in der letzten Zeit eines falschen Namens bedient zu haben; dies sei jedoch lediglich damit zu erklären, daß er befürchtete, in der Einkommensteuer erhöht zu werden, wenn es bekannt würde, welches Vermögen er besitze. Früher, so in dem Bankgeschäft von F. W. Krause, hat der Oberfaktor stets auf seinen eigenen Namen spekulirt. Am gestrigen Tage begannen vor dem Untersuchungsrichter die Zeugenvernehmungen. Die neuerdings erfolgte Verhaftung der Geliebten des Grünenthal, Elli G., und einer Hebamme E. aus der Ziethenstraße hat mit dem Diebstahl angeblich nichts zu thun. Ueber die Ehefrau des Grünenthal schreibt die in Magdeburg erscheinende „Sachsenschau": Frau Grünenthal, die in der Sudenburg, Breite Weg 120, lebt, hat von den Schwindeleien ihres Ehemannes keine Ahnung gehabt, und weil sie von ihrem Manne eine mehr als ausreichende Alimentation erhielt, nie in eine Scheidung der Ehe gewilligt. Frau Grünenthal lebt hier mit einer fünfzehnjährigen Tochter, hielt sich ein Dienstmädchen und konnte sich auch jedes Jahr eine Badereise gestatten. Wenn Grünenthal, was auch vorkam, hier zum Besuche weilte, wohnte er in einem hiesigen Hotel."

**Eines sehr gesunden Schlafes** erfreute sich, allem Anschein nach, der Kaufmann Herr Smitt, der vorübergehend mit den Seinigen ein Privatlogis in der Neuen Schönhauserstraße 17 inne hat. Am Sonntag Morgen gegen ½6 Uhr erwachte Herr S. und fühlte einen heftigen Schmerz an beiden Füßen; als er sich ermunterte, bemerkte er zu seinem Entsetzen, daß das Bett in Flammen stehe. S. weckte nun die im Nebenzimmer schlafenden Angehörigen, und die Familie mußte, halb ohnmächtig vor Rauch und Qualm, auf die Straße flüchten. Die sofort alarmirte und mit drei Löschzügen erschienene Feuerwehr stellte fest, daß sich der im Zimmer befindliche Kamin entzündet und ein herabfallender Feuerfunke das Bett in Brand gesetzt habe. Das Feuer selbst nahm keine größere Ausdehnung an, die Ablöschung desselben konnte in kurzer Zeit mittels einer Schlauchleitung bewirkt werden. Nur S. hatte Brandwunden an beiden Füßen erlitten, die jedoch glücklicherweise nicht als gefährlich zu betrachten sind.

**Verhaftet wurde der Kaufmann Max Böhme**, der in dem Hause Neuenburgerstr. 25 mit seinem Stiefvater, einem früheren Telegraphenbeamten, unter der Firma „M. Böhme u. Komp., Baugeschäft für Hypotheken und Grundbesitz", seit dem Herbst v. J. ein recht einträgliches Gewerbe betreibt. Böhme, der weder das Baugeschäft erlernt noch vermögend war, offerirte in Provinzialblättern auszuleihende große Kapitalien zu niedrigem Zinsfuße. Die Reflektanten mußten, wie das „Berl. Tagebl." berichtet, zunächst ihre sämmtlichen Dokumente über ihr Besitzthum einreichen und einen Revers unterschreiben, worin sie der Firma M. Böhme u. Komp. eine bestimmte Provision für den Nachweis der Kapitalien bewilligten und die Verpflichtung eingingen, alle entstehenden Unkosten, wie Inserate, Porti, Taxe und Besichtigungskosten zu ersetzen. Auf grund dieses Reverses brachte Böhme seiner Kundschaft, die meist aus unerfahrenen kleinen Landleuten, Kossäthen, Gastwirthen und dergleichen mehr bestand, angeblich von ihm verauslagte Unkosten in Anrechnung, die von den Bewerbern bezahlt werden mußten, wenn sie wieder in den Besitz ihrer Dokumente gelangen wollten.

**Aufsehen erregte** vor einigen Wochen im Südwesten der Stadt das Verschwinden einer alten Dame, einer nahezu sechzigjährigen Hauseigenthümerin und Rentnerinwittwe B. aus der Kreuzbergstraße. Alle Nachforschungen, die man nach der Verschwundenen anstellte, blieben erfolglos. Wie am Sonntag Abend spät aus Lichtenberg gemeldet wurde, ist dort nunmehr die Verschwundene als Leiche wiedergefunden worden. Die näheren Umstände ließen sich der vorgerückten Stunde wegen nicht mehr feststellen. Ein Verbrechen liegt jedoch allem Anscheine nach nicht vor.

**Explosion.** Am Sonntag früh um 9¾ Uhr fand in dem Schanklokal von Michel, Poststr. 31, eine Gasexplosion statt. Dieselbe entstand dadurch, daß aus einer offenen Leitung über Nacht Gas ausgeströmt ist und beim Betreten des Raumes seitens der Frau des Schankwirths mit offenem Licht sich dasselbe entzündete. Die Frau und ein Lokalgast wurden zu Boden geworfen, der Gast erlitt leichte Hautwunden an der Unterlippe.

**Beim Umziehen verunglückt** ist gestern der Kutscher Karl Riedel. Riedel zog einen mit allerlei Hausrath beladenen Handwagen durch die Thiergartenstraße. An der Bendlerstraße faßte ein schnell um die Ecke fahrender Schlächterwagen seinen Handwagen. Infolge des heftigen Rucks flog der junge Mann gegen ein drittes Fuhrwerk, das gerade vorüber kam, und verletzte sich am Rückgrat sehr schwer.

**Eine Acetylenexplosion** ereignete sich am Montag in Charlottenburg in der Cauerstr. 22. Der Studirende des Polytechnikums Rose begab sich mit einer brennenden Petroleumlampe in den Keller, um den dort stehenden Acetylenapparat in Thätigkeit zu setzen. Kaum hatte er damit begonnen, als eine heftige Explosion erfolgte, die Herrn Rose schwere Brandwunden zufügte.

**Mit Morphium vergiftet** hat sich gestern früh der aus Rostock gebürtige, 20 Jahre alte Droguist Karl Dietrich, der in dem Geschäft von Teichgräber in der Linienstraße 121 angestellt ist. Der junge Mann, der angeblich am Magen leidet und zur Linderung der Schmerzen eine zu starke Morphiumeinspritzung genommen hat, wurde in ein Krankenhaus gebracht.

**Durch einen Sack Mais** ist der 28 Jahre Stallmann Karl Engelhardt, der bei dem Droschkenfuhrherrn Unrath in der Gitschinerstraße 60 erst drei Tage in Stellung war, erschlagen worden. Der junge Mann wollte die zwei Zentner schwere Last auf dem Rücken die Treppe hinunter in den Stall tragen, wo der Mais verfüttert werden sollte. Infolge Ausgleitens oder eines Fehltrittes stürzte er zwölf Stufen herab und der Sack fiel ihm auf den Nacken und brach ihm den Halswirbel. Die Verletzung war so schwer, daß der Verunglückte bald im Krankenhause starb. Die Staatsanwaltschaft hatte die Leiche beschlagnahmt, sie aber gestern freigegeben, weil die Untersuchung ergab, daß niemanden eine Schuld trifft, sondern lediglich ein Unfall vorliegt.

**Von der Jungfernbrücke in den Kanal gesprungen** ist in der vergangenen Nacht ein unbekannter Mann. Dieser kam eiligst auf die Brücke gelaufen, entledigte sich eines Theiles seiner Kleider und stürzte sich ins Wasser hinab.

**Orgelkonzert.** Mittwoch, den 30. März, mittags 12 Uhr, wird in der Marienkirche Bach's Cantate „Ich will den Kreuzstab gerne tragen", Bach's „O Lamm Gottes, unschuldig", das „Erbarme Dich" aus der Matthäus-Passion u. a. aufgeführt. Mitwirkende sind außer Hrn. Otto Dienel: Frl. Hedwig Schmidt, Schülerin der Fr. Dr. Breidenhoff, Hr. R. Barth, Hr. H. Spöndly, Violinist, und Hr. Ad. Bolle. Der Eintritt ist frei.

**Theater.** Das Schiller-Theater bringt heute die erste Aufführung von „Doppelselbstmord", Bauernposse mit Gesang in 6 Bildern von Anzengruber. Die Besetzung der Hauptrollen ist folgende: Thomas Sentner Max Pategg; Poldl, Ludwig Neuert; Zangl, Max Laurence; Melchthild, Agnes Werner; Blasi, Alfred Schmasow; Handerer, Leopold Thurner; Agerl, Trude Lobe; Wirth, Julius Euben; Katharine, Clothilde Barth; Erhardt, Carl Schreiner; Lehner, Adolph Joseph; Der alte Bartl, Carl Dahlen.

**Feuerbericht.** Sonnabend Abend 11 Uhr war Langestr. 81 ein größerer Küchenbrand abzulöschen, der sämmtliche Küchengeräthe und Möbel zerstörte und außerdem die Balkenlage stark beschädigte. Sonntag früh 2 Uhr mußte Hussitenstr. 64 ein Zimmerbrand abgelöscht werden. Um 6 Uhr erfolgte ein Alarm nach Neue Schönhauserstr. 3, wo die Schaldecke und Balkenlage Feuer gefangen hatte. Das Haus erlitt bedeutenden Schaden. Nachmittags 2½ Uhr brannten Rudersdorferstr. 3 Möbel und Gardinen. Eine Stunde später entstand Straßburgerstr. 35 ein Dachstuhlbrand, der an den mit allerhand Wirthschaftsgeräthen ge-

fällten Bodenkammern reichliche Nahrung fand und erst nach fast zweistündiger Löscharbeit beseitigt werden konnte. Ein großer Theil der Dachkonstruktion wurde eingeäschert. Gegen 10 Uhr abends hatten sich Emdenerstr. 7 Preßkohlen im Keller erhitzt, doch konnte eine größere Feuersgefahr durch rechtzeitiges Eingreifen der Wehr verhindert werden. Kurz vor 12 Uhr stand Biesenthalerstraße 17 das Dach eines Pferdestalles in Flammen. Obgleich Hilfe schnell vorhanden war und mit mehreren Schlauchleitungen vorgegangen wurde, konnte die Dachkonstruktion doch nicht gehalten werden. Ein größerer Posten Getreide ist mit verbrannt. Montag früh 10 Uhr erfolgte gleichzeitig Alarm nach Klosterstraße 80 und Gneisenaustr. 26. Im ersten Falle brannten Möbel, im andern die Schaldecke und Balkenlage. Um 3 Uhr rief ein Schornsteinbrand die Wehr nach Barnimstr. 35.

## Aus den Nachbarorten.

**Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung** hat nunmehr am Sonnabend in außerordentlicher Sitzung beschlossen, ein städtisches Elektrizitätswerk zu bauen, und zwar auf dem städtischen Lagerplatze am Lützow. Es sollen dazu 1 700 000 M. aus Anleihemitteln bereitgestellt werden und außerdem noch 20 000 M. für die Vorarbeiten (Baupläne 2c.). Ferner wurde eine gemischte Deputation aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzt, welche die Bauvorbereitungen treffen und die Ausschreibung des Baues sowie die Verpachtung des Werkes bewirken soll.

**Aus Rixdorf.** Beim Abspringen von der Pferdebahn verunglückte am Sonnabend Abend in der Bergstraße der verheirathete Maurer Bund, Schöneweiderstr. 29 wohnhaft. Er kam zu Fall und fiel mit dem Hinterkopf so heftig auf das Steinpflaster, daß er blutüberströmt und besinnungslos liegen blieb. Passanten brachten ihn nach einem Lokal, wo ihm ärztliche Hilfe zu theil ward. Ohne zum Bewußtsein gelangt zu sein, ward B. nach Anlegung eines Verbandes nach seiner Wohnung gebracht. Leider hatte er bei dem Sturz auch seinen Lohn, den er lose in der Tasche trug, verloren, doch wurden nachträglich noch 18 M. an der Unfallstelle gefunden und an die Frau abgeliefert. — In Rixdorf hat sich jetzt nach Muster des Berliner Vereins ein Erziehungs-Beirath für schulentlassene Waisen gebildet. Vorsitzender ist Amtsgerichtsrath Niemir.

## Gerichts-Zeitung.

**Der ambulante Gerichtsstand der Presse** fand gestern wieder einmal seine Anwendung bei einer Privatklage, die die Rittergutsbesitzer Dr. von Hansemann, Kennemann und v. Tiedemann gegen den Redakteur des in Posen erscheinenden polnischen Blattes „Dziennik poznanski" angestrengt hatten. Die drei Privatkläger sind die Gründer eines „Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken", der seine Agitatoren durch die deutschen Lande schickt und damit begreiflicherweise bei der polnischen Propaganda Anstoß erregt. Die Polen haben die drei Anfangsbuchstaben der drei Gründer des Vereins zur Bildung eines besonderen Wortes benutzt, um die Bestrebungen des Vereins zu kennzeichnen; sie nennen die Tendenz desselben den „Hakatismus" (H. K. T.) Eines Tages hatte ein Agitator des Vereins, Dr. Winterfeld, in Gera einen Vortrag über die polnische Frage gehalten; die „Geraer Zeitung" brachte über den Vortrag ein Referat, überdies waren in derselben Nummer noch mehrere Artikel über polnische Angelegenheiten enthalten. Ein durch Gera kommender Reisender hatte diese Artikel gelesen und schickte dem „Dziennik poznanski" einen polnischen Artikel ein, den dieser unter der Ueberschrift „Der Hakatismus auf Reisen" veröffentliche. Darin werden die gegen die Polen erhobenen Anklagen aufs schärfste bekämpft und zum Schluß die Polen aufgefordert, solche Versammlungen zu besuchen, um sich selbst von „Lächerlichkeit und Abscheulichkeit" sowie von der „Lüge, mit der der Hakatismus auf Reisen arbeitet" zu überzeugen. Sie würden dann selbst erkennen, „wie weit der Hakatismus im Trüben fischt für die eigenen egoistischen Zwecke der Arrangeure dieser mit beispiellosen Mitteln geführten Hetze." Namentlich dieser letzte Ausfall hat den Privatklägern Anlaß zur Privatklage gegeben. Der ordentliche Gerichtsstand für den „Dziennik poznanski" ist Posen. Da aber nach Auskunft des Post-Zeitungsamtes 23 Exemplare dieser Zeitung auch nach Berlin verschickt werden, so wurde auch das hiesige Schöffengericht als zuständig für die Privatklage angesehen. Der Gerichtshof erachtete in dem letzten angeführten Satze des Artikels eine Beleidigung für vorliegend und verurtheilte den Angeklagten zu 50 Mark Geldstrafe.

**Mit seltener Leichtfertigkeit** hat der Arbeiter Wilhelm August Beitz eine Doppelehe geschlossen, der unter der Beschuldigung der Bigamie vor der II. Strafkammer am Landgericht II stand. Der 32jährige Angeklagte hat am 5. Febr. 1893 in seiner Heimath Hindenberg im Kreise Templin die unverehel. Marie Krenz geheirathet, ist aber dann alsbald in die Welt gegangen, um Arbeit zu suchen und hat sich um seine Frau absolut nicht mehr gekümmert. Er kam schließlich nach Berlin und wohnte in Weißensee. Hier heirathete er am 17. Juli 1896 die unverehelichte Pauline Müller, nachdem er vor dem Standesbeamten die eidesstattliche Versicherung gegeben, daß er noch niemals verheirathet gewesen sei. Die erste Frau erfuhr durch Zufall von dieser zweiten Eheschließung und brachte die Sache zur Anzeige, worauf Beitz in Haft genommen wurde. Zu der heutigen Verhandlung waren beide Frauen als Zeugen geladen und hier zeigte sich die Unberechenbarkeit des weiblichen Gemüthes. Beide Frauen saßen vor der Verhandlung viele Stunden lang neben einander auf einer Bank im Korridor, sie lachten und scherzten mit einander, als wenn sie Schwestern wären und beide hatten auch dem gemeinschaftlichen Ehegespons „was zu essen" mitgebracht. Sie wurden aber nicht vernommen, denn der Angeklagte war geständig. Der Gerichtshof hielt die bewußte ausgeführte Nichtachtung des Gesetzes für so schwer, daß mildernde Umstände versagt wurden. Das Urtheil lautete auf ein Jahr Zuchthaus. Ein paar Küsse von jeder seiner Frauen versüßten ihm den Weg nach dem Zuchthause.

**Von einem im Zeichen der „schwersten Strafen" stehenden Massenprozeß** weiß ein Gerichtsberichterstatter zu melden: „Im Oktober v. J. ist ein Neubau am Kurfürstendamm gestürmt worden, weil die daselbst beschäftigten Arbeiter, Maurer 2c. billiger arbeiteten, als wie der Tarif der organisirten Arbeiter gestattete. Es ist nun nicht allein ein Verfahren wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung, sondern auch wegen Landfriedensbruchs eingeleitet worden. Es sind bereits mehr als zehn Theilnehmer an dem Krawall unter Anklage gestellt, nach anderen wird noch gesucht, doch sind schon mehr als hundert Zeugen ermittelt und zum größten Theil auch schon vernommen worden. Bisher wird die Sache unter dem Rubrum „Zechlin und Genossen" geführt." Was an dieser sensationellen Meldung richtig ist, entzieht sich unserer Kenntniß.

**Einen Angeklagten,** dem das Gericht das Zeugniß ausstellte, daß er sich ein Verdienst erworben habe, gab es dieser Tage in Offenbach. Dort hatte sich ein Schornsteinfeger wegen Beleidigung des hochangesehenen Gasthofbesitzers May zu verantworten. Er hatte diesem Herrn vorgeworfen, daß er die Dienstmädchen seines Hotels, des „Darmstädter Hofs", mit unsittlichen Anträgen belästige. Der Wahrheitsbeweis gelang dem Angeklagten vollkommen. Das Gericht sprach ihn frei mit der Begründung, daß er sich durch die Aufdeckung der von May begangenen Ungehörigkeiten um die öffentliche Sittlichkeit verdient gemacht habe. May, der schon erwachsene Kinder hat, ist ein frommer Mann, außerdem Sozialistentödter, Saalverweigerer und Sittlichkeitshüter.

**Wetter-Prognose für Dienstag, 29. März 1898.**
Nachts etwas kühler, am Tage ziemlich warm, theils heiter, theils wolkig mit leichten Regenfällen und schwachen südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

## Versammlungen.

**In einer öffentlichen Buchdrucker-Versammlung,** die am Sonntag unter starker Betheiligung in der Brauerei Friedrichshain tagte, hielt Reichstags-Abgeordneter Dr. Lütgenau einen Vortrag über das Thema: „Organisation und Klassenkampf". Nach Darlegungen allgemeiner Natur sagte der Redner: Die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, gegen die jetzt in den Reihen derselben ein Kampf entbrannt ist, sei im Grunde dasselbe, was die englischen Gewerkschaften in ihren Kollektiv-Verträgen haben. Nun werde seitens der Gegner der Tarifgemeinschaft gesagt, die Gewerkschaft müsse auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung — das solle heißen Sozialdemokratie — stehen. Gegen die Tarifgemeinschaft ließen sich vom sozialdemokratischen Standpunkt keine prinzipiellen Einwendungen machen. Ob aber die einzelnen Positionen des Tarifs, sowie dessen Festlegung auf fünf Jahre für die Arbeiter vortheilhaft sei oder nicht, das könnten nur die Angehörigen des betreffenden Berufs beurtheilen und entscheiden. Wenn eine Gewerkschaft verlangen wollte, daß ihre Mitglieder oder ihre Leitung ausgesprochen sozialdemokratisch sein sollen, so wäre das, abgesehen von vereinsgesetzlichen Bedenken, auch taktisch nicht klug. Ein solches Verlangen würde den Indifferenten zum Vorwand dienen, sich von der Gewerkschaft fern zu halten, unter der Begründung, daß sie die sozialdemokratischen Bestrebungen nicht billigen. Die politische und die gewerkschaftliche Bewegung müßten auseinander gehalten werden. Andererseits habe jeder Arbeiter in seiner Eigenschaft als Staatsbürger die Pflicht, sich einer politischen Partei anzuschließen und er werde naturgemäß zur Sozialdemokratie kommen, weil diese Partei die einzige sei, die für die Interessen der Arbeiterklasse eintritt. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion. Zunächst plädirte Faber für den Anschluß an die politische und gewerkschaftliche Organisation. Dann nahmen Rosenthal und Arendsee Stellung gegen die Tarifgemeinschaft und die derzeitige Leitung des Verbandes. Dem letzteren Redner, der mit sehr großer Ausführlichkeit seine Ansichten vortrug, wurde vom Vorsitzenden Massini das Wort entzogen, nachdem sich die große Mehrheit der Versammlung dafür entschieden hatte. Die Minderheit nahm dies Votum mit lebhaftem Unwillen entgegen. Hierauf vertheidigten Wachs und Döblin die Leitung und die Taktik des Verbandes gegenüber den Auslassungen der beiden Vorredner. Nach einem Schlußwort des Referenten, der betonte, daß er sich in die inneren Angelegenheiten des Verbandes nicht einmischen wolle, gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, die sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und es für Pflicht eines jeden Arbeiters erklärt, sich sowohl der gewerkschaftlichen Organisation wie der politischen Arbeiterpartei anzuschließen und sich im Sinne der letzteren an den Reichstagswahlen zu betheiligen. — Dann wurden Döblin, Massini und Möhrke als Delegirte zur Gewerkschafts-Kommission gewählt, die Berichterstattung der bisherigen Delegirten aber bis zur nächsten öffentlichen Versammlung vertagt.

**Arbeiter-Sängerbund** Berlins und der Umgegend. Vorsitzender: Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Manteuffelstr. 50, vorn II. **Dienstag,** abends 9—11: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder: „Steineiche", Klopschuß, Manteuffelstr. 91. — „Senefelder", Schiller, Rosenthalerstr. 57. — „Gerechtigkeit" (Westen), Werner, Bülowstr. 59. — „Olympia", Streit, Naunynstr. 86. — „Hand in Hand I", Richter, Mariannenstr. 41. — „Kreuzberg", Buschbeck, Hasenhaide 58. — „Edelweiß", Stehmann, Reichsorstr. 15. — „Echo II", Münzner, Linienstr. 19. — „Wiederhall", Schneider, Admiralstraße 21. — „Freiheit II", Schulz, Köpenick, Schönerlinderstr. 9. — „Myrthenblätter", Blume, Prenzlauer Allee 14. — „Unverzagt II", Beusselstr. 9. — „Freies Lied", Heinecke, Friedrichsberg, Friedrich Karlstr. 11. — „Rothe Nelke I", Obst, Schöneberg, Grunewaldstr. 110. — „Rothe Nelke II", Rosin, Ruppinerstr. 42. — „Vorwärts IV", Engel, Rathenow, Jägerstr. 25. — „Alpenglocke", Gold, Große Frankfurterstr. 133. — „Eichenkranz", Jean Poilion, Prenzlau, Schnellestr. 67. — „Freier Sängerchor", Witte, Cliemicke, Köpenickerstr. — „Weddinger Harmonie", Mildrodt, Müllerstr. 7a. — „Vorwärts VIII", Schurbaum, Marwitz i. d. Mark. — „Concordia", Hentel, Hallmannstr. 33. — „Freie Sänger III", Heergermühle bei Eberswalde. — „Frohsinn I", Mertens, Rummelsburg, Goethe- u. Kantstr.-Ecke. — „Klazie" (gemischter Chor), Metzner, Oranienstr. 184. — „Oranke", Häfling, Neu-Weißensee, Langhansstr. 106. — „Sangeslust II", Kalähne, Triftstr. 41. — „Weiße Rose", Matchin, Reinickendorf, Residenzstr. 101a. — „Arbeiter-Mailund", Hiemke, Rowawes, Wallstr. — „Vorwärts VII", Brewes, Rummelsburg, Kant- u. Goethestr.-Ecke. — „Zündholz", Abendroth, Badstr. 42. — „Alliance", Helfer, Oranienstr. 51. — „Glasarbeiter", Zeidler, Köpenick, Müggelheimstr. 29. — „Esmeralda", Baatz, Cothenius-Str. 3. — „Kreuzberger Harmonie", Möhring, Admiralstr. 18c. — „Oranienburger Vorstadt", Dietz, Ackerstr. 123. — „Sangesblüthen", Böttcher, Krautstr. 6. — „Melodia II", Pappel-Allee 114. — „Nord-Ost", Göbel, Landsberger Allee 136. — „Alpenglühen", Klopsch, Falckensteinstr. 38. — „Freie Feldblume", Batterroth, Skalitzerstr. 51/52. — „Grüne Eiche", Badenschneider, Rixdorf, Hermannstr. 197. — „Freiheitsklänge I", Sommer, Grünstr. 20. — „Harmonie III", Vanselow, Rixdorf, Kirchhofstr. 29. — „Einig", Scheere, Blumenstr. 38.

**Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend.** Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2. Hof. **Dienstag:** Rauchkl. „Eldorado", Grüner Weg 25, Stuttrich. — „Grüne Eiche", Urbanstr. 87, Schneider. — „Deutsche Flagge", Wrangelstr. 32, Lukas. — „Ambalema", Forsterstr. 19, Uckel. — „Neuer Berliner Rauchklub", Reichenbergerstr. 146, Drogge. — „Phönix", Schöneberg, Hauptstr. 97, Donath. — „Domingo", Waldemarstr. 16, Tauchert. — „Rothe Rose", Boeckstr. 21, Krebs. — „Veilchenduft", Hennigsdorferstr. 4, Günther. — „Kollegia", Reichenbergerstr. 157, Bergner. — „Einigkeit I" Rixdorf, Hermannstr. 232, Wulf. — „Veronika", Görlitzerstr. 57, Weber. — „Rauchan", Adalbertstr. 15, Teichert. — „Kamerun", Weidenweg 22, Fialkowsky. — „Palmeria", Bernauerstr. 13, Lautsch. — „Korea" Weidenweg 90, Junge. — „Waldmeister", Marienburgerstr. 47, Mäke. — „Neuer Hain", Langenbeckstr. 4, Techtmeier. — „Bruderbund", Grünauerstr. 5, Gallawsky. — „Blüthenduft", Cothenius-Str. 1, Fedtke. — „Ruhiga", Britzerstraße 46, Herzog. — „Lange Pfeife", Friedrichsberg, Rummelsburgerstr. 23, Neyel. — „Blaue Wolke", Bellermannstr. 87, Schmidt. — „Pfeifenkopf", Caprivistr. 4, Wolf. — „Stambul", Neu-Weißensee, Streustr. 3, Steyrmann. — „Gemüthlichkeit I", Wienerstr. 7, Gläser.

**Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Dienstag:** Gesangverein „Fester Wille", Alexandrinenstr. 32, Dietrich. — Arbeiter-Zitherv. „Einigkeit", Reichenbergerstr. 19, Lehmann. — Musikv. „Osiris", Wrangelstr. 11, Blum. — Flugtaubenv. „Vorwärts-Nord", Ackerstr. 17, Reuter. — Vergnügungsv. „Fortuna", Blumenstr. 36, Weiß. — Musikv. „Norddeutsche Klänge", Swinemünderstraße 51, Reuter. — Quartette. „Wedding", Chausseestr. 72, Meißner. — Theaterv. „Concordia", Elisabethstr. 30, Scholz. — „Wünschel'scher gem. Chor", Rosenthalerstr. 57, Schiller. — Geselliger Klub „Don Juan", Lindenstraße 106, Zubeil. — Vergnügungsv. „Feldblume", Manteuffelstr. 9, Nowack. — Gesangv. „Schildhorn", Usedomstr. 33, Oldöter. — Turnv. „Ostend", Lehrt.-Abth. abds. 8½ Uhr, Blumenstr. 63a. — Theaterv. „Aschenbrödel II", Ackerstr. 144, Vorst. Kasino. — Musikv. „Thalia", Skalitzerstr. 96, Jechow. — Touristenkl. „Ruf", Reichenbergerstr. 24, Kieburg.

**Arbeiter-Schwimmerbund.** Anfragen an E. Brake, Schulstr. 24. **Dienstag:** Klub „Vorwärts", Kommandantenstr. 7/9, abds. 7½ Uhr: Uebungsstunde.

**Arbeiter-Turnerbund. Dienstag:** Turnv. „Fichte", Berlin, abds. 8—10 Uhr: 2. Männerabth.: Skalitzerstr. 55/56; 4. Männerabth.: Stephanstraße 3; 5. Männerabth.: Ackerstr. 67; 6. Männerabth.: Stallschreiberstr. 54; 1. Lehrlingsabth.: Friedenstr. 37; 3. Lehrlingsabth.: Boeckstr. 21; 1. Damenabtheilung: Marienneufer 1a. — Männer-Turnv. „Eiche", Köpenick, Klein's Hotel (Wilhelmsplatz), abds. 8—10 Uhr: Uebungsst. — „Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz", Witting, Knesebeckstr. 113, 6½—8½ Uhr: 1. Schülerabtheilg., 8½—10½ Uhr: 1. Männer- und Lehrlingsabtheilg. — „Turnerschaft d. V. Nereus", Männerabth., Reichenbergerstr. 131/132, abds. 8—10 Uhr.

**Lese- und Diskutirklubs. Dienstag:** „Süden", Ewald, Schönleinstraße 6. — „Freie Jugend", Seidler, Rathhofstr. 16.

## Vermischtes.

**Der Schriftsteller August Otto-Walster,** Verfasser der in Arbeiterkreisen vielgelesenen Romane „Am Webstuhl der Zeit" und „Braunschweiger Tage", ist gestorben. Er war Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und in den 60er Jahren in der bürgerlich-demokratischen Presse Leipzigs thätig. In den 70er Jahren wurde er Redakteur des „Dresdener Volksboten" und des „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreundes", in welcher Stellung er, ungerechnet zahlreicher Gefängnißstrafen, alle Bitternisse durchkosten mußte, die damals die ewig am Geldmangel laborirende Arbeiterpresse durchzumachen hatte. Der Rede und der Schrift in hervorragendem Maße mächtig, hat Otto-Walster die Arbeiterbewegung, insbesondere Sachsens, sehr bedeutend fördern helfen. Anfangs der 80er Jahre ging er nach Nordamerika, wo er in der Parteipresse als Redakteur und Mitarbeiter verschiedener Arbeiterzeitungen wirkte. Als er 1890 zurückkehrte, war er ein körperlich und geistig gebrochener Mann, der leider auch jeden inneren Halt verloren hatte. Eines hilflosen Vergehens halber wurde er im vorigen Jahre vom Dresdener Schwurgericht zu mehrjähriger schwerer Freiheitsstrafe verurtheilt; und im Zuchthause hat der hochbegabte, aber nicht charakterfeste Mann seine Tage beschließen müssen. —

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 Uhr abends statt.**

**H. K.** Klage? Unsinn. Heirath? Unsinn.

**270.** Nein. Wenden Sie sich an den Vertrauensmann Ihres Wahlkreises.

**Ungenannt.** Nach der hier üblichen Gepflogenheit dürfen Neulosen eines Vereins auf keinen Fall dem Vorstand angehören; doch ist nichts im Wege, daß der Arbeitsvermittler einer Gewerkschaft im Vorstande sitzt.

**Chf. 50.** 1000 Millionen.

**R. R.** Bebel.

**St., Niederschöneweide.** Mußte wegen Raummangels leider zurückgestellt werden. In den nächsten Tagen.

## Briefkasten der Expedition.

**Geo. J. Speyer, New-York.** 36,03 M. abgesandt am 2. März d. J., erhalten; bitten um Angabe für wen und was bezahlt.


Beim **Quartalswechsel** empfehlen sich folgende

# Partei-Speditionen:

**Berlin vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Fruchtstraße 30, Hof II. — **SO.:** Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 8, part. im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunnen:** Wilhelm Gaßmann, Grünthalerstr. 64/65. — **Rosenthaler Vorstadt** und **Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Pestalozzistr. 34, Quergeb. part. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Kübler, Sigmaringenstr. 34 und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung" zu erhalten.) — **Rixdorf:** Ostermann, Erkstraße 6. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Belzigerstr. 59, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. — **Baumschulenweg:** Rich. Ulbricht, Marienthalerstraße 18, I.

Außerdem ist sämmtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegen genommen.**

Um **genaue** Angabe der Adresse wird **dringend** gebeten.


## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

**Dienstag, den 29. März, abends präzise 8½ Uhr:**

## Versammlung

**im Lokale des Herrn Bickel, Hasenhaide Nr. 52/53.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Wolfgang Heine.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt.

**Freitag, den 8. April (Charfreitag): Herrenpartie nach den Müggelbergen.** Treffpunkt morgens 8 Uhr auf dem Görlitzer Bahnhof; für Nachzügler in **Grünau** bei **G. Lindenhayn,** Friedrichstraße 1—2. (238/7*) **Der Vorstand.**

## Musikinstrumenten-Arbeiter.

**Dienstag, den 29. März, abends 8½ Uhr,**
im Lokale von F. Graumann, Naunynstraße 27:

## Oeffentliche Versammlung

**sämmtl. auf dem Boden der Vertrauensmänner-Zentralisation stehenden Musikinstrumenten-Arbeiter.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Regierungs-Baumeisters Genossen **Kessler.** 2. Stellungnahme zum Kongreß der lokalorganisirten Gewerkschaften. 3. Wahl der Delegirten und des Vertrauensmannes. 4. Gewerkschaftliches.

Zahlreiches Erscheinen sehr erwünscht.

141/13 **Der Vertrauensmann: J. Aronckt.**

**Achtung! Achtung!**

## Modelleure u. Gipsbildhauer.

**Donnerstag, den 31. März, abends 8½ Uhr, in den „Armin-Hallen", Kommandantenstr. 20:**

## Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Zustände in der Kleinmodell-Branche. 2. Die Durchführung unseres Lohntarifs mit spezieller Berücksichtigung des Minimallohnes bei Antragearbeiten. 3. Das Zwischen-Unternehmerthum und das Akkordsystem bei Antrage-Arbeiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

(Verwaltungsstelle Berlin.)

**Heute, Dienstag, den 29. März, abends 8½ Uhr:**

## Bezirks-Versammlung für Rixdorf u. Umgeg.

**in „Hoffmann's Salon", Bergstr. 151/52.**

**Sonnabend, den 2. April cr., abends 8½ Uhr:**

## Vertrauensmänner-Konferenz.

Für den **Norden** im Lokale von Dietze, Ackerstr. 123.
Für den **Nord-Westen** u. **Moabit** im Lokale v. Fischer, Beusselstr. 9.
111/9 **Die Ortsverwaltung.**

## Achtung! Töpfer. Achtung!

**Mittwoch, den 30. März, abends 6 Uhr:**

## Oeffentliche Versammlung der Töpfer Berlins und Umgegend

**im „Alten Schützenhause", Linienstraße Nr. 5.**

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Durchführung des Lohntarifs. 2. Wie feiern wir den 1. Mai? 3. Gewerkschaftliches. 193/5

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vertrauensmann.**

## Achtung! Textil-Arbeiter.

**(Filiale I Berlin).**

**Sonntag, den 3. April, abends 7 Uhr, im Lokale Königsbank, Große Frankfurterstraße 117:**

**Vortrag** des Herrn Dr. **Wilh. Meyer** über:

**Die Reise nach Spitzbergen,** in 160 Bildern.

Billets à 30 Pf. sind zu haben bei Karl Voigt, Gr. Frankfurterstr. 124, und Heinrich Korn, Markusstr. 41, b. 4 Tr. 197/8

Nach dem Vortrage: **Gemüthl. Beisammensein mit Tanz.** Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

# Hamburger Engros-Lager

# A. Jandorf & Co.

Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 9 Uhr.

Fernsprecher Amt IX 5794.

## Spittelmarkt 16/17, Berlin C. ⁂ Bellealliancestr. 1 u. 2, Berlin SW.

## Mittwoch, 30. März, abends 5 Uhr:

## Eröffnung des zweiten Waarenhauses Bellealliancestr. 1 u. 2, am Blücherplatz,

bei **Promenaden-Concert,** unter Leitung des Capellmeisters **Otto John** vom Kaiser Franz-Grenadier-Regiment No. 2.

Nachdem unser im Jahre 1892 Ecke Spittelmarkt/Leipzigerstrasse eröffnetes Geschäft einen anhaltenden Aufschwung genommen hat, sind wir schon seit längerer Zeit zu der Ueberzeugung gelangt, dass die für den Betrieb daselbst verfügbaren Räume für die ausreichende Bedienung der aus allen Bezirken Berlins bei uns verkehrenden Käufer nicht mehr genügen. Wir haben uns daher entschlossen, ausser unserem bisherigen Geschäft, dessen Betrieb zunächst unverändert bleibt, auch in anderen Bezirken der Stadt Waarenhäuser in grossem Stil anzulegen, und eröffnen wir heute als zweites Geschäft das vor dem **Halleschen Thor** belegene, für uns neuerbaute

## Waarenhaus Bellealliancestr. 1 u. 2, Ecke Blücherplatz.

Wir werden daselbst ein grosses Sortiment aller Waarengattungen zum Verkauf bringen, und erlauben uns, zur gefl. Orientirung auf das nachstehende Verzeichniss der Abtheilungen hinzuweisen. Wir erlauben uns speziell darauf aufmerksam zu machen, dass jede Abtheilung im Einkauf und Verkauf von geübten Fachleuten geleitet wird, und daher dem geehrten Publikum die Garantie dafür geboten wird, dass jedes Fach mit der Sorgfalt eines Spezialgeschäfts gepflegt wird, mithin in Richtigkeit und Güte der Qualitäten, wie auch betreffs der Preiswürdigkeit, das Beste geleistet wird. Das neue Etablissement, **mitten im Bezirk SW.** belegen, wird den geehrten Bewohnern dieser Stadtgegend die grosse Annehmlichkeit bieten, viele für Hausstand und Bekleidung erforderliche Waaren in nächster Nähe in vortheilhafter Weise kaufen zu können, und bitten wir unter Zusicherung reellster, aufmerksamer Bedienung um recht zahlreichen Besuch.

Hochachtungsvoll

**A. Jandorf & Co.**

## Neues Rabattsparsystem: 3 pCt. Rabatt und Umsatzprämie 1 Mk. für 100 Mk. Umsatz.

Das Geschäft besteht aus **53** Abteilungen, wie nachstehend aufgeführt:

**Abteilung 1** — **Kurzwaaren u. Nähartikel.** Vorstand Herr **Ismar Ebstein.** Diese Grundabteilung des Hauses wird wie im Geschäft Spittelmarkt die grösste Ausw. in den eingeführten gut. Qualität der Hamburger Engros-Lager bringen.

**Abteilung 2** — **Tricotagen und Unterzeuge** Vorstand Herr **Alfred Haacke.** Sämmtliche Unterzeuge für Damen, Herren und Kinder.

**Abteilung 3** — **Lederhandschuhe Persönliche Leitung der Chefs.** Glacéhandschuhe — vorzügliche Qualität. —

**Abteilung 4** — **Schuhwaaren** Vorstand Herr **Traugott Carls.** Fertiges Schuhzeug aus ersten Fabriken, anhaltende Kontrole der Arbeit.

**Abteilung 5** — **Confitüren** Vorstand Herr **Max Brummer.** Chocolade, Cacao, Bonbons, Cakes und Biscuits, stets frische Waare.

**Abteilung 6** — **Conserven, Wein, Liköre** Conserven, beste Marken, Weine und Champagner, Dessert-Liköre.

**Abteilung 7** — **Stoffhandschuhe Persönliche Leitung der Chefs.** Grossartiges Sortiment in Promenaden- und Ballhandschuhen.

**Abteilung 8** — **Parfümerie und Seife** Vorstand Herr **Max Brummer.** Toilettenseife, Parfums, Odeurs, echt englische und französische Marken.

**Abteilung 9** — **Putzartikel** Vorstand Herr **Max Scholz.** Hüte, Blumen, Federn, Schleier, garnirte Hüte.

**Abteilung 10** — **Weisswaaren und Spitzen** Vorstand Herr **Max Scholz.** Spitzen und confectionirte Spitzenartikel.

**Abteilung 11** — **Blumen** Vorstand Herr **Max Scholz.** Hutblumen, Bouquets, Zierpflanzen.

**Abteilung 12** — **Sammet und Seidenstoffe** Vorstand Herr **Alfred Haacke.** Glatte und gemusterte Stoffe. Fortlaufend Eingang von Neuheiten.

**Abteilung 13** — **Leinen- u. Baumwollwaaren** Vorstand Herr **Heinrich Neustadt.** Durch Gross-Einkauf jederzeit billigste Preise.

**Abteilung 14** — **Tischzeuge** Vorstand Herr **Heinrich Neustadt.** Halbleinene und Leinene Tischgedecke, Servietten und Gartendecke.

**Abteilung 15** — **Taschentücher** Vorstand Herr **Heinrich Neustadt.** Grösste Auswahl Lein. Tücher, Baumw. Tücher, Batist-Tücher.

**Abteilung 16** — **Futterstoffe** Vorstand Herr **Heinrich Neustadt.** Stets neueste Futtersachen für Damen- und Herrenkleider.

**Abteilung 17** — **Geplättete Wäsche** Vorstand Herr **Fritz Krüger.** Damen- und Herrenwäsche. Gutes Berliner Fabrikat.

**Abteilung 18** — **Damen- und Kinder-Wäsche** Vorstand Herr **Leopold Friedländer.** Eigene Confection für alle Hauptsorten.

**Abteilung 19** — **Tapisserie** unter persönlicher Leitung der Chefs. Angefangene u. fertige Arbeiten. Stickmaterial in bekannter grosser Auswahl

**Abteilung 20** — **Corsets** Vorstand Herr **Heinrich Neustadt.** Gutsitzende Formen, auch in billigen Preislagen.

**Abteilung 21** — **Schürzen** Vorstand Herr **Fritz Krüger.** Hausstands- und Zierschürzen, gute Arbeit, geschmackvolle Ausführung

**Abteilung 22** — **Möbelstoffe und Gardinen** Vorstand Herr **Fritz Krüger.** Tüllgardinen, Spachtelgardinen, Portièren, Möbelstoffe, Teppiche.

**Abteilung 23** — **Herren- u. Knabengarderoben** Vorstand Herr **Arnold Selig.** Gute Arbeit bei sehr billigen Preisen. Sportbekleidung für Knaben u. Herren.

**Abteilung 24** — **Wollene Kleiderstoffe** Vorstand Herr **Alfred Haacke.** Alle Neuheiten der Saison in solidem und feinem Geschmack.

**Abteilung 25** — **Schirme** Vorstand Herr **Fritz Krüger.** Sonnenschirme und Regenschirme, geschmackvolle Neuheiten.

**Abteilung 26** — **Damen-Confection** Vorstand Herr **Julius Kornblum.** Mäntel, Jaquets, Capes für Damen und Kinder, Jaquet-Costüme.

**Abteilung 27** — **Wirthschaftsartikel** Vorstand Herr **Max Kleinod.** Stahlwaaren, Holzwaaren, Blechwaaren, Borstenwaaren.

**Abteilung 28** — **Lampen** Vorstand Herr **Max Brummer.** Stehlampen, Hängelampen, Küchenlampen.

**Abteilung 29** — **Bijouterie** Vorstand Herr **Max Brummer.** Armbänder, Brochen, Ohrringe und Taschenuhren.

**Abteilung 30** — **Holzgalanteriewaaren** Vorstand Herr **Max Brummer.** Bauerntische, Etagèren, Salonsäulen etc.

**Abteilung 31** — **Lederwaaren** Vorstand Herr **Max Brummer.** Portemonnaies, Cigarrentaschen und Reiseartikel.

**Abteilung 32** — **Galanteriewaaren** Vorstand Herr **Max Brummer.** Bronzen, Schalen, Aufsätze, Japanwaaren.

**Abteilung 33** — **Bücher, Bilder, Schreibwaaren, Musikalien** Vorstand Herr **Max Brummer.** Sämmtliche Schreibwaaren für Schulen, Musikalien, Classiker u. moderne Bücher.

**Abteilung 34** — **Glas, Porzellan, Steingut** Vorstand Herr **Emil Dansmann.** Sämmtliche Artikel für Haus- u. Küchenbedarf, Tafelausstattung.

**Abteilung 35** — **Porzellanwaaren u. Figuren** Vorstand Herr **Emil Dansmann.** Reizende Neuheiten nach neuesten Modellen.

**Abteilung 36** — **Emaillewaaren** Vorstand Herr **Max Kleinod.** Töpfe, Casserollen, Schüsseln, Waschgarnituren.

**Abteilung 37** — **Spielwaaren und Puppen** Vorstand Herr **Max Brummer.** Reizende Auswahl in allen Holz- ung Blechspielwaaren sowie in Puppen.

**Abteilung 38** — **Unterröcke** Vorstand Herr **Willy Neumann.** Jupons und Anstandsröcke, complete Formen, hübsche Ausstattungen.

**Abteilung 39** — **Bettstellen und Matratzen** Vorstand Herr **Fritz Krüger.** Eiserne Bettstellen mit passenden Matratzen mit besten Drellüberzügen.

**Abteilung 40** — **Sportartikel** Vorstand Herr **Max Brummer.** Lawn tennis und Croquetspiele. Fahrräder.

**Abteilung 41** — **Stickseide u. Stickgarne** Vorstand Herr **Ismar Ebstein.** Grosse Auswahl in Farben, Zuthaten für Tapisserie.

**Abteilung 42** — **Strickgarne** Vorstand Herr **Alfred Haacke.** Baumwollne u. wollne Strickgarne. Beste deutsche u. englische Strumpfgarne.

**Abteilung 43** — **Filzschuhe u. Strandschuhe** Vorstand Herr **Traugott Carls.** Filzschuhe und Filzpantoffeln. Strandschuhe für Damen und Herren.

**Abteilung 44** — **Baumwollene Kleiderstoffe** Verstand Herr **Alfred Haacke.** Bedruckte und einfarbige Waschstoffe.

**Abteilung 45** — **Korbwaaren** Vorstand Herr **Max Brummer.** Reisekörbe, Waschkörbe, Marktkörbe und alle Phantasiekorbwaaren.

**Abteilung 46** — **Damenkleider, Kinderkleidchen und Blusen** Vorstand Herr **Willy Neumann.** Grosse Auswahl der modernsten Façons und Stoffe.

**Abteilung 47** — **Posamenten und Besätze Persönliche Leitung der Chefs.** Neueste Muster, Pariser und Annaberger Erzeugnisse.

**Abteilung 48** — **Erfrischungsraum** Caffee, Thee, Chocolade, Kuchen, Torten. Diverse Crêmes mit Schlagsahne.

**Abteilung 49** — **Putz-Atelier** Vorstand Herr **Max Scholz.** Garnierung von Hüten, elegant, chic, preiswürdig.

**Abteilung 50** — **Costüm-Atelier** Vorstand Herr **Willy Neumann.** Anfertigung von Damen-Costümen, eigenes Atelier.

**Abteilung 51** — **Bettfedern und Betten** Vorstand Herr **Heinrich Neustadt.** Standbetten, beste Federfüllung, in allen Preislagen.

**Abteilung 52** — **Bettwäsche.** Eigene Confection. Vorstand Herr **Leopold Friedländer.** Dauerhafte Arbeit und Stoffe.

**Abteilung 53**

## Photografie-Atelier

mit directer Aufzugverbindung unter Leitung eines tüchtigen Photografen.

**Anfertigung von Visitkartenbildern 1 Dutzend M. 1,80**
**„ „ Cabinetbildern 1 Dutzend „ 4,80**
**in allerbester Ausführung.**

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

## Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung vom 28. März 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische abwechselnd die verschiedenen Ressortminister.

Das Haus tritt in die dritte Lesung des Etats ein.

Eine Generaldebatte wird nicht beliebt.

Beim Forst-Etat führt der Abg. **Wintermeyer** (frs. Vg.) Beschwerde darüber, daß in neuerer Zeit die Brennholz-Versteigerungen nicht mehr wie früher im Walde an Ort und Stelle, sondern in Wirthshäusern abgehalten werden, wo die Räume oft unzulänglich sind.

Reg.-Komm. Landforstmeister **Donner** wendet ein, daß die Witterungsverhältnisse bei den Holzversteigerungen gewöhnlich so ungünstig sind, daß dieselben im Walde nicht abgehalten werden können.

Abg. **Cahensly** (Z.) schließt sich den Ausführungen Wintermeyer's an.

Beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung erörtert der Abg. **Fuchs** (Z.) die Bergwerksgefahr der Arbeiter. Dem Aufsichtspersonal allein, das durch die Betheiligung an den Ueberschüssen der Werke an dem Ertrage derselben interessirt ist, könne man die Verantwortlichkeit für die erforderlichen Schutzeinrichtungen nicht überlassen.

Beim Eisenbahnetat hat der Abg. **Gothein** (frs. Vg.) einen Antrag eingebracht, die Giltigkeitsdauer der Rückfahrkarten einheitlich auf zehn Tage festzusetzen. Er zieht jedoch, um die Berathung nicht zu verzögern, den Antrag zurück; bittet aber den Minister, dem Assessorismus in der Eisenbahnverwaltung schärfer zu Leibe zu gehen und auch die Techniker zur Erledigung der Dezernate stärker heranzuziehen als bisher.

Abg. **Nadbyl** (Z.) wünscht eine bessere Schnellzugs-Verbindung Berlin-Breslau und trägt sodann dem Minister den Wunsch vor, den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit zu geben, die neue Mingster Brücke zu besichtigen. — Während der Redner diesen Wunsch vorträgt, unterhält sich der Minister mit einem Abgeordneten. Der Redner macht zunächst eine längere Pause und meint sodann, er habe das Recht zu verlangen, daß der Minister ihn anhöre.

Präsident **v. Kröcher** bemerkt, das Haus könne wohl die Anwesenheit der Minister verlangen, nicht aber, daß diese dem Redner zuhören. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. **v. Riepenhausen-Crangen** (k.) bittet um Erhöhung des Wohnungsgeld-Zuschusses der Beamten in den theueren Badestädten und um Ausgabe billiger Fahrkarten nach den Ostseebädern auch von der österreichischen Grenze aus.

Minister **Thielen** erwidert, daß der Wohnungsgeld-Zuschuß auf Gesetz beruht. Da die Frage der Giltigkeitsdauer der Rückfahrkarten geregelt werden soll, so empfiehlt es sich nicht, neue Ausnahmen einzuführen. Auch würde man alsdann billige österreichische Fahrkarten nach den ungarischen Bädern verkaufen, so daß es fraglich ist, ob die Anregung des Vorredners den beabsichtigten Zweck erreichen würde.

Abg. **v. Eynern** (natl.) findet, die Debatten beweisen, wie dringend nöthig die Einsetzung einer besonderen Eisenbahn-Kommission ist.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (k.) hält eine solche Kommission für entbehrlich; meist handle es sich doch um Geldbewilligungen, die dann doch in der Budgetkommission berathen werden müssen.

Auf eine Anfrage des Abg. **Nadbyl** bemerkt der Minister **Thielen**, daß die Ursache des neuesten Eisenbahn-Unglücks bei Breslau noch nicht festgestellt ist. Doch treffe die Bahnverwaltung keine Schuld. Es erscheint das Verhalten des Lokomotivführers und des Heizers unbegreiflich, denn es ist erwiesen, daß alle Haltesignale auf der Strecke richtig gestellt waren und die drei rothen Schlußlaternen weithin sichtbar waren.

Abg. **Schettler** (k.) bemängelt die strengen Bestimmungen, nach denen die Verpachtung der Bahnhofs-Restaurationen erfolgt; er weist auf die milderen, in Bayern gebräuchlichen Bestimmungen als empfehlenswerth hin.

Minister **Thielen** erwidert, daß die bei uns angewendeten Bestimmungen durchaus nöthig sind, um das Publikum gegen Uebervortheilungen zu schützen. Gerade der Restaurationsbetrieb auf den Bahnhöfen erfordere Tüchtigkeit und längere Erfahrungen; auf diese Erfordernisse wird denn auch zuerst Gewicht gelegt bei der Vergebung der Restaurationen.

Abg. **Nadbyl** (Z.) erörtert Breslauer, Abg. **Mooren** (Z.) Aachener, Abg. **Wintermeyer** Wiesbadener lokale Angelegenheiten und der Abg. **v. Werdeck** (k.) ebenfalls solche aus der Gegend bei Kottbus.

Damit ist der Eisenbahn-Etat erledigt.

Beim Etat des Finanzministeriums wendet sich der

Abg. **v. Glebocki** (Pole) gegen den Dispositionsfonds von 400 000 M. für die Oberpräsidenten zur Förderung des Deutschthums in Posen, Westpreußen und Schlesien.

Minister **v. Miquel** erwidert, daß die Polen sich nicht beklagen könnten. Sie bewiesen jetzt wieder bei der Flottenvorlage, wie gleichgiltig ihnen die Geschicke des deutschen Vaterlandes sind.

Abg. **Mizerski** (Pole): Man zwinge den Polen einen Kampf auf, in dem sie siegen müssen, denn auf ihrer Seite stehe die Gerechtigkeit.

Beim Bau-Etat bringen die Abgg. **v. Hagen** (Z.) und **Kruse** (natl.) Wünsche vor bezüglich des Betriebes der Wasserstraßen im allgemeinen und des Dortmund-Ems-Kanals im besonderen.

Vom Regierungstische wird in entgegenkommender Weise geantwortet.

Abg. Graf **Strachwitz** (Z.) tritt in Uebereinstimmung mit früheren Ausführungen des Abg. Gothein für billigere Tarife auf der kanalisirten oberen Oder ein. Man habe diese Flußregulirung vorgenommen, um der oberschlesischen Kohlen-Industrie zu Hilfe zu kommen und ihr die Konkurrenz mit der englischen Kohle im Ostseegebiet zu ermöglichen. Nun seien aber die Tarife auf dem Dortmund-Ems-Kanal mäßiger als auf der oberen Oder. Unter diesen Umständen werden seine Freunde geschlossen gegen den Mittellandkanal stimmen, der Schlesien neue Konkurrenz bringt, aber keine Kompensationen.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.) schließt sich dem Vorredner an.

Vom Ministertische wird erwidert, daß die Regierung bei Festsetzung des Tarifs an einen Beschluß des Hauses gebunden war, wonach die Tarife so bemessen werden sollen, daß das Anlagekapital sich verzinst. Für die Schifffahrt bleiben auch bei den gegenwärtigen Tarifen noch erhebliche Vortheile.

Minister **Thielen** hält Gothein's Standpunkt für falsch. Thatsächlich hebe sich der Verkehr auf der oberen Oder unter dem jetzigen Tarif.

Abg. Graf **Limburg** (k.) findet in Gothein's Angaben nur eine Bestätigung seiner Ansicht, daß Kanäle nur dann dem Verkehr nützen, wenn auf Verzinsung der Anlagekapitals verzichtet wird.

Abg. Dr. **Enneccerus** (ntl.) glaubt, daß der Mittellandskanal sich zu einer durchaus rentablen Wasserstraße entwickeln würde. Er bittet, die Anlage von Schutzhäfen an der Weser zu beschleunigen und dabei nicht zu rigorose Forderungen an die Gemeinden zu stellen. Die Kosten seien für die Regierung auch garnicht so beträchtlich.

Ein **Regierungskommissar** legt dar, nach welchen Grundsätzen die Beiträge von den Gemeinden gefordert werden. Verkehrshäfen sind Gemeinde-Einrichtungen. Umschlagshäfen läßt die Regierung herstellen.

Auf eine Anfrage des Abg. **Jürgensen** (natl.) wird vom Regierungstische erwidert, daß Erwägungen über einen Umbau der Husumer Schleuse stattgefunden haben. Die Reparaturbedürftigkeit der Schleuse wird anerkannt.

Minister **v. Miquel**: So lange ein Kanal gewünscht wird, sind alle Interessenten bereit, Gebühren zu zahlen; ist der Kanal fertig, dann sind die Gebühren zu hoch. (Sehr richtig!) Der Vergleich zwischen der oberen Oder und dem Dortmund-Ems-Kanal trifft nicht zu. Für diesen Kanal müssen erst neue Schiffe gebaut werden und außerdem muß der Kanal mit dem Rhein konkurriren, auf dem Gebühren überhaupt nicht erhoben werden können.

Der Bau-Etat wird genehmigt.

Morgen 12 Uhr: Weiterberathung.

Schluß 5 Uhr.

---


Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Dienstag, den 29. März.

**Opernhaus.** Mignon. Anf. 7½ Uhr.
**Schauspielhaus.** Der Richter von Zalamea. Anfang 7½ Uhr.
**Deutsches.** Johannes. Anfang 7½ Uhr.
**Lessing.** Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
**Berliner.** Ein Wintermärchen. Anfang 7½ Uhr.
**Goethe.** Die Kinder der Excellenz. Anfang 7½ Uhr.
**Schiller.** Doppelselbstmord. Anfang 8 Uhr.
**Unter den Linden.** Der Opernball. Anfang 7½ Uhr.
**Neues.** Spiritismus. Anf. 7½ Uhr.
**Residenz.** Sein Trick. Anfang 8 Uhr.
**Thalia.** Verwirktes Glück. Anfang 7½ Uhr.
**Central.** Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr.
**Ostend.** Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
**Belle-Alliance.** Pension Schöller. Vorher: Am Klavier. Anfang 8 Uhr.
**Luisen.** Die Stütze der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
**Alexanderplatz.** Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
**Urania. Taubenstraße 48—49.** Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
**Invalidenstraße 57/62.** Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
**Passage-Panopticum.** Berliner Nachtleben.
**American.** Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
**Reichshallen.** Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.
**Apollo.** Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
**Feen-Palast.** Ethnographische Ausstellung.

**Schiller-Theater**
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr, zum 1. Male: **Doppelselbstmord.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Doppelselbstmord.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Brand.**

**Apollo-Theater.**
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Ida Heath. • Signor Salerno
**Bonhaire-Troupe**
Tischer & Wacker
**Emilia Persico**
etc. etc. etc.
Kassenöffnung 6½. Anf. 7½ Uhr.
Am 1. April 1898. Debut:
**Eugenie Fougère**
und
**Lona Barrison.**

**Central-Theater**
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 29. März 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 69. Male:
**Die Tugendfalle.**
Burleske Ausstattungsposse m. Gesang und Tanz in 4 Bildern unter Benutzung eines französischen Sujets von Jul. Freund und Wilh. Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
**Die Tugendfalle.**

**Ostend-Theater.**
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**
Ausstattungs-Novität! Gr. Schlager!
Zum 50. Male:
**Unter der Polarsonne.**
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert.
**Jeder Besucher der heutigen Vorstellung erhält als Souvenir einen Karton der vorzüglichen Kosmin-Präparate.**

**Luisen-Theater**
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
**Die Stütze der Hausfrau.**
Sonnabend, den 2. April 1898:
1. Gastspiel von
**Oskar Gimnig**
vom k. k. Hofburg-Theater in Wien.
Zum 1. Male:
**Eine Partie Piquet.**
Nach dem Französischen von A. Bahn.
Rocheferrier: Oskar Gimnig.
Hierauf: Zum 1. Male:
**Die Nachbarinnen.**
Schwank in 3 Akten nach dem Französischen des Raymond u. Gastyne von Hans Ritter.
Fürst Bibinoff: Oskar Gimnig.
Billet-Vorverkauf für alle 7 Vorstellungen von Mittwoch, den 30. d. ab an der Theaterkasse und im Invalidendank, Unter den Linden 24 **ohne Aufgeld.**
**Preise der Plätze:** Prosceniumsloge 6 M., Orchesterloge 5 M., Parquetloge 5 M., Orchester-Fauteuil 4 M., Parquet-Faut. 3 M., 1. Parquet 2 M., 2. Parquet 1,50 M., Mittelrang-Faut. 3 M., 1. Rang Sperrsitz 2 M., Mittelrang 1,50 M., 1. Rang-Faut. 2 M., 1. Rang Balkon 1 M., Tribüne 1 M.

**Volks-Theater**
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Neu! Neu! Neu!
**Ein toller Streich.**
Posse mit Gesang in 2 Bildern.
Hauptrollen:
Rudolf Schauss. — Ella Richter.
Robert Dill. Kiara Hayn. Arthur Böwer. Otto Wendt.
Vorher: **Gift.**
Lustspiel in 1 Akt von R. Jonas.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Freitag, den 1. April:
Benefiz Rudolf Schauss.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

**Urania**
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr
— Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57—62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

**Passage-Panopticum.**
Vorletzte Woche!

**Berliner Nachtleben**
Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.
Vorher:
**Theater Variété.**

**Castan's Panopticum.**
Friedrichstr. 165.
**Neu!!** Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

**Reichshallen-Theater.**
Leipzigerstrasse No. 77.
Ohne Zweifel das beste Spezialitäten-Programm, welches in Berlin geboten wird.
**Nur Kunstkräfte.**
Lola, Juanita u. Fuesanta Bernal, Spanien's schönste Sängerinnen und Tänzerinnen.
Susi Suzette, eine reizende Kostüm-Soubrette.
**Rossini-Trio,** das musikalisch-excentrische Dreigestirn.
**Harry Allister,** der grosse Mimiker.
Die Herkulesse der Neuzeit
**Bros. Paxton.**
**Karl Wilhelm,**
ein zweiter Reutter-Maxstädt.
Anfang ½8 Uhr. Entree 50 Pf.
Reichshallen-Tunnel:
Täglich: Doppel-Konzert und Soirée.
Mittwoch: Bockbierfest.

**Feen-Palast**
Burgstrasse 22.
Wiener Zoologisch. Garten
Aschanti-Dorf
Javaner-Dorf
Geöffnet von 11—10 Uhr.
Vorstellungen allstündlich 2—9.
Kinder und Militär 50 Pf.

**Budapester**
Possen- und Operetten-Theater
Direktion: Gebr. Herrnfeld.
**Kaufmann's Variété**
**8 Uhr**
Der grosse, hochinteressante Spezialitäten-Kongress.
Neu! Eine Sehenswürdigkeit Neu!
Russische Gesangs- und Tanz-Truppe
**„Samarowa"**
in ihren grandiosen und russischen Tänzen und Gesängen.
6 Damen und 2 Herren.
½10 Uhr:
Allabendlich bejubelt!
Mit Beifall überschüttet!
Anton und Donat Herrnfeld in ihrer kom. Kraft zeigend.
**Von Dreien der Glücklichste**

Das Originellste, Eigenartigste u. Interessanteste was Donat und Anton Herrnfeld bisher je geboten haben.

**Alcazar-Theater.**
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage)
Direktion: Richard Winkler.
Sensationelles Riesen-Programm.
Miss Ada Risson, schönste Tauben-Königin. Mr. Alexander Selino, der Mann mit der eisernen Hand. Das größte Wunder der Welt! Theodor Silling, Parforce-Turner am festen Reck.
Neu! Neu!
**Die Regimentsnummer**
Posse mit Gesang v. M. Reichardt.
Das Neueste vom Neuen.
Lebende Photographien
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree 30 Pf.
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- u. Freikarten haben Giltigkeit.

**Böhmisches Brauhaus**
Landsberger Allee.
Heute,
Dienstag, den 29. März:
**Abschieds-Soirée**
der
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
(Vorverkauf 40 Pfennig.)
Freitag: Abschieds-Soirée in der Victoria-Brauerei.

**Maehr's Theater**
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Novitäten-Programm.
**Cousin u. Cousine.**
Schwank.
Hanny Nelson, Original-Tyrolienne.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Bekanntmachung!
**Der Mord**
am
**Alexanderplatz**
und
**König Heinrich**
zwei neue zwerchfellerschütternde Possen
erzielen täglich in
**Quarg's**
Vaudeville-Theater
Grand Hotel Alexanderplatz
einen großartigen
**Lach-Erfolg!**
Anfang 8 Uhr. — Entree 15 Pf.

Neues
**Olympia-Riesen-Theater**
(Circus Renz) Karlstrasse
**Sport**
Jockey-Flach-Reiten.
**Preisringkampf**
zw. d. amerik. Preisringer Mr. Jam. Cooper und dem Schlossermstr. Hr. E. Freitag aus Berlin.
Damen-Tauziehen
Deutschland geg. England jeden Abend bis zur Entscheidung in
Bolossy Kiralfy's
**Konstantinopel**
The jolly british girls und das neue März-Spezialitäten-Programm.
Anfang 8 Uhr.
Beginn d. Rennen 8¼ Uhr.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachm. 1 Kind frei.

**Concerthaus**
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.

**In Zossen.**
Fortsetzung von Alle 5 Barrisons.

**Für 2—3 Mark**
Reste sehr groß zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. f. Cheviot auch Kammgarnreste, Paletot und Hosenreste so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Konzerthaus **Sanssouci**
Kottbuser Straße Nr. 4a.
Direktion: H. Pierry.
Dienstag, den 29. März:
**Guten Morgen Herr Fischer**
Liederspiel in 1 Akt.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.
Letztes Auftreten des Prof. Pedro mit seiner Hunde-Meute als Feuerwehr.
Donnerstag keine Vorstellung.
Anf. d. Konz. 7 Uhr. Vorst. 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Passe-partouts gelten.
Pierry.

**W. Noack's Theater**
Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
**Lenore**
oder:
**Die Macht der Liebe.**
Schauspiel mit Gesang in 5 Aufzügen von Holtei.
Nach der Vorstellung:
**Tanzkränzchen.**

Schluss der Saison 6. April.
**Circus Busch**
(Bahnhof Börse).
Dienstag, den 29. März 1898, abends 7½ Uhr:
**Große brillante Vorstellung.**
Amateur-Konkurrenz-Reiten.
Wer dreimal stehend zu Pferde die Manege umreitet, erhält eine Prämie von 50 M. Kavallerie zu Fuß, höchst kom. Intermezzo. Die Freiheitsdress. d. Dir. Busch. Tourbillon équestre, ger. v. 20 Damen. Bros. Taylor m. ihrem Original-Akt. Außerdem: Auftreten aller Klowns u. Auguste mit ihren neuesten Späßen. **Zaragoza.**
Morgen 7½ Uhr: Sport-Vorstellung.
Sonnabend, 2. April: Benefiz f. d. beliebt. Schulreiter Hrn. Foottit-Burghardt u. d. vorzügl. Schulreiterin Mdme. Maria Doré.
Auf viels. an mich ergang. Gesuche habe ich mich entschl., am Sonntag, 3. April, nachm. 4 Uhr, den einzig dastehenden, pompösen grünen Akt mit dem brennenden Schloß, zu geben.

Man trinke:
**Original-Löwenbitter**
Das beste für den Magen.
In Flaschen
à Mk. 0.60. 1.10 u. 1.80.
Wie im Ausschank überall zu haben.
Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.
**R. F. Mittelstädt**
Weinhandlung und Likör-Fabrik
N., Brunnenstr. 152.

**Charlottenburg.** **P. Fabert,** Potsdamerstr. 7. Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.
**Wohnungs-Einrichtungen** in jeder Preislage. Theilzahlung gestattet. [4587Q*

# Direct von Aachen!

**weltberühmt** durch fast auf allen **Ausstellungen prämiirte Tuche** liefern wir zu **hervorragend niedrigen Preisen** **Herren-Anzug- u. Paletotstoffe** von **einfachst.** bis **feinsten** in **reeller** Waare. **Vorzügl. erstklassige** Musterauswahl senden Jedem **franco ohne Kaufzwang. Weit über 1000 ehrende Anerkennungsschreiben** beweisen unsere **tadellose** Lieferung. Die Zahl der uns allein **im Jahre 1897** durch uns. **geschmackvollen,** gediegenen Tuche und **billigen Preise** erworbenen **neuen Kunden** beträgt **11860** **Diese Zahl kann nicht angezweifelt werden, da sie sich durch unsere Bücher ergiebt!!**

**Monopol-Cheviot** uns. seit 1893 bekannte und beliebte **Spezialität** wird in schwarz, blau, braun geliefert und kosten **3** Mtr. zum gediegenen Anzuge **12 Mark.**

Zahlreiche Empfehlungen. Garantie für **reine Wolle, echte Farbe!**

**Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 78.** Man bittet **genau** zu adressiren.

# Hermann Hirschfeldt

**Kottbuser Damm 36/37, Ecke Urbanstraße.**

Durch Vergrößerung meiner Geschäftslokalitäten bin ich jetzt in der günstigen Lage, meiner geschätzten Kundschaft eine **besonders reichhaltige Auswahl** der modernsten

**Herren- und Knaben-Garderoben**

in **nur reellen und dauerhaften Stoffen zu aussergewöhnlich billigen Preisen** empfehlen zu können. **Anfertigung nach Maaß unter Garantie für tadellosen Sitz in kürzester Zeit.**

Grosses Lager in eleganten **Herren- und Knaben-Hüten.**

Mein **Wäsche- und Wollwaaren-Geschäft** habe ich nach **Kottbuser Damm No. 32** verlegt. [2556S*] **Hermann Hirschfeldt.**

Sochen erschien in **A. Hoffmann's Verlag, Berlin, Blumenstr. 14:**

Maifeier. **Die alte und die neue Zeit.** Maifeier.

**Maifestspiel mit lebendem Bild** (eventuell auch mit Männerchor) von **Herm. Goldstein,** Red. d. „Sächs. Volksbl.". **Preis 10 Pf.** (Porto 3 Pf.) **Wiederholt m. gr. Erfolg aufgeführt.** Katalog m. viel. Neuh. gr. u. fr.

## Guter Rath!

Die schönste Wäsche zu erringen
Wird jeder Hausfrau schnell gelingen.
Braucht **„Karol Weil's Extract"** nur sie
Dann wird die Wäsche weiss wie nie!

Das Vorzüglichste zur Toilette ist **Karol Weil's „Karola",** Lieblingsseife der Damen.

**Werkstatts-Bekleidung** **für jedes Gewerk** kauft man gut und billig bei [4643L*
**Adolf Wecker,** Molkenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.

**Grosser Möbelverkauf.** Die Möbel-Fabrik **Neue Schönhauserstr. 2** (früher Rosenthalerstr. 13)
liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt. Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb. [4439L*

**Möbel-Magazin** **Otto & Slotawa,** Tischlermeister. **Sarg-Magazin**
**Berlin NW., Bremerstrasse 67.** 2. Geschäft: **Thurmstrasse 81.** 4397Q* **und Beerdigungs-Comtoir.**

# Ausnahmepreise

vom **Sonntag,** den **27. März** bis **Sonnabend,** den **2. April**

**Herrenstiefel**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| früher | 7.50 | 8.30 | 9.20 | 11.60 | |
| **jetzt** | **4.50** | **5.50** | **6.50** | **8.35** | **M.** |

**dieselben sind mit Schaft und Gummizügen in allen Grössen und Weiten am Lager.**

**Damenstiefel**

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| früher | 5 | 6.20 | 7.45 | 8.30 | 9.70 | |
| **jetzt** | **4** | **4.90** | **5.30** | **6.25** | **7.30** | **M.** |

**in den feinsten Ausführungen.**

**Einsegnungsstiefel,**

hochfein, sowohl für Knaben wie für Mädchen von **4 Mk. an** bis zu den feinsten.

4432L*

**No. 40. Landsbergerstr. 40** — Schuhwaaren-Haus **S. Selbiger** — **40 Landsbergerstr. 40.** — Ecke Lietzmannstr.

**Strandschuhe und Stiefel,** braun, gelb u. grün in grösster Auswahl.

**Patente**

Als **Schneiderin** empfiehlt sich Frau **Valentin,** Ackerstr. 133, Hof 2 Tr.

**Luhm's Restaurant,** **Poststraße 13.** 4683L*
Schriftl. Arbeiten jeder Art, Klagen, Eingaben, Briefe, Reklamationen, Dichtungen in Poesie u. Prosa stilvoll zweckentsprechend, ev. sofort angefertigt.

Vereinszimmer ist noch einige Tage zu verg. Schönhauser Allee 30. 2687b

**Für 36 Mark** fertige feine Anzüge nach Maaß, für 30 Mk. f. Sommerpaletots nach Maaß, für 8—12 M. feine Hosen nach Maaß.
**Riesenstofflager** Krausenstr. 14, I, kein Laden.

**Wichtig für Brautleute!** **Möbel,** Spiegel, Polsterwaaren verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstelle i. Hause. **Bukow,** Tischlermeister, [4648Q* **Invaliden-Straße 13.**

**Fahrräder,** erstklassiges Fabrikat, Reparatur-Werkstatt **Franz Stange,** **Oppelnerstr. 7,** 1 Tr.

**Goldabfälle.**
Gold, Silber, Kehrgold, Tressen, Platin u. Brillanten kauft die Scheide-Anstalt Zimmerstr. 39. [4477Q*

**Wer will** viel Geld verdienen, verkaufe bei hoher Provision Must. grat. u. franko **H. Rulfs, Einbeck** in Hann. **Tapeten**

**Betten** Dampf-Reinigung nach bestem System, ärztlich empfohlen. Abholen u. Wiederbringen der Betten geschieht auf Verlangen kostenfrei. **Retzlaff,** Bettfedern-Spezialgesch., **Berlin,** Brückenstr. 6 (Jannowitzbrücke).

**Milchkübel,**
Kannen, Satten, Buttermaschinen 445L* **Jordan,** Al. Markusstr. 28.

**Achtung! Zum Umzug.**
Zur pünktlichen Lieferung des „Vorwärts" sowie sämmtlicher Arbeiter-Literatur empfiehlt sich **Karl Wolsee,** Tritzstr. 46a, Zeitungsspediteur.

**Prachtgardinen**
vorzügl. Qualitäten, Fenster 2,40 M. Salonteppiche, Prachtexemplare, schon 18 M. Kl. Teppiche 3 M. Wollatlas-Steppdecken 3 M. Hocheleg. Spachtel-Stores, Portièren, Divan, Tisch- u. Schlafdecken, Regulateure, Wanduhren, Goldwaaren, Remontoiruhren, verschiedene zurückgesetzte Waaren werden nachmittags von 2 bis 8 Uhr abends **Möckernstr. 137** (Anhalter Bahnhof) spottbillig verkauft. 4463L*
NB. Uebernehme g. Waarenlager, Wirthschaften z. Versteigerung.
**Otto Lideke, Auktionator,** Teppich-, Gardinen- u. Uhrenhändler.

**Künstliche Zähne,** Plombiren **C. Gedicke,** Stresitzerstr. 52.

**Künstliche Zähne.**
**F. Steffens,** Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
*) Theilzahlung pr. Woche 1 M.

**Hokron-Anzüge** v. 36, Paletots v. 30 M. fert. **Busse,** Charlottenstr. 72, IV.

**Kanarienhähne u. Weibchen** kauft jeden Posten Vogelhandlung, Brückenstr. 1. 2682b

**Verein der Bauanschläger**
**Berlins und Umgegend.**
**Todes-Anzeige.**
Am 25. März verstarb unser Kollege
**O. Berner.**
Die Beerdigung findet am 30. März, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhause Am Urban, aus statt. 33/6
**Der Vorstand.**

**Blumenhandlung**
**P. Abromeit,** Berlin SW., Blücherstr. 11.
**Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden** etc. **Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.**
**Kranzbinderei u. Blumenhandlung** von 4076Q*

**Robert Meyer,**
**No. 2. Mariannenstr. No. 2.**
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Mein seit 1894 bestehendes [2083S
**Zigarren-Geschäft**
ist weg. Vergrößerung meines Verlags **sofort** billig aber baar zu verkaufen. Da ich meine Buchh. u. d. L. Einge verl., kann Käufer auch die hint. d. Laden liegende Wohnung gleich beziehen.
**A. Hoffmann's Verl.,** Blumenstr. 14.

**Nieft's Fest-Säle**
**Weberstr. 17,** ca. 1000 Pers. fass., Sonnabend, 25. März, 2. April und Palmsonntag **frei.** [4450L*

**Feuerstein's Festsäle**
Alte Jakobstrasse 75.
**Inh. Martin Herzberg.**
**Grosse und kleine Säle** zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

**J. Jablonsky**
**Nachf. Otto Müller,**
SO., Raunynstr. 37,
empfiehlt sein **Weiss- und Bairischbier-Lokal** nebst gutem **Frühstücks-, Mittags- u. Abendtisch** in bekannter Güte und zu soliden Preisen.

**Frackanzug u. Gehrock,** neu, verk. Schlunberg, Landsberger Allee 37, v. IV.

**Lohnende Fabrikationen.**
Verlangen Sie **Gratis**zusendung des illustr. Kataloges durch den Verlag „Der Erwerb", Dresden/R. 7. 14/5*

Frdl. Schlafst. Admiralstr. 26, v. 2 Tr. b. Wm. Becker. 2672b

Kl. einfenst. möbl. sep. vorn Stübch. gef. (Nähe Oranienpl.) Off. m. Preisangabe u. **A. 3** Exped. d. Bl. Beuthstraße 3. 2678b

Schlafst. f. H. Raunynstr. 90, v. 3 Tr. l. Bleul. 2680b

Möbl. Schlafst. f. H. Ritterstr. 116, 4 Tr. l. 2675b

Fl. Schlfst., sep., Sebastianstr. 66, III.

E. frdl. möbl. Schlafst., sep. Eing., zu verm. b. Meyer, Admiralstr. 27, v. 2 Tr. 2670b

E. fl. möbl. Zimmer zu verm. b. Dachow, Reichenbergerstr. 157, v. II l.

Möbl. Schlafst. f. H. Sebastianstraße 29, Hof links, 2 Tr. r. [2602b

Möbl. Schlafst. f. 1 auch 2 Herren verm. Lygmon, Werneuchenerstr. 10.

Freundliche Schlafstelle für Herren bei Schicht, Bergstr. 33, vorn. 2600b

**Arbeitsmarkt.**

**Achtung!** 173/5
**Stuckateure.**
**Durch Inserate in bürgerlichen Zeitungen werden Stuckateure nach Hannover verlangt; ich mache die Kollegen darauf aufmerksam, daß sich in Hannover sowohl als in Nürnberg und Leipzig die Stuckateure im Ausstand befinden; es ist daher der Zuzug nach oben genannten Städten streng fernzuhalten.**
**Der Vertrauensmann.**

**Tüchtige** 4683Q*
**Kesselschmiede und Verstemmer**
finden bei hohem Lohn, dauernde Beschäftigung. Off. mit Lohnansprüchen sowie Zeugnißabschriften erbitten **Dampfschiffs- u. Maschinenbau-Anstalt der Oesterr. Nordwest-Dampfschifffahrts-Gesellschaft.**
**Dresden, Leipzigerstr. 27/29.**

**Arbeiterinnen**
geübt auf Drelljacken, blaue Leinsacken und Hemden verlangt
**W. Fahr, Brunnenstr. 112.**

Einen ordentlichen Laufburschen verlangt **Wilhelm Guttsmann,** Dresdenerstr. 75. 2675b

Unentgeltlich erlernen junge Mädchen binnen kurzem die feine Damenschneiderei. **Geschw. Eisenstädt,** Ohmstraße 5. 2673b

Blousen-Arbeiterinnen l. u. a. d. H. verl. Riedel, W., Meystr. 90. [2674b

Junges Mädchen, Handarbeit, findet dauernde Stellung. **Kurbelstepperei** v. Müller, Gr. Frankfurterstr. 14.

Vergolder verlangt **R. Biering,** Kolonnenstr. 5, 2668b

**Tapezierer-Lehrl.** verlangt sofort, Köpnickerstr. 190.

**Plätterinnen** auf Stehkragen, Umlegekragen und Manschetten in u. außer dem Hause verlangt **Treppe,** Schönhauser Allee 167a, Fabrikgeb. 2665b

**B. Günzel,** Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträts** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx 2c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

**A. Schulz,**
**Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik**
**gegründet 1878**
**Reichenberger Strasse 5,**
**zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse.**
Sehr grosses Lager 4193Q*
**Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen**
in Nussbaum u. Mahagoni v. 240, 300, 400, 500, 600, 800—10 000 M.
in nur anerkannt gediegener Ausführung. **T. A. IV. No. 2395.**

**Mechaniker-Kittel und blaue Köper-Anzüge** gut und billigst in der Fabrik **C. Flach & Co., Köpnickerstr. 111,** Hof part.

**Schweitzer's Emolin**
macht die Haut weich und zart, ihr ein sammetartiges Aussehen gebend, **ohne zu fetten.** **Wer einmal Emolin gebraucht hat, kauft nie etwas Anderes.** In Schachteln zu 10 und 25 Pf., in Tuben zu 40 und 75 Pf. [4626L*
**in allen einschlägigen Geschäften**
**S. Schweitzer,** Berlin O., Holzmarktstr. 69/70.

**Sonnabend: Reste-Verkauf!**
**Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.**
**Brenner & Cie.,**
Alte Jakobstrasse No. 57—59.

**Möbel** verkehrt gewesene und neue, staunend billig. **Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 4055Q*
**Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.**

**Möbel** auf **Theilzahlung.** **Neue Jakobstr. 26.**
**J. Kellermann,**

**5¼ Pfd. Brot 50 Pfg.** liefert 3063Q* **Albrecht's Bäckerei,** **Orangestr. 8. Langest. 26. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.**

**Grüner Weg 80**
**Großer Ausverkauf** in **Gardinen** und **Resten** 4740L*
älterer Muster in weiß und crême, zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in dem
**Gardinenfabrik-Lager von Bruno Güther,**
aus Plauen in Sachsen, **Berlin O., Grüner Weg 80 part.** Eingang vom Flur **(kein Laden).**
Neuheiten treffen täglich ein. Proben nach außerhalb portofrei.
**Grüner Weg 80**
Grüner Weg 80 — Grüner Weg 80

**Gänsefedern 60 Pf.**
gr. Pfd. (größere zum Reißen). **Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1.50,** füllkräftiger Gänserupf M. 2.00, bessere daunige Waare M. 2.50, 3.00, beste schneeweiße M. 3.50, russische Daunen M. 3.50, weiße böhm. Daunen M. 5.00, gerissene Federn M. 1.50, 2.00, 3.50. **Prima gerissene M. 3.00, 2.50.** Versand gegen Nachnahme.
**Gustav Lustig,** Oranienstraße 46a.
Erste Bettfedernfabrik m. electr. Betriebe. Viele Anerkennungsschreib.

**Sophastoffe** auch **Reste** in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! 4025Q*
**Proben franko!**
**Läuferstoffe** in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
**Emil Lefèvre,** Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

**Möbel-Verkauf.**
**Oranienstr. 73.** Hof I, in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude halte ich in überraschend großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufsquelle für Brautleute. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Täglich Eingang verliehen gewesener und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franko.

**Möbel**
unter Garantie guter Arbeit. Theilzahlung gestattet. 4558Q*
**H. Brandt,** Alte Jakobstr. 65.

**Fahrräder**
Stets großes Lager **erstklass. Fabrikate** auf 4459Q*
**Theilzahlung**
ohne Preiserhöhung zu den koulantesten Zahlungsbedingungen.
**Reparatur-Anstalt.**
**Adomeit & Landau,**
**Lothringerstraße 48 I,**
dicht am Rosenthaler Thor.

**Album- u. Lederwaaren-Fabrik**
**Oskar Gundau,** **Oranien-Str. 30.**
Ecke Adalbertstraße.

Großes Lager aller Arten Lederwaaren und Schmucksachen zu billigsten Preisen
In Sammet **2,75 Mark,** in Leder **1,25 Mark** in größter Auswahl

**Stempel-Fabrik** von **Robert Hecht,** **Berlin S., Oranienstr. 142,** liefert schnell und billig alle Arten **Stempel** in bester Ausführung.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.